

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidentiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post 2.— Mark ohne Beleggeld. — Einzelnummer 10 Pfg. — Telefon Sammelnummer 72206
Volkscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10erzeile, Kolonelleile 30 G. Pfg., bei Platzvorrück 35 G. Pfg., Familiennachrichten von Privaten die 10erzeile, Kolonelleile 15 G. Pfg., Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10erzeile, Kolonelleile 35 G. Pfg., bei Platzvorrück 40 G. Pfg., Reklamezeile 1.75 Goldm., Annahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkankalten entgegen

Kundgebungen Hindenburgs

An das deutsche Volk!

Berlin, 12. Mai.

Reichspräsident v. Hindenburg hat aus Anlaß der heutigen Amtsbekanntmachung folgende Kundgebung an das deutsche Volk erlassen:

Am 26. April hat mich das deutsche Volk zu seinem Reichspräsidenten gewählt. Am heutigen Tage habe ich das neue bedeutungsvolle Amt angetreten. Getreu dem von mir geleisteten Eide will ich alle meine Kräfte daransetzen, dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen, Verfassung und Gesetze zu wahren, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben. In dieser feierlich ersonnenen Stunde rufe ich unser ganzes deutsches Volk zur Mitarbeit auf. Mein Amt und mein Streben gehören nicht einem einzelnen Stande, nicht einem Stamm oder einer Konfession, nicht einer Partei, sondern dem gesamten durch ein hartes Schicksal verbundenen deutschen Volke in allen seinen Gliedern. Ich vertraue auf den Beistand des ewigen Gottes, der uns auch durch die schwere Notzeit unserer Tage gnädig hindurchführen wird. Ich vertraue auf den gerade auch in schwerster Zeit immer wieder geeigneten opferbereiten Lebenswillen unseres Volkes. Ich vertraue endlich auf den großen Gedanken der Gerechtigkeit, dessen mit aller Kraft zu erstrebender Sieg auch dem deutschen Volke wieder seinen würdigen Platz in der Welt verschaffen wird. Mein erster Wunsch gilt allen denen, die unter der Not unserer Zeit besonders leiden. Er gilt den vielen, die im harten wirtschaftlichen Ringen um ihre Dasein stehen. Er gilt dem ganzen arbeitenden deutschen Volke, von dem die schwere Lage von Staat und Wirtschaft besondere Leistungen erfordert. Er gilt den Volksgenossen außerhalb der deutschen Reichsgrenzen, die mit uns durch die Bande des Blutes und der großen deutschen Kulturgemeinschaft untrennlich verbunden sind. Er gilt besonders den Alten und Kranken, die voll Sorge einem trüben Lebensabend entgegenblicken, und er gilt endlich unserer Hoffnung, unserer deutschen Jugend. Wir wollen auch weiterhin gemeinsam streben, durch ehrliche friedliche Leistungen unserem berechtigten Anspruch auf Achtung und Anerkennung bei anderen Völkern Geltung zu verschaffen und den deutschen Namen von dem ungerechten Makel zu befreien, der heute noch auf ihm haftet. Durch Selbstachtung zur Achtung der Welt, durch Selbstvertrauen zum Vertrauen der anderen! Wir wollen alle danach trachten, in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Gemeinschaftslebens jedem einzelnen Stand und Volksgenossen sein tätliches Brot, seinen Anteil am deutschen Kulturgut und seine mitleidige Stellung in der Volksgemeinschaft zu sichern. Das Reichsoberhaupt verkörpert den Einheitswillen der Nation. Darum reiche ich in dieser Stunde jedem Deutschen im Geiste die Hand. Gemeinsam wollen wir um unserer teuren Taten, um unserer Kinder und Kindeskinde willen ungebogenen Mutes den schweren Weg gehen, der uns durch wahren Frieden zur Freiheit geleiten soll.

An die Wehrmacht!

Berlin, 12. Mai.

Reichspräsident von Hindenburg hat an die Wehrmacht folgenden Erlaß gerichtet:

Das Vertrauen des deutschen Volkes hat mich an die Spitze des Reiches berufen. Ich übernehme mit dem heutigen Tage nach der Verfassung den Oberbefehl über die Wehrmacht. Mit Stolz und Freude begrüße ich Meer und Marine. Ich habe den Werdegang der Wehrmacht in der Stille von Hannover beobachtet. Gebau und underrt geföhrt, ist sie dem deutschen Volke den Weg vorangegangen, auf dem allein der Wiederaufstieg liegt: Durch harte Arbeit und Treue auch im Kleinsten aufwärts zu Leistung und Erfolg. Im alten Sinn für Pflicht und Opfer liegen ihre Wurzeln. Ihr Wandel aber gilt in Gegenwart und Zukunft dem Dienst an Volk und Staat, getreu ihrem Eid und den Aufgaben, die ihr die Verfassung stellt. Mit fester Zuversicht vertraue ich auf die deutsche Wehrmacht bei meiner Arbeit für des Vaterlandes Ruhe und Gedeihen.

Berlin, den 12. Mai 1925.

Der Reichswehrminister: **Gefler.**
Der Reichspräsident: **v. Hindenburg.**

Die ersten amtlichen Kundgebungen des Reichsblockpräsidenten fallen vor allem durch den verhörend gehaltenen Ton und die sorgfältig abgewogene Fassung auf. In seinen Kundgebungen und seinen ersten Reden als Reichspräsident spricht Hindenburg wie ein Republikaner und wie ein Pazifist und Erfüllungspolitiker. Hindenburg vertritt und verspricht jetzt alles das, was von den Parteien der Rechten bisher stets in der schärfsten Weise bekämpft worden ist. Alle jene Kreise, die den alten Feldmarschall als den Messias des neuen nationalistischen Deutschland schon im voraus gefeiert haben, dürften jetzt einigermaßen enttäuscht sein. Das zeigt sich sehr deutlich in der Rechtspresse; diese ist heute ganz gegen ihre sonstige Gewohnheit äußerst schweigsam. Offenbar hatten sich die Kreise, die hinter der deutschen Zeitung, der Kreuzzeitung und der Deutschen Tageszeitung stehen, den Beginn der neuen Ära ganz anders vorgestellt. Die Hoffnungen und Erwartungen dieser Schichten hat erst am Sonnabend der Leiter des Reichslandbundes, der Reichstagsabgeordnete Hepp auf einer Landbundtagung in Braunschweig recht drastisch zum Ausdruck gebracht. Herr Hepp als Hauptredner setzte sich dort nicht nur energisch für die bekannten Forderungen der Großagrarien und Großkapitalisten — Herabset-

zung der Besitz Steuern, hohe Schutzzölle, Belastung der breiten Volksmassen usw. — ein, sondern forderte auch eine schnelle Revision der Verfassung, indem er u. a. ausführte:

„Unter dieser Verfassung kann Deutschland mit seiner Wirtschaft nicht gedeihen, weil man nicht in der Lage ist, eine verständnisvolle Wirtschaftspolitik zu betreiben, so lange nur ein Parlament darüber zu entscheiden hat, ein Parlament, das sich aus politischen Parteien zusammensetzt, in denen die Meinung der Straße, die reine Zahl, zum Ausdruck kommt. . . . Der Hauptfehler ist, daß keine zweite Kammer vorhanden ist, eine Kammer, die sich nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten zusammensetzt. . . . Kein anderes Volk hat diese riesige Dummheit gemacht, nur eine politische Kammer zu schaffen.“

Das klingt freilich ganz anders als die Rede des Reichspräsidenten, der vom Reichstag als der Verkörperung der Volkssouveränität, der Grundlage des gesamten Verfassungslebens, sprach. Hier klaffen unüberbrückbare Gegensätze und es dürfte Hindenburg, wenn er ehrlich an seinen amtlichen Kundgebungen festhalten will, schwer fallen, sich gegenüber seinen mächtigen Mandatgebern durchzusetzen. Der Vorwärts trifft hier das Richtige, wenn er schreibt, daß die Ära Hindenburg mit einem Janusstopf in Erscheinung tritt. Die Arbeiterklasse wird sich über die tatsächlichen Verhältnisse keiner Täuschung hingeben und wird sich auch in Zukunft von dem gesunden demokratischen Mißtrauen leiten lassen. Sie weiß, was sie von den schönen Reden und Versprechungen, mit der noch jede Regierung ihre Amtstätigkeit begann, zu halten hat. Sie ist sich darüber klar, daß die politischen Probleme ebenso wie die wirtschaftlichen und sozialen Fragen nicht nach dem mehr oder weniger guten und starken Willen gelöst, sondern im schärfsten politischen Kampf zwischen den großen politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen entschieden werden. Die Präsidentschaft Hindenburgs bedeutet eine wesentliche Stärkung der Reaktion auf allen Gebieten und danach muß die Arbeiterklasse und vor allem die Sozialdemokratie als ihre politische Führerin ihre Maßnahmen treffen.

Die Gratulanten.

SWD. Berlin, 13. Mai (Radio).

Verärgert über die Rede Hindenburgs, laßt sich die Rechts- presse an dessen Glückwünschen aus dem Ausland. Es verlohnt wirklich, sich diese Glückwünsche oder wenigstens ihre Adressanten etwas näher anzusehen. Da kommt ein Gruß des ungarischen Reichsverwesers Horthy, einen andern Glückwunsch erteilt sich der Präsident von Argentinien, er folgt in der Aufzählung gleich unter einem Gruß des Präsidenten von Finnland. Außerdem hat noch der Kaiser von Japan, der König von Schweden und der König von Dänemark gratuliert. Im wesentlichen also kleine Länder oder solche, die auf die Beziehungen zu Deutschland keinen wesentlichen Einfluß haben, die großen Mächte aber fehlen in der Reihe der Gratulanten restlos. Amerika, England, Frankreich, Italien und Belgien, also gerade die Länder, auf deren Vertrauen Deutschland heute mehr denn je angewiesen ist, haben eine besondere Gratulation sogar ausdrücklich abgelehnt. Die Rechts- und Presse redet natürlich trotzdem von einem Wüberhall bei der Amtsbekanntmachung Hindenburgs im Ausland. Sie hat sich eben in ihrem Bedarf nach Vertrauen schon sehr gemäßig.

Aus Prag berichtet der Privatvertreter des WB: Die Prager Postdirektion hat mit Erlaß an alle Telegraphenämter die Beförderung von Begrüßungs- und Telegrammen an den Reichspräsidenten v. Hindenburg, soweit diese eine Kundgebung besonderer Ehrung und Ergebntheit enthalten, verboten. Die Postdirektion beruft sich hierbei auf einen Paragrafen des Telegraphengesetzes, welcher Telegramme, deren Inhalt gegen die Sicherheit des Staates oder dessen wirtschaftliche Interessen gerichtet ist oder den Gelehen der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit widerspricht, von der Beförderung ausschließt.

Eine bayerische Demonstration gegen das Reich.

WB. München, 12. Mai.

Die sozialdemokratische Fraktion und die demokratische Arbeitsgemeinschaft des Stadtrats legten in der Vollziehung des Stadtrats Bewahrung dagegen ein, daß die städtischen Gebäude in München am Tage der Eidesleistung des neuen Reichspräsidenten in den bayerischen Landesfarben geflaggt haben, wobei sie den Standpunkt vertraten, daß in diesem Vorgehen eine Mißachtung der Reichsverfassung liege. Bürgermeister Schwarzgabel wies die Vorhaltung entschieden zurück mit der Erklärung, daß den beiden Bürgermeistern die Reichsflaggen nicht identisch mit der Reichsverfassung seien und daß sie das Reich unter allen Umständen hochhalten wollten.

Die englischen Konservativen.

Von unserem englischen Mitarbeiter.

O. P. Vor kurzem sind in der Form eines kleinen Büchleins drei Reden des gegenwärtigen englischen Ministerpräsidenten Stanley Baldwin gesammelt erschienen. Worüber spricht ein englischer konservativer Premierminister? Wir können es aus dem Titel des Büchleins erraten: es heißt „Frieden und guter Wille im Wirtschaftsleben“.

In den letzten Tagen hat im englischen Unterhaus die diesjährige Budgetdebatte begonnen. Wie sieht dieses Budget einer englischen konservativen Regierung aus? Es trifft Vorzüge für die Einführung der Witwen- und Waisenerziehung. Eine Ausdehnung der Altersversicherung durch Herabsetzung des Alters, mit dem der Anspruch auf die Versicherung beginnt, von 70 auf 65 Jahren. Die nächste große Vorlage, die das Parlament nach der Erledigung des Budgets beraten soll, wird ein allgemeines Arbeiterschutzgesetz (factory bill [Fabrikgesetz]) sein. Lauter Dinge, die die Arbeiterregierung machen wollte und gemacht hätte, wenn sie nur noch ein halbes oder ganzes Jahr länger im Amte geblieben wäre. Aber das Merkwürdige an diesen Reformen ist nicht, daß eine Arbeiterregierung sie vorbereitet hatte, sondern daß eine konservative Regierung sie durchführt!

Eine kapitalistische Regierung, die über eine solide Zweidrittelmehrheit verfügt und dennoch als erste große Gesetzesvorlage ein Fabrikgesetz einbringt, ein konservativer Ministerpräsident, der laudat, laudat reißt und Reden hält, in denen er angesichts der herausziehenden Wirtschaftskämpfe zum Frieden und zum Vertrauen mahnt und die Einmischung der „Politik“ in die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern ablehnt — all das sagt ebensoviel über die Klugheit der Herrschenden aus, wie über die Macht der Arbeiterklasse in England, mit der die bürgerliche Regierung trotz ihrer Majorität sehr wohl rechnen muß. Die englische Bourgeoisie fühlt sehr genau, daß die Stimmung der Arbeitermassen unruhig ist — deshalb predigen ihre Redner Frieden und guten Willen. Und die englische Bourgeoisie weiß sehr gut, daß sie gegen die Arbeiter heute in England nicht mehr regieren kann — deshalb versucht sie mit sozialpolitischen Reformen die Arbeiter zu beschwichtigen und einzufangen.

Und die englische Bourgeoisie kann mit ihrer Politik des Einfangens der Arbeiter in der Tat noch immer auf Erfolg rechnen. Noch immer wählen beträchtliche Teile auch der organisierten englischen Arbeiter konservativ. Noch immer lassen sie sich durch soziale Reformen, die ihnen eine bürgerliche Regierung gewährt, tatsächlich bestimmen, auch das nächste Mal wieder konservativ zu wählen. Es ist eine der unbegreiflichsten und aufwühlendsten Tatsachen für den, der zum ersten Male — oder sei es auch zum hundertsten Male — durch die entsetzlich trostlosen Straßen der Londoner Profetarierviertel, durch das unbeschreibliche, aufreizende Grau dieser Quartiere der Freundlosigkeit geht; sich dann das Unfassbare vorzustellen, daß dennoch die meisten dieser Viertel konservativ gewählt haben — die Mehrheit der Menschen, die in solchen Ziegelwüsten leben! Es ist eines der schmerzvollsten und beschämendsten Erlebnisse, eine Londoner „Maidemonstration“ mitgemacht zu haben, die in der Siebenmillionenstadt in einem kläglichen Aufgebot von eineinhalbtausend Kommunisten besteht, sich erklären zu lassen, daß London zu groß sei, als daß man eine ordentliche Maidemonstration (wie sie tatsächlich in anderen Teilen des Landes stattfindet) auf die Beine bringen könne; aber zwei Tage zuvor sehen zu müssen, wie Zehntausende von Arbeitern aus allen Teilen des Landes, zum Teil mit vom Unternehmer eigens gewährtem Urlaub und auf von ihm beigegebenen Transportmitteln nach London wallfahrten, um dem Entscheidungsspiel des Cup-Fußballwettbewerbes beizuwohnen — und sich dann noch von Ramsay MacDonald sagen zu lassen, dieses Fußballwettbewerb sei doch eigentlich so etwas wie die englische Meisterschaft! Darum ist es auch eines der schwierigsten Probleme nicht nur der englischen, sondern der internationalen Arbeiterbewegung, die Reaktion gegen diese Sport- und Harmonie- duselei, die sich in den letzten Jahren in den englischen Arbeitern regt, ihr Erwachen zum Klassenbewußtsein nicht etwa deshalb zurückdämmen zu wollen, weil es in seiner ungelassenen Anergahenheit in gewisser Richtung über die Stränge schlägt und sich in der letzten Zeit von den Volkswillen hat mitbringen lassen. Nichts wäre verhängnisvoller, als die englischen Profetarier, die sich langsam von der Bevormundung der Bourgeoisie loszumachen beginnen, weil sie dabei Irrtümer und Fehler begehen, wieder auf die Fußballplätze der Bourgeoisie zurückzuweisen, wie es manche englische Führer tun. Selbst auf die Gefahr hin, daß der naive Heberischwang dieser Arbeiter, denen das Klassenbewußtsein eine neue und stolze zur Schau getragene Gabe ist, eine Zeitlang den Kommunisten unwillkürlich Vorschub leistet, muß das internationale Proletariat die jetzigen Kinderkrankheiten der englischen Bewegung in Kauf nehmen, wenn dafür die Zahl der englischen Arbeiter kleiner wird, die den Beschwichtigungsmitteln der englischen Bourgeoisie erliegen.

Diese Entwicklung wirkt aber ebenso unaufhaltsam auch auf der anderen Seite. Zur gleichen Zeit, da Baldwin seine

Reden gehalten, die konservative Regierung ihr Budget ein-
gebrocht hat, hat die größte englische Eisenbahngesellschaft
große Entlassungen angekündigt und ihr Personal ersprecherlich
war die Entscheidung gestellt, entweder in einen Abbau oder
in eine Vorkürzung zu willigen. Die Unternehmer der
Metallindustrie haben eine vor längerer Zeit überreichte
Vorkürzung der Arbeiter endlich beantwortet: mit einem
Angebot von einem Zwanzigstel der geforderten Erhöhung und
einer Gegenforderung nach Verlängerung der Arbeitszeit!
Im Bergbau dauern noch immer die Verhandlungen an, und
da die Unternehmer mit Hinweis auf die schlechte Konjunktur
jedem Zugeständnis ablehnen, aber gleichzeitig die einzige
wirkliche Hilfe, die Reorganisation des Bergbaus auf ge-
meinhilflicher Grundlage verwerfen, herrscht bei den Ar-
beitern eine verweirliche Kampfesstimmung. Man sieht: die
wirtschaftlichen Tatsachen sprechen eine andere Sprache als
der ehrenwerte Baldwin in seinen Reden. Die Minister der
Bourgeoisie predigen Frieden und guten Willen. Die Unter-
nehmer antworten mit dem Angriff auf Lohn und Arbeitszeit.
Das eine, die schönen Reden, die sozialen Reformen — das
ist die konservative Politik. Das andere, die Drohung der
Eisenbahngesellschaften, der Vorstoß der Metallindustriellen —
das ist der Klassenkampf.

So bemerkenswert darum die Geschicklichkeit jener Politik
ist, so darf man sich doch nicht darüber täuschen lassen, daß sie
in der englischen Bourgeoisie, der konservativen Par-
tei selbst auf Gegenkräfte stößt. Es begann damit, daß sich die
politische Vertretung der englischen Bourgeoisie im Laufe der
letzten Jahre sehr rasch innerhalb des bis dahin bestehenden
Systems der zwei Parteien umgeschichtet hat. Einerseits ver-
ließen immer mehr Angehörige der Mittelschichten, der In-
telligenz, des Kleinbürgertums die liberale Partei und gingen
zur Arbeiterpartei über. Andererseits verließen aber auch
immer mehr großkapitalistische Unternehmer, Fabrikanten
und Kaufleute, die bis dahin den eigentlichen Kern der Libera-
len gebildet hatte, diese Partei und gingen zu den Konser-
vativen über: sobald die Arbeiterklasse stark und selbständig
genug geworden ist, um die Klassenherrschaft der Bourgeoisie
zu bedrohen, läßt diese, wie in allen übrigen Ländern, auch in
England die liberale Ideologie, den Schmutz ihrer Jugend,
die Lebenslüge ihrer Herrschaft fahren und zieht sich auf die
konservative Behauptung ihrer Macht zurück. Die altgewor-
dene Bourgeoisie, die sich verteidigen muß, kann den Liberalis-
mus nicht mehr brauchen. So veränderte in den letzten Jahren
die konservative Partei sehr merklich ihre Zusammensetzung:
aus ihr, die bis dahin mehr die Partei der feudalen Ueber-
bleibsel, des Adels, des Grundbesitzes, der Beamten und
Militärs mit den ihnen nachlaufenden Kleinbürger- und Ar-
beiterschichten gewesen war, wurde eine Partei der Bour-
geoisie mit starkem industriell-kapitalistischem Einschlag. Als
noch dem Rücktritt Bonar Laws an die Spitze der Partei
nicht der Aristokrat Lord Curzon, sondern der bürgerliche
Fabrikant Baldwin trat, war die Umwandlung der konser-
vativen Partei besiegelt.

Aber die fortschreitende Entwicklung der Fronten im
Klassenkampf geht noch weiter. Baldwin ist zwar gegenüber
der aristokratisch-militaristischen Gruppe in seiner Partei ein
Vertreter der kapitalistisch-industriellen Bourgeoisie und also
der modernen Richtung. Aber er ist zugleich persönlich ein
überzeugter Vertreter der konservativen Sozialreform, als
Kapitalist ein Anhänger des alten, soliden, konservativen Un-
ternehmerstums, dem die Rücksicht auf die Arbeiter in- und
außerhalb seiner Partei kein bloßes politisches Manöver ist,
der wirklich daran glaubt, auch Arbeiterschichten bei der kon-
servativen Partei halten zu können, ein Mann, dessen per-
sönliche Achtbarkeit und Freundlichkeit von allen geschätzt wird,
und dem auch seine Gegner auf den Händen der Arbeiter-
partei nachsehen, daß er wie wenige konservative Führer vor
ihm mit Aufmerksamkeit und Interesse den Debatten über
sozialpolitische Fragen folgt. Auf der anderen Seite steht er
aber gerade deswegen im Gegensatz zu jenen Elementen seiner
Partei, die gewissermaßen bereits die nächste, eine fort-
geschrittenere Stufe der kapitalistischen Entwicklung repräsen-
tieren: den Vertretern der riesigen Industrieconzerne, der
großen Handelstrusts, den großbourgeois Imperialisten und
Scharfmachern, die aus der liberalen Partei herübergekom-
men sind, weil ihnen der alte und lahm gewordene Liberalis-
mus keine genügende Sicherung ihres angehäuften Profits
oder der anwachsenden Macht und „Begehrlichkeit“ der Ar-
beiter mehr bot. Das sind nun neben dem aristokratisch-mil-
itaristischen Flügel, den Diehards auf der äußersten Rechten,
neben der Baldwin'schen Mittelgruppe der konservativen In-
dustrie, der konservativen Arbeiterpolitik und Sozialreform,
ehemals die sogenannten Koalitionskonservativen, die das
Bündnis der beiden bürgerlichen Parteien zeitweise bereits
praktiziert haben. Das sind die Birkenhead und Churchill,
die bewußt für die Einheitspartei der Bourgeoisie, gegen die
Arbeiterklasse kämpfen.

Als Baldwin bei der Bildung seines Kabinetts den eben
erst von den Liberalen herübergekommenen Churchill, der als
antisozialistischer Einheitskandidat gewählt worden war, in
die Regierung übernahm und ihm sogar den zweitwichtigsten
Posten im Kabinett, das Schatzkanzleramt, übertrug, hat er
in der langen Ueberlegung gehandelt, alle Strömungen der
Bourgeoisie heranzuziehen. Es ist freilich nicht schwer vor-
auszusehen, daß mit diesem Kompromiß die Entwicklung nicht
abgeschloffen ist. Die natürliche Spannung der Gegensätze in
der konservativen Partei muß sich weiter verschärfen. Die
Politik der friedlichen Reden und der sozialen Reformen, der
Verzicht, noch immer breite Massen der englischen Arbeiter vor
den Karren der Bourgeoisie zu spannen, hält den wirtschaft-
lichen Tatsachen nicht mehr lange stand. Dann werden die
heute noch konservativen Arbeiter in Scharen zu ihrer Klassen-
partei übergehen. Dann werden innerhalb der englischen
Bourgeoisie die Parteiverhältnisse sich vollends verändert
haben, dann wird sich aber auch die Führung innerhalb der
konservativen Partei neuerlich verschieben.

Wie rasch doch diese Entwicklung geht! Vor zwei Jahren
noch konnte man eine Rebellion des rechten Flügels der Kon-
servativen gegen Baldwin, der Diehards gegen die modernere
kapitalistische Leitung für durchaus möglich halten. Auch jetzt
wieder sind Zeichen beginnender Unzufriedenheit in der kon-
servativen Partei, Auflehnung gegen die Politik des Des-
zerts und der Friedensreden bemerkbar. Aber wenn es
sich eine Rebellion gibt, wird es keine feudale-reaktionäre,
sondern nur eine hochkapitalistische der industriellen Schar-
macher gegen die Baldwin'sche Vermittlungspolitik sein. Und
wenn — vielleicht in Jahren, vielleicht erst in Jahrzehnten —
diese Rebellion gelingt haben wird, dann wird der Führer
der konservativen Partei, der Ministerpräsident der englischen
Bourgeoisie nicht mehr Baldwin heißen, sondern Winston
Churchill.

Die Vereidigung des Reichspräsidenten.

Einige Minuten vor 12 Uhr betrat Hindenburg, begleitet vom
Reichskanzler, das Gebäude. Im Hause selbst wurde Reichsprä-
sident von Hindenburg durch die Vizepräsidenten Dr. Bass und den
Direktor beim Reichstag begrüßt. Der Reichspräsident begab sich
dann auf einige Minuten in das Zimmer des Reichstagspräsidenten
Loche, der ihn später in den Plenarsitzungsraum geleitete.

Es war 12 1/2 Uhr, als Hindenburg den Saal betrat. Die Ab-
geordneten, mit Ausnahme der Kommunisten, erhoben sich von den
Bänken. In diesem Augenblick rief der Abg. Hölein: „Nieder mit
dem Monarchismus! Es lebe die Räte-Republik!“ Die anwesenden
Kommunisten stimmten in diesen Ruf ein und verließen dann den
Saal. Als die Kommunisten verschwunden waren, nahm Reichs-
tagspräsident Loche das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Feldmarschall!

Das deutsche Volk hat in seiner Abstimmung am 26. April d. J.
Sie zum Präsidenten des Reichs gewählt und Sie damit auf den
höchsten und ehrenvollsten Platz der Deutschen Republik be-
rufen. Der Artikel 42 der Verfassung von Weimar ordnet an, daß
Sie vor der vereidigten Volksvertretung den Eid auf die Ver-
fassung leisten. In dieser feierlichen Handlung habe ich den Reichs-
tag zusammenberufen; ich überreiche Ihnen die Eidesformel und
bitte Sie, den vorgeschriebenen Eid abzulegen.

Reichspräsident von Hindenburg übernimmt die Worte
mit der Eidesformel und leistet den Eid in folgendem Wortlaut:
„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß
ich meine Kraft dem Wohle des Deutschen Volkes widmen, keinen
Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die
Gesetze des Reichs wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen
und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott
helfe!“

Präsident des Reichstags: Herr Reichspräsident! Durch die
Leistung des Eides sind Sie dem deutschen Volke verpflichtet
worden. Ich begrüße Sie namens der Volksvertretung und gebe
der Hoffnung Ausdruck, es möge unter Ihrer Amtszeit gelingen,
den in den letzten Jahren unter Ihrem Vorgänger, dem Reichs-
präsidenten Ebert begonnenen wirtschaftlichen Wiederauf-
stieg unseres Landes fortzuführen, die mit Erfolg angebahnte außen-
politische Vertiefung weiterzuführen und so die schwebenden Nach-
wirkungen des Krieges und der Kriegsfolgen, unter denen noch
heute unzählige unserer Landsleute leiden, allmählich zu beseitigen.
Vielelei wirtschaftliche Hoffnungen verbinden sich, wie Ihnen,
Herr Reichspräsident, bekannt ist, mit jedem Wechsel an den leitenden
Stellen des Reichs. Möge es dem Zusammenwirken der be-
rufenen Personen und Körperschaften gelingen, die erfüllbaren
Wünsche ihrer Bevölkerung näherzuführen und auch nach außen
das Deutsche Reich als friedliches und gleichberechtigtes Glied in die
europäische Völkergemeinschaft einzureihen. Von diesen unsern Wünschen
begleitet, übernehme Sie, Herr Reichspräsident, Ihr hohes Amt.

Dann nimmt Reichspräsident von Hindenburg das Wort. Er
zeigt sich der Lage kaum gewachsen, ist sehr nervös und erweckt den
Eindruck harter Unsicherheit. In seiner Ansprache erhebt er statt von
dem Reichstagspräsidenten von dem Reichspräsidenten und fährt
dann fort:

Nehmen Sie meinen herzlichsten Dank für die Worte der Be-
grüßung entgegen, die Sie zu mir soeben im Namen der deutschen
Volksvertretung gesprochen haben, nachdem ich gemäß der republi-
kanischen Verfassung vom 11. August 1919 den Eid als Reichsprä-
sident geleistet habe. Reichstag und Reichspräsident gehören zu-
sammen, denn sie sind beide unmittelbar aus dem Willen
des deutschen Volkes hervorgegangen. Aus dieser gemein-
samen Grundlage allein leiten wir ihre Machtvollkommenheiten
her. Beide zusammen erst bilden die Verkörperung der Volks-
souveränität, welche die Grundlage unseres gesamten heutigen
Verfassungslebens bildet. Das ist der tiefe Sinn der Verfassung,
auf die ich mich soeben durch mein Mannepswort ausdrücklich ver-
pflichtet habe. Während aber der Reichstag die Stätte ist, wo
die Gegensätze der Weltanschauungen und der politischen Ueber-
zeugungen miteinander ringen, soll der Reichspräsident der über-
parteilichen Zusammenfassung aller arbeitswilligen und aufbau-
bereiten Kräfte unseres Volkes dienen. Auch an dieser Stelle spreche
ich es daher noch einmal ausdrücklich aus, daß ich mich dieser Auf-
gabe der Sammlung und Einigung unseres Volkes mit besonderer
Hinabe widmen will. Diese große Aufgabe wird mir wesentlich
erleichtert werden, wenn auch in diesem hohen Hause der Streit der
Parteien nicht um Vorteile für eine Partei oder einen Parteistand
gehen wird, sondern vielmehr darum, wer am treuesten und erfolg-
reichsten unsern schwergeprüften Volke dient. Ich hoffe zuversicht-
lich, daß der edle Geist der treuesten Pflichterfüllung die sichere
Grundlage bilden wird, auf der wir uns immer wieder nach dem
Geist der Weisheit und Meinungen zu gemeinsamer, vertrauensvoller
Arbeit zusammenfinden werden.

Präsident über: Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, mit
mir in den Ruf einzustimmen: „Das Deutsche Reich, das in der
Deutschen Republik geeinigtes deutsches Volk, es lebe hoch!“ Das
Haus stimmt dreimal begeistert in den Ruf ein.

Einige Minuten später geht der neue Reichspräsident, flankiert
vom Reichskanzler und Reichstagspräsidenten, durch die Wandel-
halle zur Freitreppe des Reichstags hinaus zum Königspalast, wo
eine Kompanie Reichswehr aufgestellt genommen hat. Die Menge
begreißt Hindenburg mit lauten Rufen und Tüchern und Fähnchen-
schwanken. Reichskanzler Dr. Luther bringt ein Hoch auf den neuen
Reichspräsidenten aus. Die Musik spielt „Deutschland, Deutschland
über alles“, dann schreitet Hindenburg die Front ab und nun führt
er sich, dem Unsicherheit und Befangenheit vor dem Reichstag deut-
lich anzumerken war, als Fachmann in seinem Element. Er geht
in langsamen Schritten auf den rechten Flügel zu und prüft beim
Flügelmann erst einige Sekunden sorgfältig, ob die Leute gut aus-
gerichtet sind. Er scheint zufrieden. Indem er jeden Mann scharf
ansieht, geht er die Front entlang. Einen Mann im zweiten Glied
spricht er an. Es ist aus der Ferne nicht genau zu erkennen, ob der
Mann den Beifall oder das Mißfallen des Reichspräsidenten ge-
funden hat, weil vielleicht irgend etwas an seiner Ausrüstung nicht
ganz in Ordnung war. Während Hindenburg die Front abschreitet,
jubelt die Menge unausgeseht. Hindenburg kümmert sich nicht um
die Ovationen, er lüftet noch einmal seinen Hut, geht zu seinem
Auto und fährt davon. In 15 Minuten war der ganze Akt der
Feierlichkeit erledigt!

Hindenburg begab sich dann in Begleitung des Reichskanzlers
in das Palais des Reichspräsidenten, wo Dr. Simons die Spitzen
der Ministerien zu Ehren Hindenburgs zu einem Frühstück ein-
geladen hatte. In Erwiderung einer Begrüßungsansprache des stell-
vertretenden Reichspräsidenten hielt Hindenburg hier folgende
Rede:

Sehr geehrter Herr Präsident! Es ist mir ein herzlichliches Be-
dauern, in diesem Hause, das nunmehr die Stätte meiner verant-
wortungsvollen Arbeit werden soll, und in dem ich heute noch Ihre
und Ihrer Frau Gemahlin Gastfreundschaft genieße, Ihnen meinen
wärmsten Dank zu sagen für die Aufnahme, die Sie mir bereiteten,
und für die Worte, die Sie soeben an mich zu richten die Güte hal-
ten. Mit mir — so bin ich überzeugt — dankt Ihnen das ganze
deutsche Volk für die hingebende Treue, mit der Sie sich dem Rufe
der Volksvertretung zur Verfügung stellten, als der plötzliche Tod
des ersten Reichspräsidenten eine vorübergehende Stellvertretung
des Staatsoberhauptes notwendig machte. Während dieser Wochen
haben Sie dem deutschen Volke mit dem gleichen Eifer und der
gleichen Treue gedient, die Sie an diesen hohen und verantwortungsvollen
Posten bewiesen haben.

Es ist nicht meines Amtes, das Wirken meines durch einen
frühen und unerwarteten Tod aus seiner Arbeit gerissenen Herrn
Amtsvorgängers zu kennzeichnen und zu werten. Diese Aufgabe
hat Herr Reichskanzler Dr. Luther an der Waise des Heimgegangenen
erfüllt. Unbestritten ist sein Verdienst um Wiederherstellung
von Ruhe und Ordnung in Deutschland nach dem Zusammenbruch
unseres Volkes. Das wird jederzeit dankbar im deutschen Volke auch

von seinen politischen Gegnern anerkannt werden. Sein Streben
war immer darauf gerichtet, dem deutschen Volke treu zu dienen.
An anderer Stelle habe ich wiederholt zum Ausdruck gebracht,
von welchen Ueberzeugungen und Anschauungen ich mich bei meiner
Amtsführung leiten lassen will. Unter heutiges gesellschaftliches Zu-
sammensein ist am wenigsten der rechte Ort, um politische Pro-
gramme zu entwickeln. Mein langes und arbeitsreiches Leben liegt
offen vor aller Augen. Ich werde mich auch in meinem neuen ver-
antwortungsvollen Amte nur von dem einen Gedanken leiten lassen,
in treuester Pflichterfüllung und unter Einsatz meiner besten Kräfte
dem Volke und Vaterland zu dienen. Die Anschauungen, wie ich
sie in der großen Schule der Pflichterfüllung, dem deutschen Heere,
gewonnen habe, sollen auch für meine Friedensarbeit von Nutzen
sein. Sie gipfeln in dem Satze, daß Pflicht vor Recht geht,
daß jederzeit, besonders aber in den Tagen der Not, einer für alle
und alle für einen stehen müssen. Das deutsche Volk hat in Zeiten
schwerster Prüfung sein Schicksal in die eigene Hand genommen.
Möge es beweisen, daß es dieser Selbstverantwortung gewachsen
ist. Wir aber, meine Herren, wollen uns in dem heißen Bestreben
zusammenfinden, treue Diener des Vaterlandes zu sein. In diesem
Sinne vorwärts mit Gott!

Am Mittwoch empfängt Hindenburg das Diplomatische Korps.

Im Anschluß an die Vereidigung nahm der Reichspräsident
v. Hindenburg die Parade vor einer Reichswehrkompanie ab. Die
Reichswehrkompanie waren bei dieser Gelegenheit ebenfalls vollstän-
dig vertreten wie bei der Vereidigung. Auch die Kommunisten, die wenige
Minuten vorher „Nieder mit dem Monarchismus!“ gerufen hatten
und dann den Saal verlassen, waren in einer stattlichen Anzahl er-
schienen. Vor allem zeigten sich Herr Schölem und Schwarz
äußerst interessiert. Sie glaubten schelnbar, sich die neueste In-
folgequenz in der Annahme leisten zu können, daß sie in der großen
Schar der Teilnehmer untergingen. Dennoch sind sie unangenehm
aufgefallen. Der Widerspruch zwischen ihrer Theorie und Praxis
steht jedenfalls wieder einmal einwandfrei fest: Vor den Augen der
Öffentlichkeit demonstrieren sie ostentativ gegen die Vereidigung,
um dann an der Parade, die den Abschluß der Vereidigungsfeier-
lichkeit bildet, teilzunehmen, weil sie sich unbemerkt glauben.

Anlässlich der Vereidigung Hindenburgs hatte das Berliner
Rettungswesen in der näheren Umgebung des Reichstages zwei
Rettungswachen eingerichtet, die bereits kurz nach 12 Uhr eine große
Anzahl ohnmächtig gewordener Leute aufnehmen mußten. In der
Rettungswache im Reichstag waren allein um diese Zeit bereits 70
Personen eingeliefert worden, so daß auch bald der Hof des Reichs-
tages als Lazarett Verwendung fand. Insgesamt sind bei den
städtischen Rettungswachen im Laufe des Tages etwa 200 Ein-
lieferungen erfolgt. Schwere Unglücksfälle ereigneten sich
nicht. Auch die politische Polizei hatte keinen Anlaß einzuschreiten.
6 Personen wurden wegen Ueberschreitung polizeilicher Vorschriften
verhaftet.

Dr. Simons Rückkehr nach Leipzig.

Aus dem Bureau des Reichspräsidenten wird mitgeteilt: Der
bis herige Stellvertreter des Reichspräsidenten Dr. Simons hat sich
heute nachmittag 4 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Leip-
zig zurückbegeben. Zur Verabschiedung am Zuge hatten sich Reichs-
kanzler Dr. Luther, der Präsident des Reichstags Loche, Reichs-
wehrminister Dr. Geßler, Staatssekretär Kempner und der Chef so-
wie die Referenten des Bureaus des Reichspräsidenten eingefunden.
Staatssekretär Reichner überbrachte Herrn Dr. Simons herzlichste
Abschiedsgrüße des Reichspräsidenten von Hindenburg.

Was geht in Deutschland vor?

SPD. Genf, 12. Mai.

Die Schweizer Presse stellt übereinstimmend ein Wieder-
leben der nationalistischen Demonstrationen im Zusammenhang mit
der Wahl Hindenburgs fest. Die Basler Nationalzeitung
schreibt z. B. über den Stahliem-Tag in Frankfurt: „In
einem Augenblick, wo die deutsche Regierung über die Räumung
Kölns mit den Alliierten definitiv verhandeln will, duldet sie eine
Massenverammlung von Stahlhelmleuten. Es ist das erste Mal,
daß der große, militärisch organisierte ultranationalistische Bund
aus seinem bisher heimlichen Dasein an die Öffentlichkeit tritt,
zwei Wochen nach der Wahl Hindenburgs, ein Zeichen der Zeit
Wer hat diese zum Aufsteigen mahnende nationalistische Massen-
demonstration bezweckt? Was geht in Deutschland vor?“

Frankreichs Entwaffnungsnote.

Das Ergebnis des Kabinettsrates vom Dienstag.

SPD. Paris, 12. Mai.

Die amtlichen Mitteilungen über den am Dienstag stattge-
fundnen Minister rat, der in der Hauptsache der Erörterung
der am letzten Sonnabend zurückgestellten Fragen der Sicherheit
und der Räumung von Köln gewidmet war, sind in ihrem In-
halt über die gefassten Beschlüsse außerordentlich knapp. Sie be-
schränken sich auf die Erwähnung, daß Briand dem Ministerrat
Kenntnis von den Entwürfen zweier Noten zum Garantiepakt und
zur Abrüstung gegeben habe. Die erste der beiden Noten werde
unverzüglich den alliierten Regierungen übermittelt werden, die
zweite sei an die Völkervereinigung gerichtet, die am Freitag
zusammentreten werde. Der Ministerrat habe beide Entwürfe rüd-
haltlos gebilligt.

Die Angaben der Dienstagabendblätter über den Inhalt die-
ser beiden Noten bedürfen sich völlig mit dem, was wir bereits mit-
geteilt haben. So berichtet die Information, daß England
endgültig auf die Freilegung des 15. August als Termin für die
Räumung Kölns verzichtet habe. Als Gegenkonzeption habe Frank-
reich sich bereit erklärt, sich damit zu begnügen, daß Deutschland
lediglich die schweren von der Militärkontrollkommission festgestell-
ten Verfehlungen wiedergutmache und von Deutschland nur die
Durchführung solcher Maßnahmen verlangt werde, die innerhalb
drei bis vier Monaten beendet werden können. Frankreich erhalte
durch dieses Kompromiß die Genugtuung, daß Köln erst geräumt
werde, wenn Deutschland die an die Räumung geknüpften Bedin-
gungen erfüllt habe, während der englische Standpunkt insofern zur
Weltung komme, als auf diese Weise Köln, vorausgesetzt, daß
Deutschland den Forderungen nachkomme, ungeachtet der gleichen
Zeit wie das Ruhrgebiet geräumt werde. Man müsse sich also
darauf einstellen, daß in einem nahegelegenen Zeitpunkt nicht nur
die militärische Kontrolle Deutschlands auf den Völk-
bund übergehe, der alle Vorbereitungen dafür bereits getroffen
habe, sondern daß der französischen Sicherheit auch in Druck-
mittel der materiellen Garantie beigegeben werden müßte. Unter
diesen Umständen gewinne die Frage des Garantievertra-
ges besondere Bedeutung. Sie stelle für die französische Politik
eine der schwersten Entscheidungen seit dem Kriege dar. Wenn
Deutschland in seinen Vorschlägen unter Anerkennung des Ver-
fallter Vertrages eine Art Waffenstillstand am Rhein anbiete, so
tue es dies zweifellos, um freie Hand im Osten zu haben. Die
Aufgabe der französischen Diplomatie werde es sein müssen, Eng-
land von den Gefahren dieser Berechnung zu überzeugen und aus
den deutschen Vorschlägen alles herauszuholen, was der Festigung
des Friedens und der moralischen Abrüstung dienlich sein kann.

Die obige Darstellung der Pariser Information wird auch durch
eine Londoner Reuters-Meldung bestätigt, in der es u. a. heißt:
Bekanntlich sei die Räumung der Ruhr, die im August er-
folgen solle, abhängig davon, daß Deutschland fortwährend, seine durch
den Dawespakt übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, und
es sei kein Grund vorhanden, Gegenständliches zu befürchten. Für
die Räumung der Kölner Zone sei noch kein Datum festgesetzt, da
diese gänzlich bedingt sei durch Deutschlands Verhalten in bezug
auf die Abrüstung.

Beschlüsse des Exekutivkomitees der Internationale.

Genfer Protokoll. — Washingtoner Abkommen. — Koalitionsregierungen.

SPD. Paris, 11. Mai.
 Von den Beschlüssen, die das Exekutivkomitee der Sozialistischen Internationale in seiner außerordentlichen Tagung in Paris gefaßt hat, sind die wichtigsten folgende: Zum Genfer Protokoll wurde auf Antrag der Vertreter Englands, in Bestätigung der im Januar 1925 in Brüssel beschlossenen Richtlinien, einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Ohne die Mängel des Genfer Protokolls zu verkennen, erklärt die Konferenz der beiden Internationalen, daß dieses Protokoll nichtdestoweniger ein bemerkenswerter Fortschritt in der Sache des Friedens darstellt. Wenn das Protokoll nicht verwirklicht würde und die Abrüstungskonferenz nicht stattfände, würden die Nationen die Garantie ihrer Sicherheit in einzelnen Verträgen suchen und notgedrungen zum Entfesseln der rivalisierenden Mächten zurückkehren, wodurch die Gefahr neuer Kriege wächst. Es ist deshalb die Pflicht der sozialistischen Arbeiterbewegung aller Länder, die größten Anstrengungen zur Realisierung des Genfer Protokolls zu machen und für die schärfste Überwachung der in diesem Protokoll vorgesehenen Abrüstungskonferenz zu arbeiten.“ Das Exekutivkomitee hat ferner beschlossen, eine Vorberatung zur nächsten Vollversammlung des Rätebundes nach Genf zu entsenden, um dort im Sinne dieser Entschließung zu wirken.

Weiter hat das Exekutivkomitee beschlossen, daß am 21. August an dem Kongressorte der Internationale auch eine sozialistische Frauenkonferenz zusammenzutreten soll. Ferner soll in dieser Zeit eine sozialistische Konferenz über die Agrarfrage stattfinden. Zur Vorbereitung der Erörterung der Frage der nationalen Minderheiten soll von der Verwaltungskommission ein dringlicher Ausschuß ernannt werden.

Ueber den Achtstundentag hat das Exekutivkomitee folgende

Entschließung gefaßt: Die sozialistische Internationale fordert besonders die französische, englische und deutsche Arbeiterklasse auf, sofort eine tatkräftige Aktion zur Erlangung der Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag zu unternehmen. Diese Frage muß Gegenstand der größten Anstrengungen aller Arbeiterklasse sein und deshalb ist es angebracht, sich mit der Gewerkschafts-Internationale in Einklang zu setzen.

Ueber die Beteiligung der sozialistischen Parteien an bürgerlichen Regierungen, eine Frage, die von den Vertretern Frankreichs angefaßt wurde, hat das Exekutivkomitee nach eingehender Diskussion folgende Entschließung angenommen: Das Exekutivkomitee erinnert daran, daß die Sozialistische Internationale eine auf dem Kongress von Hamburg konstituierte, neue internationale Organisation darstellt und demgemäß nur Beschlüsse anzuerkennen vermag, die sie selbst gefaßt hat. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auf neue die Haltung der Sozialisten zu dem fundamentalen Programm der Arbeiterklasse festzulegen und angesichts der häufig schwankenden äusseren Umstände zu ihnen Stellung zu nehmen. Diese große und schwere Aufgabe kann nur allmählich gelöst werden. Um einen neuen Schritt in dieser Richtung zu tun, beschließt das Exekutivkomitee, alle ihm angeschlossenen Parteien aufzufordern, ihm schriftlich ihre Auffassung darzulegen über die Frage der Ausübung der Regierungsgewalt durch die sozialistischen Parteien in den Ländern mit kapitalistischem Regime. Wo dies nicht bereits geschehen ist, sollen die Parteien diese Frage auf ihren eigenen Parteitagungen zur Erörterung stellen und insbesondere über die Erfahrungen in den Ländern berichten, wo die sozialistische Partei bereits in der Regierung war. Diese Berichte sollen der Sozialistischen Internationale als Grundlage für die Prüfung der aufgeworfenen Frage dienen.

Gesellschaft für soziale Reform.

Im weiteren Verlauf der Kölner Tagung der Gesellschaft für soziale Reform schilderte Hermann Müller vom ADGB, ein- drucksvoll an zahlreichen Einzelbeispielen den Mangel an feinerem sozialen Verständnis, der bei vielen Gliedern der Sozialversicherung bestehe. Er wandte sich besonders gegen die Wahrung der Absichten auf dem Wege einer geldlichen Abschindung. Reichstagsabg. Andre-Jentzen ist Gegner jeder Schematisierung der sozialen Leistungen. Eine scharfe Kritik besonders am Referat Dr. Kaufmanns übte Helmut Lehmann, der Vorsitzende des Hauptverbandes der deutschen Ortskrankenkassen. Wenn man nur Erparnisse machen wolle, so habe es wenig Wert, von einer Reform der Sozialversicherung zu sprechen. Die auf eine berufsklä- dige Krankenversicherung gerichteten Pläne, die jetzt vielfach aufzutauchen, seien absolut zu verwerfen. Jede Reform müsse ausgehen von der zwangsweisen Zusammenfassung in einer zentralisierten Krankenversicherung. Dr. Bollig teilte, der Vorsitzende des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, bezeich- nete die gegenwärtige Erwerbslosenfürsorge als ein unglückseliges Gebilde, das auf dem schnellsten Wege durch eine Arbeitslosenversicherung abgelöst werden müsse. Dr. Pfirman vom AFA-Bund forderte von der Sozialversicherung Einheitlichkeit, Einfachheit und Allgemeinheit, damit jeder sozial Gefährdete geschützt würde. Prof. Dr. Manuël-Berlin betonte, daß es den Beamten der Sozialversicherung heute an einem geregelten wissenschaftlichen Bildungsgang fehle. In der ganzen Welt seien die Bestrebungen auf Vereinheitlichung des Sozialversicherungswesens gewaltig gewach- sen. — Reichstagsabg. Thiel vom Deutschen Nationalen Handlungs- gehilfen-Verband sprach, unter teilweise lebhaftem Widerspruch, eine- Längze für die Sonderklasse seines Verbandes. Prof. Mol- dachauer-Köln forderte strenges Festhalten an dem Gedanken der Versicherung gegenüber der allgemeinen Fürsorge. Wer lange versichert gewesen sei, müsse auch eine entsprechend hohe Rente er- halten. Die deutsche Sozialversicherung müsse ihre heutige Dreiteilung behalten. Man dürfe den Gedanken der Zen- tralisation nicht überspannen.

Dr. Franz Eulenburg-Berlin hielt dann ein ausführliches Referat über die Krankenversicherungen nach dem Kriege. Krieg und Inflation hätten eine völlige Zerkleinerung und Zerschlagung der sozialen Schichten und Klassen zur Folge gehabt. Auch die Arbeiter- schaft sei dadurch aufs schwerste benachteiligt worden. Der riesen- hafte Kapitalismus, die fehlenden Betriebsmittel hätten überall die Zukunftsaussichten der Arbeiterschaft verschlechtert. Ihre Or- ganisationen besäßen noch 7 Millionen Mitglieder gegenüber zwölf Millionen im Jahre 1920. Könnte man vor dem Kriege von einem demokratischen Kapitalismus reden, so sei heute die Ten- denz zum oligarchischen Kapitalismus unübersehbar. In allen Schichten zeige sich ein starker Zug zur Kommerzialisierung und Materialisierung. Nicht die Wirtschaft sei das erste, sondern das Wohl der Gesamtheit. Die Aufgabe der Gesellschaft für soziale Reform sei der Appell an die idealen Mächte.

Im Anschluß an dieses Referat entwickelte sich eine längere interessante Aussprache, in der vor allem die geistig kultu- relle Seite der von dem Redner aufgeworfenen Probleme be- handelt wurden. Es sprachen Dr. Pieper-München-Gladbach, Reichs- tagsabg. Zoos, Professor Kumpmann, Dr. Hontschheim, Adam Ste- gerwald und Paul Umbreit über den ADGB. Bemerkenswert war Stegerwalds scharfe Ablehnung der von der gegen- wärtigen Reichsregierung vorgelegten Steuerentwürfe. Die damit teilweise beabsichtigte Forderung der Kapitalbildung dürfe nicht in erster Linie den großen Magnaten zugute kommen. Genosse Umbreit wies darauf hin, daß die Gewerkschaften nicht so pessimistisch seien wie der Referent. Die Stärke des Organisations- gedankens sei nicht zu unterschätzen. Die von Stegerwald propagierte Sparidee könne nur dann Geltung gewinnen, wenn diese Kapita- lien allen hochkapitalistischen Verwendungsmöglichkeiten entzogen würden. Der Arbeiter könne nur als Gesamtheit, als Klasse empors- teigen. Hier seien die Kräfte zur Überwindung der Materialisier- ung bereits am Werke. — Nach den üblichen Schlussworten fand die Tagung ihr Ende.

Caillaux' unzulängliches Finanzprogramm.

Biermilliardendefizit im Staatshaushalt.

SPD. Paris, 12. Mai.
 Der Finanzminister Caillaux hat am Dienstag dem Finanzausschuß der Kammer den ersten Teil des von ihm angekün- digten Reformprogramms unterbreitet. Caillaux berech- net das Defizit im Haushalt für 1925 auf rund 4 Milliar- den Francs, die sich wie folgt zusammensetzen: 1150 Millionen Mindereinnahmen, verursacht durch die vom Senat an den von der Kammer beschlossenen Steuererhöhungen vorgenommenen Strel- chungen; 1240 Millionen infolge der Verwendung der Einnahmen aus dem Dawes-Plan, die von dem Finanzminister Herzlots in die ordentlichen Einnahmen eingestuft waren, zur Amortisierung der für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aufgenommenen An- leihen und zur Tilgung der französischen Auslandsschuld; 1500 Mil- lionen durch Eingliederung der bisher auf Spezialkosten verbuchten Teuerungszulagen für die Kriegsooper und des Delizits der Post- und Telegraphenverwaltung in den ordentlichen Haushalt.

Die dadurch erforderlichen Mehreinnahmen hofft Caillaux durch Einsparungen auf 3,5 Milliarden beschränken zu können. Sie sollen aufgebracht werden: 1. aus der allgemeinen Einkommen- steuer, deren Sätze zwar nicht erhöht werden sollen, deren Ein- gänge Caillaux jedoch durch Verbesserung der Veranlagung und der Erhebungsmethoden sowie durch scharfe Bekämpfung der Steuer- flucht und Steuerhinterziehung zu steigern hofft; 2. aus der be- sonderen Steuer auf die verschiedenen Einkommensarten (auf Einkommen aus Grundbesitz, Vermögensbesitz, der freien Berufe und aus Arbeit) mit Ausnahme des reinen Arbeitseinkommens unter 25.000 Frs.; 3. aus dem Tabakmon- opol durch Erhöhung der Verkaufspreise; 4. aus einem neu zu

schaffenden staatlichen Rüdnerversicherungsmonopol; 5. durch Beteiligung des Staates an den Ueberhörsellen gewisser monopolisierter Privatindustrien (von den Blättern werden dafür vor allem Petroleum und die Herstellung von Benzin ge- nannt).

So vernünftig die einzelnen Maßnahmen in dem vorgelegten „Reform“plan auch sein mögen, so ist doch sein Sinn unverkennbar: eine tatkräftige und klare Bekämpfung des Kapitalbesitzes zu vermeiden. Es ist kaum zweifelhaft, daß der Kampf gegen Steuer- flucht und Steuerhinterziehung ohne eine durchgreifende Kapital- abgabe nur wenig Aussicht auf Erfolg hat. Näheres wird über das Sanierungsprogramm des französischen Finanzministers noch zu sagen sein.

II. Paris, 13. Mai.
 In der Finanzkommission der Kammer hat sich gestern nachmittag im Anschluß an die Ausführungen des Finanzministers eine längere Diskussion entsponnen, an der sich besonders der Be- richterstatter Vincent Kuriel beteiligte. Verschiedene Fragen wurden auch von Leon Blum, Renaudel und anderen Mit- gliedern der Kammer gestellt. Die Ausführungen des Finanzmini- sters hatten auf sämtliche Anwesenden tiefen Eindruck gemacht, doch wollen die Sozialisten, wie der Sozialist wissen glaubt, einige Pro- grammpunkte Caillaux' anfechten. Mit der Aussprache über die Finanzvorlage wird die Kammer-Kommission entsprechend dem Vorschlage des Finanzministers noch beginnen, während der Senat die Budgetdebatte zu Ende führt.

Um die Aufhebung des Visumzwanges.

Unterbrechung der deutsch-österreichischen Verhandlungen.

SPD. Die Verhandlungen wegen der Aufhebung des Paß- visums zwischen Deutschland und Oesterreich, die während der letzten Tage in München offiziell gepflogen wurden, sind für unbestimmte Zeit unterbrochen worden. Ein Ergebnis konnte des- wegen nicht erzielt werden, weil Oesterreich erklärte, daß es auf die aus diesen Paßvisa resultierenden Einnahmen (jährlich rund 6 Mil- lionen Schilling, gleich 60 Milliarden Kronen alter Währung) nicht verzichten könne. Als wesentlich kam auch der Gesichtspunkt in Betracht, daß bei einer Erwägung der Paßfreiheit an Deutschland Oesterreich laut Friedensvertrag von St. Germain die Bergün- gung auch den übrigen Ländern gewähren müßte. Da Italien, England und Frankreich ihrerseits auf die Gebühre aus den Paß- visa nicht verzichten, so müßte Oesterreich diese Bergünstigung ohne jede Gegenleistung einräumen. Ob und wann die Verhandlungen, die zu einer grundsätzlichen Aufhebung der Paßvisa zwischen Deutsch- land und Oesterreich führen sollen, wieder aufgenommen werden, hängt von der Entwicklung der mitteleuropäischen Gesamtpolitik ab.

Die Schweiz hebt ab 1. Juni den Sichtvermerk für Staatsangehörige Englands, Belgiens, Hollands, Spaniens, Nor- wegens und Dänemarks auf. Der Sichtvermerk besteht jetzt schon nicht mehr für Staatsangehörige Frankreichs, Schwedens, Japans, Chinas und aller amerikanischen Staaten.

Schiedsgericht wegen des Eisenbahnunglücks im Korridor.

II. Danzig, 11. Mai.
 Heute ist um elf Uhr normittags in Danzig das deutsch-polnische- Danziger Schiedsgericht für den Durchgangsverkehr durch den polnischen Korridor zusammengesetzt, um zu der Stargarder Eisen- bahntatbestände Stellung zu nehmen. Den Vorsitz führte der dänische Generalkonsul K. O. G. Deutschland war durch den Generalkonsul von D. K. J. in dem auswärtigen Amt (Profektor bis vor kurzem Gene- ralkonsul in Danzig), Oberregierungsrat Schuch und Polen durch Ministerialdirektor Moszka und Baron Urzuch beteiligt. Die Verhandlungen, die auf Grund eines deutschen Antrages geführt werden, dauern bis nach drei Uhr. Das Schiedsgericht hat be- schlossen, die Unfallstelle bei Stargard morgen zu besichtigen. An der Besichtigung nehmen die Sachwalter und je zwei Sachverständige von jeder Partei teil.

Nach polnischen Meldungen soll die Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahngesellschaft vom polnischen Fiskus als End- schädigung für das bei dem Korridorunglück zerstörte Eisenbahn- material acht Millionen Goldmark gefordert haben. In dieser Summe sollen auch die an die Hinterbliebenen der verunglückten Personen gezahlten Beiträge enthalten sein. Diese Meldung ist, wie an zuständiger Stelle in Berlin erklärt wird, unzutreffend. Bisher ist von den beteiligten deutschen Stellen noch kein Entschädi- gungsanspruch in bestimmter Höhe erhoben worden. Allerdings ist man auf deutscher Seite der Ansicht, daß nach Art. 36 des Korridor- abkommens die Haltung der polnischen Staatsbahn gegeben ist.

Todeurteil gegen einen armenischen Dorfjäger. Das oberste Gericht in Angora hat einen Armenier namens Manutan, der be- schuldigt wird, einen Anschlag auf das Leben des Premier- ministers Ismet Pascha und anderer hervorragender Persön- lichkeiten geplant zu haben, zum Tode verurteilt. Das Urteil ist bereits vollstreckt worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Kurt Günther in Leipzig.
 Verantwortlich für den Inseratenteil: Hugo Seyffand in Leipzig.
 Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei, Aktiengesellschaft, Leipzig.
 Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



Sonder-Angebot zu sehr billigen Preisen



Haferlschuhe

- Braun Rindleder, randgenäht 23/26 4.90 18/22 **390**
- Braun Rindleder, doppelsohlig Flexibel, randgenäht 31/35 **7.90** 27/30 **690**
- Braune Rindled.-Damen-Haferl- schuhe, Flexibel, randgenäht Randgenähte, doppelsohlige Herren- und Damen-Haferl- schuhe **1250**



Der neue braune Moccasin- Herren-Halbschuh mit starker Rohgummisohle **1950**

Eine Musterkollektion Herrenschuhe und -Stiefel Rahmearbeit Gr. 41 **1250**



Sandalenschuh „Nixe“ in den verschiedensten Aus- führungen, schwarz und braun **1250**

Lack-Damenschuhe

Serien-Verkauf

Der Moderichtung entsprechend haben wir Tausende der elegantesten Modelle bestellt und bringen folgende Serienpreise:

- 12⁵⁰** **14⁵⁰**
- 16⁵⁰** **19⁵⁰**

Warum quälen Sie sich mit kranken Füßen?

Tragen Sie Dr. Diehl-Stiefel.



Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

zur Regelung des Verkehrs.

§ 1.
Verkehrszeichen der Polizeibeamten.
Der hocherbore oder der wapprecht aussehende Arm bedeutet: „Stopp“ für Fahrzeuge aller Art (Kraftfahrzeuge, Fuhrwerke, Straßenbahnen, Fahrräder, Handwagen), die aus der Richtung herankommen, nach der die Handfläche oder der Handrücken des Beamten zeigt.
Wacht sich vor Straßenkreuzungen oder Straßeneinmündungen einhalten notwendig, so haben alle Fahrzeuge hinter der Bauklammern zu halten, so daß die Kreuzung für Fußgänger frei bleibt. Die Weiterfahrt darf, auch wenn der Beamte den Arm nicht dauernd in Haltestellung behält, erst erfolgen, wenn das Zeichen hierzu gegeben wird.
Winken in der Fahrtrichtung bedeutet: „Freie Fahrt“.

§ 2.
Sämtliche Fahrzeugführer und Fußgänger haben den von den Polizeibeamten zur Verkehrsregelung auf den Straßen gegebenen Zeichen oder mündlich erteilten Weisungen sofort und unbedingt Folge zu leisten.
Wacht sich außerdem aus besonderen Gründen ein sofortiges Anhalten von Fahrzeugen nötig, so hat der Fahrzeugführer auf das Haltszeichen des Polizeibeamten (hoherborener Arm) unwiderrüchlich und sofort zu halten.

§ 3.
Zeichen der Fahrzeugführer.
Der Führer eines Fahrzeuges hat das Verhalten der rechten Straßenseite, Geschwindigkeits-Ermäßigungen, Halten, Wenden oder Rückwärtsfahren, rechtsseitig durch deutliche Zeichen kundzugeben.
An Straßenkreuzungen ist die beachtliche Fahrtrichtung stets durch Zeichen anzudeuten.
Den Fußgängern wird dringend empfohlen, beim Überqueren der Straßen die Zeichen der Polizeibeamten zu beachten.

§ 4.
Die in §§ 1 und 3 enthaltenen Vorschriften über die Zeichengebung dienen der Verkehrsregelung und betreffen den Fahrzeugführer nicht von der ihm obliegenden Verpflichtung zur Anwendung besonderer Vorsicht bei der Leitung seines Fahrzeuges.

§ 5.
Zwischenhandlungen gegen §§ 2 und 3 dieser Bekanntmachung werden, sofern nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen eine härtere Strafe verhängt ist, nach § 306 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuches in Verbindung mit Art. 14 der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

§ 6.
Diese Bekanntmachung tritt am 18. Mai 1925 in Kraft.
Leipzig, den 9. Mai 1925
V. R. H. 992. Das Polizeipräsidium.

Mittwoch, den 20. Mai 1925, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Verhandlungslokal unterzeichneten Amtshauptmannschaft öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses statt. Die Tagesordnung hängt in der Kasse des amtschauptmannschaftlichen Dienstgebäudes zur Einsichtnahme aus.
Leipzig, am 7. Mai 1925.
Die Amtshauptmannschaft.

Brandis. Die diesjährigen Jahrmärkte am 24. und 25. Mai d. J. beabsichtigen Handelsleute wollen sich wegen Erlangung des nötigen Marktgerätes um rechtsseitig an unseren Marktmeister, Herrn Polizeiwachtmeister Kießling, wenden. Im Unterlassungsfall ist Marktgerätes nicht zu erlangen.
Brandis, am 9. Mai 1925.
Der Städtische Marktausschuß.

Begau. Öffentl. Stadtverordneten-Sitzung, Freitag, den 15. Mai, abends 7 Uhr. Sitzungssaal. Tagesordnung am Ratobrett.

Marxkrantadt. Bekanntmachung. In der Wahl des Ältestenrates am 10. d. M. waren 3 Listen eingereicht. Für die Listen Nr. I und II war Eisenverbindung beantragt. Stimmen haben erhalten:
Liste Nr. I (Kommun. Partei) 68
" " II (Sozialdem. Partei) 277
" " III (unpolitische Christl. Liste) 328
Gewählt sind demnach: Alfred Simon, Max Görla, Reinhold Kühner, Klara Stange, Gustav Bernad, Karl Rehmet, Otto Gamann, Elise Seifert, Alwin Großsch, Albert Stämmler, Oswin Buschmann und Arno Wagner.
Falls innerhalb 8 Tagen die Gewählten nicht ablehnen, gelten sie als bestätigt.
Marxkrantadt, den 11. Mai 1925.
Der Wahlausschuß.
Thiele, Not.

Marxkrantadt. Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung, Freitag, den 15. Mai 1925, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal, Weißbühnenstr. 11.
Die Tagesordnung hängt im Rathaus aus.
Marxkrantadt, am 11. Mai 1925.
Der Stadtrat.

Gemeinschaft prolet. Freidenker
Bezirk Groß-Leipzig
L. Lindenu, Köner Str. 15, Hof. Fernruf 43720

Stütz. Donnerstag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, große öffentliche Versammlung im Gasthof Stütz. Tagesordnung: 1. Christliche oder weltliche Schule. 2. Freie Aussprache. Referent: Genosse Lehrer Wille von der 20. Volksschule.

Baumdorf. Die Mitglieder-Versammlung findet nicht Sonnabend, den 16. Mai, sondern Sonnabend, den 23. Mai, statt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand
Die Bezirksleitung.

Total-Ausverkauf
Wegen Aufgabe des Geschäftes
Tuchmängel von Mk. 13.- an
Covercoatmäntel von Mk. 10.- an
Ripsmäntel von Mk. 32.- an
Cheviot-Kleider (reine Wolle) von Mk. 5.50 an
Volle-Kleider von Mk. 8.- an
Gr. Posten Sommerkleider von Mk. 4.75 an
Gr. Posten Röcke von Mk. 2.50 an
Gr. Posten Blusen von Mk. 0.95 an
E. Uiber & Co.,
Grimmscher Steinweg 8.
Der Geschäftsaufsichtsführende
Dr. Korn

Fahrräder
vom feinsten Markenrad bis zur billigsten Spezialmaschine
Riesenauswahl.
Laternen v. 1.40 an. Karbid-Lat. 3.50
Elektr. Lat. 3.00-20.00. Taschenlampen,
Batterie-Birnen - alle Fahrradzubehöre
billigst. Wringmaschinen, auch einzelne
Walzen - Nähmaschinen.

Fritz A. Lange
Tröndlingring 1
gegenüber Börse. - Gegründet 1900.

Germania-Bad.
„Leipziger Gesundborn.“ Tel. 13 491
Wunderschöner
sehenswerter Aufenthalt.
Beste Ersatz für teure Sommerfrischen.
Lull-, Sonnen- u. Schwimmbäder
Ganz vorzügliche Massagen
Gewissenhafter Schwimmunterricht
für Damen
und Herren
Göffn. v. früh 8 ununterbr. bis abends 8 Uhr
Mittwochs, Sonnabends,
Sonn- u. Feiertags von 2 Uhr ab:
Familienbad.
Die Bäder sind neu vorgerichtet.
Die Schwimmbassins werden mit
filtriertem Wasser gespeist.
Brunnenwasser-Duschen.
Vorzügliche Speisen und Getränke.

Allen Partei- u. Gewerkschafts-Genossen empfehlen wir die soeben erschlene Broschüre

Die Internationale
und Sowjet-Russland
von
Karl Kautski

Inhalt: Der russische Absolutismus / Der Bolschewismus als Bruderpartei / Der friedliche Weg / Oekonomie und Proletariat / Die Erleichterung des Verkehrs / Staatsanleihen Der Putsch / Die spontane Erhebung / Die Intervention des Auslands / Zusammenfassung

Preis 75 Pfg.

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen

Leipziger Buchdruckerei A.-G.,
Abteilung Buchhandlung,
Tauschaer Straße 19/21.

Wer sparen will
auf Qualität sieht
Aerger u. Verdrub
meiden will,
kauft Reformbott., Kinderbott.,
Pat.-Matratzen, Polster-
auflagen, Bettfedern, In-
letts sowie alle einschl. Art.
nur in dem als recht und solid be-
kannten Betten-Spezialhaus
Plattendorfer
Straße 20, pt.
(hinter Laden)
Tel. 17 115.

Besichtigung verpflichtet nicht
zum Kauf.
Auch Zahlungserleichterung.

Augenarzt
Dr. med. Biedermann
Sprechstunde jetzt: 10-1, 4-6 Uhr
L.-Reudnitz, Breitkopfstr. 26
(Ecke Stephaniplatz, Dresdner Str.)

**Lauchstädter
Brunnen**
zu Hastrinkkuren
Seit mehr als 200 Jahren geradezu
hervorragend bewährt und ärztlich
empfohlen bei
Rheumatismus
Gicht (Podagra)
Blutarmut
Blutschwamm
Mittigkeit
schlechter Blutbeschaffenheit
Nervosität
Bestes Kurgetränk bei
Zucker- und Nierenleiden

Zu beziehen durch Apotheken, Drogerien, Mineralwasserhandlungen und einschlägige Geschäfte.

Hauptniederlage in Leipzig:
Mineralbrunnen-Vertrieb A.-G.
Brunnen-Zentrale
Stadtgeschäft und Zentralbureau Ritterstraße 8/10
(im Hause der Handelshochschule)
Fernsprecher 10117 und 22763

Familien-Nachrichten

Unserem lieben Parteigenossen
Eduard Breslau u. Frau
die herzlichsten Glückwünsche zum
25. Ehe-Jubiläum.
Einige Parteigenossen.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme
beim Hinscheiden unserer lieben guten
Elfriede
ist es uns nur auf diesem Wege möglich, allen
herzlichst zu danken. Besonderen Dank Herrn
Kantor Blechschmidt und seinen Schülerinnen,
sowie Herrn Pfarrer Richter.
L.-Neustadt, Mariannenstraße 67, II.
Paul Reinhold
nebst Angehörigen.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Seute vormittag 1/5 Uhr entschlief nach nur 2-tägigen aber schwerem
Krankenlager, sanft und ruhig, nach einem arbeitsreichen Leben unsere
nimmermilde, nur für unser Wohl treusorgende, herzengute Mutter,
Schwieger- und Großmutter, Schwester und Tante, die Gasthofsbesitzerin
Frau Anna verw. Fritsche
geb. Brendler
im Alter von nur 64 Jahren und 4 Monaten.
Im tiefstem Schmerz
Gasthof Walsdorf, den 12. Mai 1925

Die trauernden Kinder
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag, den 15. Mai, nachmittags 1/4 Uhr,
vom Trauerhause aus statt.

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

**Wirtschafts-Redakteur
gesucht.**

Für die Bearbeitung des volkswirtschaftlichen Teiles
unserer Zeitung und zur Mitarbeit im politischen Ressort
wird ein Redakteur gesucht, der über eingehende Kennt-
nisse auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens und über ein
höheres politisches Urteil verfügt. Wir reflektieren auf eine
Stelle, die sich über langjährige journalistische Betätigung
ausweisen kann.
Bewerbungen sind unter Angabe des Gehaltsan-
sprüche zu richten an den
Verlag der Leipziger Volkszeitung,
Tauschaer Straße 19/21.

**MASSEUR
gesucht!**
Bei dem Sander-Institut der unter-
zeichneten Kasse ist die Stelle eines
Masseurs zu besetzen, der möglichst
schon in ähnlichen Instituten tätig
war und auch in der Bedienung von
Nichtbädern bewandert ist. Gute
Ausbildung Bedingung. Zeugnisse
sind beizufügen.
Allgemeine Ortskrankenkasse
für die Stadt Leipzig

**Schildermaler-
Lehrling**
in gute Lehre gel.
A. Rüdiger
Firmenbildner fabz.
2. Lindenau
Odermannstr. 10, 5.

**Junge
Stenotypistin**
(eventl. weibl. Lehr-
ling) sofort gesucht.
Lebenslauf u. Ge-
haltforderung unt.
G. 37 an die Exp.
d. Blatt., Tauschaer
Straße 19/21.

Tücht. Zuschneider
nur erste Kraft aus der Branche
sofort gesucht
Leipziger Kistenfabrik Julius
Zoch, G. m. b. H., a. Bahnhofstr. 5/6/7/8/9

Zurichter auf Lammelle
Helfer ein
Fritz Blüthgen, Eilenburg
Fernruf 154

Vorarbeiter
für Fein-Eisenbau und
Bauschlosser gesucht.
Leipziger Eisenbauanstalt
G. m. b. H.
2. Eutrichstr., Schortauer Straße 70/72.

Perfekte Einrichter
für Vier- und Einspindelautomaten
System Glebeland, Gröblich u. Löwe sowie
tücht. Automaten-Dreher
bei hohem Verdienst gesucht.
Hansa-Lloyd-Werke A.-G., Bremen

**Perfekter
Glasschildermaler**
sofort gesucht. Firmenschilderfabrik A. Rüdiger,
Leipzig-Lindenu, Obermannstraße 10, 50f.

Schwarzblechklempner
Für dauernd gesucht tüchtige ältere
Pollrich & Co.
Plagwitz, Naumburger Straße 48

Schmiedemeister
welcher in Feldbahn- und Tiefbaugetriebe
Erfahrung hat, für Feldbahnfirma in
dauernde Stellung für Leipzig gesucht.
Off. u. B. 28 a. d. Fil. d. Bl. Seiber Str. 32

Maurer
welche auch Fliesen
legen können, für
Kühlanlage, sof. gel.
Franz Weber
Promenadenstr. 21.

Hosen aller Art
ab 3 Mt.
Sommerjoppen, Sport-
anzüge, getr. Anzüge ab
8 Mt. b. Gage, Kts.,
Windsorfer Str. 30.

Möbel
Polsterwaren zc. bill.
Lendel, Jochenstr. 33.

Verkäufe
2 Anzüge
Solen u. Wollen
für 16 bis 20 Jahre
verkauft billig
Schmidt
Mariannenstr. 13, II.

Billig! Prima Leder
im Ausschnitt wie im Gansen, Gummiabf.
u. -Gohlen, Verten, Holzspann, sowie sämtl.
Schuhbedarfsart. zu bekannt bill. Preis, bei
Migdin
Tauschaer Straße 46 und Wurzer Straße 11.

**Waldmann
Brüßler
Wäscheleinen
Wäschebretter
Wasserkannen
billig R. Sauer
Körnerstraße 2
2 Min. v. Volkshaus**

**Sprechapparate
Schallplatten**
Nunmehr bill. stets
die neuere Schallger.
ed. auch Teilzahlung
Musikhaus Franks
Rabet 44.

**Sprechmaschinen
billig**
Schallplatten
Wöhle, Kaiserstr. 5.
Gebr. Nähmasch.
Schub. u. Ritterstr. 4.
5. Hof, Frkt., unterb.
35 Mt., auf Klisch.,
Windsorfer Str. 30, v.

100 Mk. Belohnung
erhält derjenige, welcher mit mein am
Sonnabend am neuen Kohlenwerke in
Spahnstorf verlorene braune lederne
Altenmappe mit gr. Geldbetrag, Geschäfts-
papieren der Fa. W. Anaur, Leipzig, so-
wie eine Brille zurückbringt oder deren
Verbleib nachweist.
Straßer, Kieritzsch.

Unterricht
Wohnungen

Gitarre und Laute
lehrt groß. Joh. Wolzk.
Neust. Kirchstr. 50, I.

Wohnungstausch.
Suche in Leipzig: 3-4 Zimmerwohnung mit
Bad, Innenloft, Gas und Elektrifiz.
Lage gleich. - Biete in Berlin (westl. Vor-
ort): Große 2-Zimmerwohnung mit Bad,
Innenloft, Gas u. Elektr. (unmittelbar
am Wasser gelegen). - Offerten erbeten
unter E. 35 an die Expedition dieses
Blattes, Tauschaer Straße 19/21.

Zuferte
für die fällige
Kammer her-
nimmt, erbit-
ten bis spät
9 Uhr vormittags
am Erscheinungstag.

Die Honoratioren.

In Gera ist in diesen Tagen der Prozeß gegen eine Frau Landgerichtsrätin zu Ende geführt worden. Er hat ergeben, daß diese Dame nicht des Mordversuches schuldig ist. Aber das ist eigentlich gar nicht so wichtig. Wichtig war dieser Prozeß nur einer von vielen. Es kam auf seinen Hintergrund an. Auf diesem hat sich ein Gesellschaftsbild entwickelt, das keineswegs ein besonderes, ein markantes, ein einmaliges, sondern ein alltägliches ist. Es hat sich das Gesellschaftsbild der Kleinstadt-Honoratioren gebildet. Nicht immer wohl blüht auf solchem Hintergrund ein Anschlag auf das Leben oder die falsche Beschuldigung eines Mordversuches. Aber in diesem Intrigenpiel, das in Altenburg und Ehrenhain geführt worden ist, in diesen kleinstädtischen Vorkäuflichkeiten, in diesem Räntel- und Kassenspiel, in diesen gottvergeßenen Klatschereien und niedrigen Aufgebäuslichkeiten, da erkennen wir die photographischsteuere Wiedergabe des Lebenstages einer Menschenschicht, die so wenig Sorgen hat, daß deren willkürliche Konstruktion ihre einzige bleibt. Die Frau Landgerichtsrätin fühlt sich gekränkt, weil der Herr Landgerichtsrat sich nicht nach ihrem Befinden erkundigt hat. Die Frau Landgerichtsrätin ist empört, weil die Frau Landgerichtsrätin sie vom Vorstand des Vereins aus nicht genügend beachtet. Die Frau Ministerialdirektorin hat einen neuen Reiferhut, aus dem ihre in der Garderobe des Kränzchens einige Stangen herausgeschlitten werden. Im Kränzchen haben sich zwei Parteien gebildet, die sich aufs bitterste bekämpfen. Klagen werden erhoben, Gerüchte in Umlauf gesetzt: „Haben Sie schon gehört, daß neulich der Frau Meßner zwei silberne Kränze abhanden gekommen sind? Kurz nach dem Abhieb der Frau Landgerichtsrätin sind sie verschwunden gewesen. Ja, man weiß es aber nicht, wer sie hat.“ Verdacht wird gesponnen. Klagen werden geschmiebelt. Und so feig sind sie alle. Als die Sache vor Gericht kommt, hat keiner etwas gesagt. Und so dumm sind sie alle. So grenzenlos dumm. Die Frau Landgerichtsrätin führt den Generalstreik gegen die Schwägerin. Die Bombe platzt. Aber nein, es ist nur eine Seifenblase. In der Voruntersuchung spricht sie anders, als in der Hauptverhandlung. Der Vorsitzende weiß ihr noch, daß die ganze Geschichte so gar nicht hat sein können, wie sie geschildert worden ist. Sie ist schief, Wadenhaft konstruiert. Dazu kommen noch grobe Fälschlichkeiten. Die Frau Landgerichtsrätin hat ihrem Dienstmädchen noch vor der chemischen Untersuchung des Raffees alles über dessen Befund gesagt. Ein Wust von Gemeinheiten und Lügen? Das auch. Aber vor allem von Tagesdieberei und Betrügerei. Das Gerat Gericht hat aus dem Beet eines vornehmen Kleinstadtpartners einige Blumen gepflückt und sie in einigen zu einem Kränzchen genommen. Es kommt nun darauf an, den Boden umzupflügen. hb.

Der Moabiter Gefängnissskandal. Dr. Thieles unverständliches Verhalten.

Der Hoch-Ausschuß des preussischen Landtags setzte am Montagabend seine Untersuchung fort. Medizinrat Dr. Thiele gibt zunächst Auskunft über die Sonntagsbehandlung des Erkrankten. Der Zeuge erklärt, daß er der einzige behandelnde Arzt war und daß Schwerkranke auch Sonntags besucht wurden. Das geschah auch bei Hoefle. Die Zahl der Pfleger ist sehr knapp bemessen. Auf 80 bis 85 Kranke seien 2 bis 4 Pfleger gekommen. Er selbst habe wiederholt auf diese Mängel hingewiesen; Kernerstellungen seien aber nicht erfolgt. Die Pfleger hätten selber keinen unmittelbaren Vorgesetzten und müßten daher häufig ohne Aufsicht arbeiten. Ihm selbst sei durch die weite Entfernung seiner Wohnung die Ausübung der Kontrolle nicht möglich gewesen. Ueber die Behandlung Dr. Hoefles am Sonntag vor seinem Tode befragt der Zeuge die von den Vätern bereits gemachten Aussagen. Er gibt z. B. die telephonische Anordnung einer Injektion und das späte Eintreffen des Zeugen selbst zu, bestritt aber die Aussagen eines Pflegers, wonach dieser selbst Untersuchungen vorgenommen haben will. Die Einzelkammern im Lazarett hätten im allgemeinen nicht genügt, so daß sich die Untersuchung der Kranken äußerst schwierig gestaltet. Der Zeuge macht dann noch Ausführungen, in denen er ausser anderem behauptet, daß Hofentlassung und Charité-Überführung Dinge seien, die streng auseinandergehalten werden müßten. Der Untersuchungsrichter habe sich wiederholt gegen Überführungen in die Charité gewandt, da er darin eine Aufhebung der Haft gesehen habe. Auf die Frage, warum er dem Untersuchungsrichter und dem Gefängnisdirektor gegenüber nicht einen Antrag auf Überführung Hoefles in die Charité gestellt habe, erwidert der Zeuge unter großer Bewegung des Ausdrucks, daß er am Sonntag die Überführung noch nicht für nötig erachtet habe. Erst am Sonntag gegen Mitternacht habe er sie für notwendig gehalten. Der Direktor habe sie aber erst am nächsten Morgen angeordnet. Warum Frau Dr. Hoefle erst in der Nacht zum Montag von dieser Tatsache unterrichtet wurde, ist dem Zeugen nicht bekannt. Aus den weiteren Aussagen Dr. Thieles ist folgendes besonders bemerkenswert: Es müßten sogar Operationen hinausgeschoben werden, weil die Untersuchungsrichter die Haft nicht aufheben wollten, Operationen aber nur in der Charité vorgenommen werden können. Abgeordneter Dr. Weste (Zentrum) stellt fest, daß, obwohl am Sonntag vor dem Tode schon die Schwerekrankmeldung erfolgt sei, Frau Hoefle erst 29 Stunden nach dieser Meldung benachrichtigt wurde. Dr. Weste hielt dem Zeugen dann vor Augen, daß Krüger in der Nacht vom Sonntag nachmittag bis Montag früh 16 Stunden Dienst gemacht und sich dabei sehr um Dr. Hoefle gekümmert habe. „Warum“, fragt er, „haben Sie nicht ein einziges Mal, Sie waren doch in der Anstalt, nach dem Sterbenden gesehen?“ Der Zeuge weiß auf diese Frage keine rechte Antwort zu geben. Dr. Weste: „Sie haben sich doch am Montag früh gesagt: „Mit Dr. Hoefle geht es wohl zu Ende?“ Warum haben Sie in der Nacht nicht versucht, Dr. Hoefle in eine geeignete Behandlung zu bringen?“ Auch auf diese Frage antwortet der Zeuge ausweichend. Große Bewegung entsteht endlich im Ausschuss, als Krüger die Frage an den Zeugen richtet, ob es richtig sei, daß er mit Frau Dr. Hoefle Sonntagabend einen Zusammenstoß gehabt habe. Frau Hoefle habe zu dem Zeugen gesagt: „Da liegt Ihr Opfer.“ Der Zeuge gibt zu, diesen Vorfall bis jetzt verschwiegen zu haben und erklärt, daß diese Äußerung der Frau Dr. Hoefle der Grund war, weshalb er zwar die Nacht im Lazarett verblieben, aber nicht mehr in die Krankenstube zu Dr. Hoefle gegangen sei.

Ein geheim gehaltenes Gutachten?

Eine eigenartige Mitteilung über die Ursache des Todes Dr. Hoefles und über ein darüber vorhandenes, bisher nicht veröffentlichtes Gutachten bringt die Deutsche Tageszeitung. Das Blatt, das allerdings an der Spitze gegen Dr. Hoefle, die Barmatz usw. hervortragend beteiligt ist und darum auch an der Verdunkelung des Hoefle-Skandals und der damit zusammenhängenden Vorgänge hervortragend interessiert ist, schrieb bereits vor drei Tagen: „Es ist in hohem Grade merkwürdig und unverständlich, aus welchen Gründen der Vertreter der Regierung in der Ausschuss-Sitzung nicht das ganz unzweideutige, klipp und klare Gutachten der obduzierenden Ärzte und des Chemikers bekannt gegeben hat. Die gesamten Angriffe waren dann vollkommen unnötig. In dem amtlichen Gutachten der Professoren Stoermer und Straßburger und des Gerichtschemikers wird auf Grund des Obduktionsbefundes der mikroskopischen und chemischen Untersuchung mit absoluter Sicherheit festgestellt und zum Ausdruck gebracht, daß Hoefle an Vergiftung durch übermäßigen Genuß von Schlafmitteln, die er kurz vor dem Zusammenbruch und seinem Tode zu sich genommen hat, gestorben ist. Alle drei kommen zu dem mit

apodiktischer Sicherheit ausgesprochenen Angabe, daß er durch Selbstmord geendet hat und daß er diesen Versuch schon das erste Mal am 14. April gemacht hätte.“

Bisher ist eine amtliche Äußerung zu diesen Behauptungen der Tageszeitung seifamerweise noch nicht erfolgt.

Dr. Thiele beurlaubt.

Berlin, 13. Mai. Wie die Germania mitteilt, ist der Gefängnisarzt Dr. Thiele, dem die Behandlung des erkrankten Dr. Hoefle oblag, einstweilen beurlaubt worden.

Ein mißglückter Vorstoß gegen die Staatswirtschaft.

136. Sitzung. Dienstag, 12. Mai 1925, nachm. 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand eine Anfrage Thümmel der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit wegen der beabsichtigten

Vorkommnisse in der Staatlichen Frauenklinik zu Dresden.

Von der Regierung wurde Auskunft verlangt, was sie zu tun denkt, um derartige Vorkommnisse künftig unmöglich zu machen, und welche Schritte gegenüber dem verantwortlichen Leiter der Klinik unternommen worden sind.

Der Präsident gab ein hierzu vorstehendes Schreiben des Ministerpräsidenten bekannt, in dem darauf hingewiesen wird, daß das gegen zwei Ärzte und eine Gehilfin der Klinik wegen fahrlässiger Tötung ergangene Urteil noch nicht rechtskräftig geworden ist, sondern in der zweiten Instanz liegt, und daß gegen Professor Dr. Kehrzer ein Verfahren wegen Verletzung auf Verweigerung im Ganzen ist. Da es nicht üblich sei, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen, sehe sich die Regierung nicht in der Lage, die Anfrage heute zu beantworten.

Präsident Winter teilte weiter mit, daß zu der gleichen Angelegenheit noch eine deutschnationale Anfrage eingegangen sei, die aber, weil die Frist nicht gemährt sei, nicht mit auf die Tagesordnung habe gesetzt werden können. Die Entscheidung darüber, ob die Sache mit Rücksicht auf das Schreiben des Ministerpräsidenten von der Tagesordnung abgesehen werden solle, werde dem Hause überlassen.

Abg. Liebmann (soz. Fraktionsminderheit) fand die Begründung des Regierungsschreibens nicht für stichhaltig, denn tatsächlich handle es sich nicht darum, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen, sondern der Bevölkerung die Sicherheit zu geben, daß derartige Dinge nicht wiederkehren. Gegen Dr. Kehrzer schwebte zudem gar kein gerichtliches Verfahren. Es läge also kein durchschlagender Grund für eine Ablehnung der Anfrage von der Tagesordnung vor.

Der Kommunist Lieberich wandte sich ebenfalls gegen eine Verlegung der Angelegenheit, während der Deutschnationale Dr. Kerschmarz von unerhörten und maßlosen Angriffen auf Professor Dr. Kehrzer sprach sich aber schließlich für die Ablehnung aus, weil seine eigene Anfrage sowieso nicht mit zur Beratung gelangen konnte.

Darauf wurde gegen die Stimmen der Linkssozialisten und Kommunisten die Ablehnung des Antrags Thümmel von der Tagesordnung beschlossen.

Hierauf kamen vier Anfragen und Anträge gemeinsam zur Behandlung, die

Die Erhaltung des Hartthwaldes bei Leipzig

zum Gegenstand haben. In einer Anfrage Gündel wurde darauf hingewiesen, daß die Regierung den Hartthwald angeht auf die Altgemeinde Sächsischen Werke übertragen hat, daß es aber nach § 16 des Staatswirtschaftsgesetzes vom 31. Mai 1922 zur Veräußerung von Staatsgrundstücken von erheblichem Umfang oder erheblichem Werte der Zustimmung des Landtags bedarf. Es wird gefragt, wie die Regierung die Veräußerung des Hartthwaldes ohne Zustimmung des Landtags zu rechtfertigen gedenke. — Die Deutsche Volkspartei forderte in einem Antrage von der Regierung Verhandlungen mit der Stadt Leipzig und mit den anderen beteiligten Gemeinden (Zwederband) wegen Erhaltung der Hartth. Die Kommunisten verlangten in einem Antrage die Umwandlung des Hartthwaldes in einen Naturschutzpark sowie Maßnahmen zur Vermeidung der Ausbreitung des Kohlenvorkommens unter der Hartth. Dann brachte Herr Lieberich noch einen Ergänzungsantrag ein, der die Durchführung des Hartthwaldes in den Besitz des Freistaates Sachsen erstreckte. Und dann lag noch ein Antrag Büttmann (Dnat. Sp.) vor, der die Regierung um eine Gesetzesvorlage ersucht, die jede Veräußerung oder Beseitigung von Wald und grünen Flächen in einer Entfernung bis zu 8 Kilometer von den Großstädten verbietet, und die bestimmt, daß die Dresdener Heide in ihrem jetzigen Bestand dauernd als Wald oder als Naturschutzgebiet zu erhalten ist.

Die Abfertigung der Freunde der Volksgesundheit auf der rechten Seite des Hauses, die in Wirklichkeit mit ihrem Vorgehen einen Schlag gegen die Staatswirtschaft zu führen beabsichtigten, und ihrer kommunistischen Bundesgenossen durch den

Finanzminister Dr. Reinhold

war geradezu glänzend und ließ die Interpellanten und Antragsteller, während die Mitte und Sozialisten dem Minister starken Beifall spendeten, wie beglückte Pudel abziehen. Der Minister wies überzeugend zunächst nach, daß das Staatswirtschaftsgesetz durch die Übertragung des Hartthwaldes an die Sächsischen Werke in keiner Weise berührt wird, daß die Regierung zu dieser Übertragung vielmehr nach dem Gesetz vom 20. Januar 1924 berechtigt war, durch das die Möglichkeit gegeben war, die Braunkohlewerke der Sächsischen Werke zu übertragen. In den Braunkohlewerken gehören aber auch die Grundflächensoberflächen, da ohne diese das Kohlenunterirdische nicht abgebaut werden könne. Unter großer Heiterkeit und bei immer länger werdenden Geschreien der Vertreter der „loshenden Leipziger Volksseele“ wies Dr. Reinhold aber auch nach, daß das Kohlenunterirdische der Hartth organisch mit Pöhlen verbunden ist und daß diesen Standpunkt der Landtag schon immer eingenommen hat. So hat z. B. der Abg. Köllig, derselbe Köllig, der sich heute unter den „entristeten“ Interpellanten befindet, 1922 es als selbstverständlich erklärt, daß das Kohlenunterirdische der Hartth abgebaut werden muß, und im Juli 1924 ist im Haushaltsauschuss, also zur Kenntnis aller Parteien, die Mitteilung von der Übertragung des Hartthwaldes an die Sächsischen Werke gemacht worden. In der Rechtmäßigkeit der Übertragung des Hartthwaldes an die Sächsischen Werke — so betonte der Minister mit Nachdruck — könne also nicht im geringsten Zweifel werden, so daß man nur noch die Möglichkeit habe, durch besondere Bestimmungen die Sächsischen Werke zu verpflichten, bei dem Abbau des Kohlenunterirdischen der Hartth so zu verfahren, daß daraus für die Bevölkerung keine Nachteile entstehen.

In der juristischen Seite liege aber tatsächlich nicht des Pudels Kern. Schon 1911 habe der Vertreter der L. N. A., die in den letzten Tagen schweres Geschick gegen die Regierung aufgeföhren haben, seinen Valse von einer Unterredung mit maßgebenden Herren im Finanzministerium gemeldet, die erklärt hätten, das Vorhaben der Regierung auf Abbau des Kohlenvorkommens des Hartthwaldes liege unabänderlich fest. (Lebhaftes Hört, hört!) Dr. Reinhold erinnerte aber auch an die Rede des Finanzministers Dr. v. Seydewitz im Landtage anlässlich der Beantwortung einer Interpellation im März 1912, an deren Schlusse damals die Rechte dem Minister lebhaftesten Beifall spendet hat. Damals hat der Finanzminister Dr. v. Seydewitz erklärt, die Regierung könne nicht auf alle Zeiten die Zulage geben, daß im Interesse einiger weniger Personen die erheblichen Kohlenvorkommen unter der Hartth, deren Hebung im Interesse der Allgemeinheit liege, dauernd schlichthin unbenuzt liegen bleiben, wenn es aber einmal zum Abbau käme, so würde er unter Schonung aller in Frage kommenden Interessen vor sich gehen.

Das ist — so betonte Dr. Reinhold — der Standpunkt, den auch die heutige Regierung noch einnimmt. Denn damals die königlich sächsische Regierung den Abbau des Kohlenvorkommens unter der Hartth noch hätte verhindern können, so sei es heute dazu jedenfalls zu spät. Inzwischen sei nämlich (1920) die Vorlage über die Anlage des Böhlemer Wertes vom Landtage angenommen worden, und bei ihrer Beratung sei auch die Notwendigkeit des Abbaues des Kohlenvorkommens der Hartth betont worden. Der Landtag habe damals einstimmig die Vorlage gebilligt. Auch 1922 bei einer Vorlage im Landtage über den Ausbau des Böhlemer Wertes habe die Frage der Hartth noch einmal zur Debatte gestanden, wobei der deutschnationale Abg. Dr. Eckardt sich für die Vorlage einsetzte, weil man — nicht auf halbem Wege stehen bleiben dürfe. Und dieser Dr. Eckardt gehört zu den Unterzeichnern der heutigen deutschnationalen Anfrage.

Dann legte der Minister dar, daß die Wirtschaftlichkeit des Hartthabbaues nicht bestritten werden kann, und sagte hinzu, daß, falls die wirtschaftliche Lage die gleiche bleibe, in etwa zehn Jahren mit dem Abbau des südlich der Eisenbahn gelegenen Teiles des Hartthwaldes begonnen werden dürfte, der etwa zwanzig Jahre dauern dürfte. Der Abbau der größeren nördlichen Hälfte der Hartth werde nicht vor fünfzig Jahren erfolgen. Beim Abbau der südlichen Hälfte werden die Sächsischen Werke mit der größten Vorsicht zu Werke gehen. Der Wald werde nicht in größeren Streden abgeholzt, als es beim gewöhnlichen Holzschlag in den Staatswäldern geschieht, und nach erfolgtem Abbau erfolgt sofort die Wiederaufforstung, was bei privaten Wäldern nicht immer der Fall ist. Solche Wiederaufforstungen sind in kurzer Zeit nach Sachverständigenurteilen möglich, so daß auch eine Schädigung des Landschaftsbildes nicht zu befürchten ist. Es sollen auch der Stadt Leipzig Grünflächen nicht entzogen werden, im Gegenteil sind die Sächsischen Werke verpflichtet, die angekauften Rittergutsfelder aufzuforsten und der Bevölkerung zugänglich zu machen. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm mit seinen heutigen Ausführungen gelingen werde, die „Leipziger Volksseele“ wieder zum Abbau zu bringen, und bemerkte weiter, daß aus dem Kohlenabbau der Hartth für die Leipziger Bevölkerung nicht bloß gewisse Schäden, sondern auch Vorteile entstehen (niedrigere Kohlenpreise und Energieversorgung der Leipziger Industrie).

Mit Recht erblickte der Minister in dem Vorgehen der Rechten ein gewisses System, die Staatswirtschaft zu verzerren.

(Leb. Sehr richtig! bei den Soz.) Er steht auf dem Standpunkt, daß man nur dort die Staatswirtschaft ausüben soll, wo man sich davon für das ganze Volk Vorteile versprechen kann. Deshalb sei der Staat auch an die Ausnutzung der Wasserkräfte herangegangen. Die erste dieser Anlagen, die Wasserkraftanlage am Schwarzwasser in der Hakenkümme bei Tautz sei bereits fertiggestellt. Die Bauzeit habe elf Monate betragen, 350 Arbeiter, die zu zwei Dritteln aus den Kreisen der Erwerbslosen entnommen worden sind, fanden Beschäftigung. Die Baukosten stellen sich auf insgesamt 1 050 000 Mk., wozu der Reichszuschuß aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge mit 150 000 Mark kommt, so daß der sächsische Staat im ganzen 900 000 Mk. aufgewendet hat. Wir gewinnen mit dem Betrieb dieser Wasserkraftanlage im Jahre 3 400 000 Kilowattstunden, und berechnete man die Kilowattstunde nur mit 2 Pfg., so ergibt sich bereits eine Verzinsung des Anlagekapitals von 12 Prozent. Mit Recht erklärte der Minister auch, daß eine gewisse Preisse, wenn es sich um ein privatwirtschaftliches Unternehmen handeln würde, das Wert als eine volkswirtschaftliche Tat feiern würde, während sie jetzt an ihm kein gutes Haar lassen, er betonte weiter, daß die Ausführung des Wertes große Vorteile für das gesamte Volk mit sich bringen werde, und schloß mit der Versicherung, daß er, solange er Finanzminister sei, alle Kräfte dafür einlegen werde, daß die Sächsischen Werke groß werden und ihre Zwecke und Ziele verfolgen können.

Nach dieser Rede des Finanzministers, die einen unbestrittenen Erfolg darstellte, war das Interesse des Hauses an der Weiterberatung der Sache sichtlich erlahmt. Zwar schickten die Rechtsparteien noch ein halbes Duzend Redner vor, die jedoch den Eindruck des für sie blamablen Ausgangs der groß angelegten Aktion nicht abzuwischen vermochten. Genosse Böllke konnte im allgemeinen die Zustimmung zu den Ausführungen des Ministers aussprechen und knüpfte daran die Versicherung, daß die sozialdemokratische Fraktion mit allen Kräften die Staatswirtschaft fördern werde.

Damit hatte sich die Anfrage erledigt. Die Anträge gingen an die zuständigen Ausschüsse.

Es folgte die zweite Beratung des Antrags Jähmig (Dem.), die für den Wohnungsbau bestimmten Mittel

aus den Erträgen der Aufwertungssteuer in der ersten Linie dem privaten Wohnungsbau und den Baugenossenschaften, soweit diese in der Lage sind, eigenes Kapital mit dazu aufzubringen, in Form von Hypotheken zur Verfügung zu stellen.

Der Haushaltsauschuss A (Berichtersteller Abg. Gölzner (Soz.)) beantragte 1. Ablehnung des Antrags; 2. die Regierung zu ersuchen, den Gemeinden zu empfehlen, die für den Wohnungsbau aus den Erträgen der Mietzinssteuer zur Verfügung stehenden Mittel so anzuwenden, daß möglichst viel Wohnungen erstellt werden können. Ein Teil der Erträge könne bei Bedarf auch für Erhaltung bestehender, sonst gefährdeter Wohnungen, Verwendung finden; 3. die Regierung zu ersuchen, baldmöglichst eine Vorlage vorzulegen, die die Angelegenheit auf gezieltem Wege regelt.

Abg. Jähmig (Soz.) forderte eine Neuregelung der Erhebung und Verteilung der Mietzinssteuer, da der jetzige Zustand auf die Dauer unhaltbar sei, da das geltende Verteilungssystem die Landgemeinden außerordentlich benachteilige.

Abg. Jähmig (Dem.) hatte in einem Minderheitsantrag seine Forderung wieder ausgesprochen.

Abg. Stewert (Komm.) brachte einen Antrag auf Aufhebung der Mietzinssteuer ein. Solange diese aber beibehalten werde, müßten diese Gelder dem Wohnungsbau zugeführt werden.

Abg. Noak (D. Sp.) schwärmte für die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und behauptete, daß das private Baugewerbe in freier Konkurrenz die meisten und billigsten Wohnungen erstellen würde.

Abg. Hammelsberg (Dnat. Sp.) sprach in gleichem Sinne. Arbeits- und Wohlfahrtsminister Clouet erklärte sich unter der Voraussetzung, daß die Mietzinssteuer Staatssteuer wird, bereit, 10 Millionen Mark für den Wohnungsneubau zur Verfügung zu stellen; den kommunistischen Antrag hat er abgelehnt, da er nicht zur Kompetenz des Landtags gehöre bzw. undurchführbar sei. Die Zwangswirtschaft sei solange nicht zu entbehren, als die Wohnungsnot in dieser traffen Form fortbestehe.

Genosse Dönhardt verteidigte die sozialen Bauhilfen gegenüber den Angriffen des Demokraten Jähmig und wie nach, daß die freie Konkurrenz der privaten Unternehmer schon heute möglich ist.

In der Abstimmung wurde, nachdem der kommunistische Antrag abgelehnt worden war, der Minderheitsantrag Jähmig infolge der schwächeren Befolgung der linken Seite des Hauses mit 41 gegen 37 Stimmen angenommen. Dadurch war das Ausschussgutachten unter 1 gegenstandslos geworden; zu 2 und 3 wurde ihm zugestimmt.

Dann beschäftigte sich das Haus noch mit einigen Anträgen und Anfragen der Kommunisten, die die kommunistische Presse Sachens und Kommissar Clouet gegenüber ausländischen Kommunisten in Penig betrafen. Ein Regierungsdirektor erklärte, daß die Polizei in Penig ohne Auftrag der Regierung gehandelt hat; sie habe Störungen der öffentlichen Ruhe befürchtet. Nach der Verfassung habe jeder Deutsche das Recht zur freien Meinungsäußerung; den Ausländern stünde dieses Recht nicht zu. Die Polizei habe von Fall zu Fall zu entscheiden, ob durch

das Auftreten von Ausländern eine Störung der Ruhe und Ordnung zu befürchten ist. Ohne Aussprache ging darauf der Antrag an den Rechtsausschuss; die Anfrage hatte sich erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 14. Mai; Deutsche Bücherei in Leipzig; Anfrage betr. die Verpachtung der Eisenbahnen usw. (2. Beratung); Antrag auf Rückgängigmachung des 10prozentigen Preisaufschlags auf die Arbeiterwohnarten und die 4. Wagenklasse bei Bahnen bis zu 20 Kilometer; Antrag Schreiber betr. Antrag von Rittergut und Schloss Langburkersdorf. Antrag auf Aufhebung des Staatsgerichtshofs.

Volkswirtschaftliches.

Die Textilkrise.

Von fachmännischer Seite wird dem Sozialdemokratischen Pressedienst geschrieben:

Das Anschwellen der Rubriken: Konkurse, Geschäftsaufsichten und Zahlungsstockungen in den Tages- und Fachzeitungen ist in allererster Linie auf die große Beteiligungszahl insolvent gewordener Firmen der Textilindustrie zurückzuführen. Diese Tatsache zeigt auch dem der Textilbranche Fernstehenden, daß hier etwas nicht in Ordnung ist und beweist, daß Schwierigkeiten, durch die sich die gesamte deutsche Wirtschaft durchzukämpfen hat, der Textilindustrie im verstärkten Maße entgegenstehen und ihre Lage durch besondere Momente ungünstig beeinflussen.

In der Inflationszeit konnten sich alle Glieder der Textilwirtschaftskette eines guten Geschäftsganges erfreuen. Das Bild wechselte nach der Stabilisierung. Die Methoden des Ein- und Verkaufs und anderer geschäftlicher Dispositionen, die sich in der Inflationszeit als fördernd erwiesen hatten, verloren mit der Stabilisierung der Mark ihre Gültigkeit, ohne daß sich leider diese Erkenntnis sofort Bahn brach. Man arbeitete mit wenigen Ausnahmen im gleichen Stil weiter und erkannte nicht, daß nunmehr die Rückkehr zur vorkriegsmäßigen Disposition, Kalkulation usw. das Gebot der Stunde war. Man bestellte in der scheinbar so ausgezeichnet bewährten Weise weiter riesige Mengen der benötigten Materialien, ohne sich große Sorge zu machen, wie sie abgesetzt und bezahlt werden würden. Konnten bisher mit den vom Abnehmer eingehenden Geldern die Lieferantenschulden bequem und rechtzeitig abgetragen werden, so mußte nun, sobald aus irgendeinem Grunde eine Stockung im Verkauf eintrat, schon hierdurch allein eine Störung in der regelmäßigen Abwicklung der Verbindlichkeiten eintreten.

Eine Reihe anderer Momente kam noch hinzu, um eine derartig entstehende Schwierigkeit zu einer Katastrophe zu gestalten. Die Exportmöglichkeiten hörten auf oder verringerten sich auf ein Minimum. Die Konsumkraft in Deutschland erwies sich als bedeutend überschätzt, und Faktoren, die bis dahin unberücksichtigt geblieben waren, wurden nunmehr wieder von erheblichem Einfluß. Neben der Frage der Mode und der Einwirkung des Wetters auf die Saison trat die Entwicklung der Verhältnisse und Preise auf den Rohstoffmärkten in Erscheinung. Baumwolle, namentlich aber Wolle, zeigten seit vielen Monaten eine abschlägige Tendenz, und die jeweiligen Berichte der in London und Australien stattfindenden Wollauktionen, die auch der kleinste Konfektionär liest, berichten fast regelmäßig von einer neuen Senkung der Preise. Jede frühzeitige Bestellung von Textil-Rohstoffen oder Fertigwaren mußte sich daher folgerichtig fast regelmäßig als zu teuer erweisen. Jeder plötzliche Wechsel der Mode sammelte große Mengen unkuranter Ware auf den Lagern, die entweder nur mit großen geldlichen Einbußen loszuschlagen waren, oder zur Festlegung von Kapitalien führten, die auf diese Weise den laufenden Betriebsmitteln entzogen wurden. Die Mode besitzt eben die wesens-eigene Art der Frau, launisch und unberechenbar zu sein. So wurden beispielsweise in der Sommersaison 1925, die jetzt ausklingt, gewisse Artikel nicht nur vernachlässigt, sondern geradezu abgelehnt. Es blieben auf diese Weise gewaltige Mengen von Tuchen und Tuchmängeln liegen. Das infolge der kalten Witterung spät einsetzende Frühjahrs- und Sommergeschäft und die frühe Fälligkeit der Ostertage ließen in diesem Jahr den Zeitraum für das Sommergeschäft sehr zusammenschrumpfen. Die wirklich wärmere Witterung wird es ganz beenden. Denn nun werden wollene Kostüme und Mäntel nicht mehr gekauft, und wer diese Kleidungsstücke noch nicht erworben hat, geht sogleich zum Sommerkleid über.

Alle diese Momente zusammengenommen brachten viele Firmen des Stoffhandels und namentlich der Damenkonfektion in eine Situation, der sie infolge ihrer geschwächten Kapitalkraft nicht gewachsen waren. Von ihren Lieferanten, die viele Monate auf längst fällige Gelder gewartet haben, wurden sie schließlich doch in Bedrängnis und zur Erkenntnis ihrer Zahlungsunfähigkeit gebracht. Was schon längst ihre Pflicht gewesen wäre, nämlich, sich über den Stand ihres Unternehmens Klarheit zu verschaffen, taten sie nun endlich und mußten erkennen, daß sie eigentlich schon seit langem unter Pari standen. Es zeigt sich heute nämlich, daß sie bei richtiger Bewertung ihrer Aktiven, d. h. ihres Besitzes an Vorräten und Außenständen, schon längst gegenüber den Passiven, ihren Schulden und Verpflichtungen, im Minus waren. Hatten sie bei früheren Bilanzen ihre Lagerbestände zu Einkaufs- oder gar zu Verkaufspreisen bewertet, so konnten nun derartige Methoden gegenüber den Tatsachen nicht mehr standhalten; denn die Abschreibungen auf das Lager führten sofort zu einer anderen Bewertung, zu Defiziten. Dazu kamen Ausfälle von Zahlungseingängen schwach gewordener Schuldner, unproduktive Ausgaben für Verzugzinsen, im Verhältnis zur Größe des Unternehmens zu große Betriebsspesen, aber auch dem Umfang des Geschäfts nicht angepaßte Privatentnahmen der Inhaber. Ein Manko von 40 bis 50 Prozent offenbarte sich mit einem Schlage. Die Flucht unter den Schutz der Geschäftsaufsicht, die in ganz anderen Zeiten durch den Gesetzgeber zur Abwendung des Konkurses dem Kaufmann zur Verfügung gestellt war, und den Zweck hatte, einem Unternehmen über vorübergehende Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, war der erste Schritt des Schuldners. Selten gelang es in dieser Geschäftsaufsicht, die Gläubiger voll zu befriedigen und die Weiterführung des Geschäftes zu ermöglichen. In den meisten Fällen führte sie zum Zwangsvergleich, für dessen Zustandekommen im Gesetz eine Majorität von den Gläubigerforderungen vorgesehen ist; häufig genug führte sie zum völligen Zusammenbruch der Firma, zum Konkurs. Die Versuche, auf außergerichtlichem Wege eine Einigung mit den Gläubigern herbeizuführen, waren und sind an der Tagesordnung.

Eine Besserung der Verhältnisse kann sich nur mit der allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage ergeben.

Betrügerischer Zusammenbruch einer Strumpfwarenfirma.

Die beiden Inhaber der Firma Gebrüder Louri, Strumpfwaren engros, Berlin, sind, wie die Textildrucke erläutern, unter Zurücklassung einer Schuldenlast von annähernd 200 000 Mark flüchtig geworden. Außer beträchtlichen Außenständen sind nur Aktiven in Höhe von 5000 bis 6000 Mark vorhanden, die vom Personal für die Gehaltszahlungen bereits gepfändet wurden. Die Inhaber hatten in letzter Zeit die von den Fabrikanten ankommende Ware weit unter Preis verschleudert, um sich Bargeld zu verschaffen. Sie sind Russen, die erst 1921 nach Deutschland gekommen sind.

Der Arbeitsmarkt in der Groß-Berliner Metallindustrie.

Von den ungefähr 300 000 Metallarbeitern in Groß-Berlin waren bei den Arbeitsnachweisen in der Metallindustrie rund 5800 Arbeitslose gemeldet. Gesucht werden vor allen Dingen fast in allen Zweigen der Metallindustrie Facharbeiter, besonders Werkzeugmacher, Dreher, Motorenschlosser usw. Große Nachfrage herrscht nach Schwachstrommonteuren, wie ja die Elektro-Industrie im allgemeinen überaus gut beschäftigt ist. Einen sich bessernden Beschäftigungsgrad weist auch die allgemeine Maschinenindustrie auf. Schlechter hat sich der Arbeitsmarkt im Lokomotivenbau gestaltet. Die Ursachen sind darin zu suchen, daß die Reichseisenbahn mit Neubestellungen und auch mit Reparaturen zurückhält. Außerdem hat der Eingang von Auslandsaufträgen in letzter Zeit ganz bedeutend nachgelassen.

640 Millionen Reichsmark sind, wie der Agent der Reparationszahlungen mitteilt, bis zum 30. April 1925 auf das Konto des Agenten eingegangen. Davon entfallen 529,6 Millionen auf die Jahresannuität und 100 Millionen Reichsmark auf die Halbjahreszinsen der Reichsbahngesellschaft. Die Jahresannuität ist fast durchweg aus der Dawesanleihe aufgebracht. Die reparationsberechtigten Staaten empfangen bis jetzt 630,85 Millionen Reichsmark, und zwar u. a. Frankreich 267,7 Millionen, England 148,7 Millionen Reichsmark, Italien 44,6 Millionen und Belgien 29,9 Millionen Reichsmark. Der Bestand betrug Ende April 9,16 Millionen Reichsmark.

Die englische Handelsbilanz. Der Wert der englischen Einfuhr im April beträgt 110 358 208 Lstr., was eine Zunahme um 24 194 200 Lstr. gegenüber dem April des Vorjahres bedeutet. Die Ausfuhr beträgt 60 877 328 Lstr. und ging um 1 989 598 Lstr. zurück.

Ämtliche Preise der Produktenbörse.

Berlin 12. Mai.

Produkte	12. Mai	11. Mai
Weizen, märkischer	260—262	260—264
Roggen, märkischer	229—227	223—227
Gerste, Sommer	224—240	227—244
Futter	198—212	200—215
Hafer, märkischer	214—222	214—223
Mais, La Plata	205—209	206—210
Weizenmehl	33,00—33,50	33,00—33,50
Roggenmehl	30,25—32,75	30,25—32,75

Getreide für 1000 Kg., Mehl für 100 Kg. einschl. Sack frei Berlin.

Weizen: Mai 264—265, Juli 260—261,50—260,50.

Roggen: Mai 225—225,50—224,50, Juli 221—222,50—221,50.

Hafer: Mai 199—200,50, Juli 191—189.

Mais: 198.

Metalle. Berlin, 12. Mai, Kupfer (Elektrolyt) 120 25.

Baumwolle. Bremen, 12. Mai 25 50.

Ranrfutter für 50 kg ab Station

Weizen- u. Roggenstroh 1,10—1,55

Haferstroh, drabgepr. 0,90—1,30

Weizen- u. Roggenstroh 1,00—1,50

Ge. und. Roggen- Langstroh 1,00—1,50

Hou, gutes 3,50—4,00

Hou, handelsüblich 1,80—2,40

Kleeben, lose 4,20—5,00

Gewerkschaftsbewegung.

Agentur- und Handelsanerbietungen.

Die mit dieser Ueberschrift in den Bundes-Mitteilungen für die Ortsauschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ergangene Mahnung an die Betriebsräte verdient weitestgehende Beachtung in den Reihen der Arbeiterschaft:

„Die Einführung der festen Währung hat u. a. auch die erste Wirkung gezeigt, daß die lange Zeit geübte Warenzählhaltung durch ein festes Warenangebot abgelöst wurde. Der damit verbundene Konkurrenzkampf hat fähige Unternehmer auf den Gebieten gebracht, gewerkschaftliche Einrichtungen in den Dienst ihres eigenen Unternehmens zu stellen. Die Betriebsräte scheinen ihnen dazu besonders geeignete Objekte. Mit dem Absterben eines kleinen Nebenverdienstes verlassen sie die Betriebsräte für den Betrieb bestimmter Waren innerhalb der Betriebsbefugnisse zu interessieren, wobei sich einzelne Firmen nicht einmal scheuen — der Wahrheit zuwider — ihr Beginnen auf eine besondere Empfehlung der zuständigen Gewerkschaft bzw. bekannter Gewerkschaftsagenten zurückzuführen.“

Ein solcher Warenhandel innerhalb des Betriebes kann nicht Aufgabe der Betriebsräte sein, und jeder Betriebsrat, der es mit der Erfüllung der ihm obliegenden Arbeiten ernst nimmt, sollte alle derartigen Ansuchen ablehnen. Bei diesem Hinweis leitet uns nicht nur die Erkenntnis, daß der Arbeitgeber an einer solchen Verwertung der Kräfte seiner Betriebsräte große Freude hat, sondern vor allem die Tatsache, daß ein solcher Warenhandel mit den Befreiungen der Arbeiterschaft, die Macht der Käufer in eigenen Konsumgenossenschaften zu sammeln, im argsten Widerspruch steht. Statt der Uebernahme eines solchen Warenhandels sollten die Betriebsräte lieber ihrer Veranlassung nehmen, im Kreise der Betriebsangehörigen für die Konsumgenossenschaften zu werben, um diese zu einer umfassenden Organisation auszubauen. Ein solches Beginnen liegt weit mehr im Interesse der Arbeiterschaft wie der Sonderdienst, der einzelnen Handelsfirmen durch bereitwillige Uebernahme einer Warenvertriebsstelle innerhalb der Betriebe geleistet wird.

In dieser Verbindung glauben wir auch wiederholt alle Ortsauschüsse und Gewerkschaftsleitungen warnen zu müssen, an Geldstreitende irgendeine Empfehlung zu geben. Wir müßten feststellen, daß es besonders für den Betrieb von Bureauausfällen wiederholt geschehen ist, und daß sich die Abnehmer nach Lieferung der bestellten Waren überfordert fühlten. In den Zusammenhängen des Bundesverbandes kommt dann stets zum Ausdruck, daß nur die vorerwähnten Empfehlungsschreiben Veranlassung zu den Kaufabschlüssen gewesen sind.

Auf gleichem Gebiet liegen die Bemühungen verschiedener Versicherungsunternehmen, gewerkschaftliche Vertrauensleute als nebenamtliche Agenten für den Abschluß von Versicherungsverträgen zu gewinnen. Den Vogel dieser Bestrebungen hat sicher ein gewisser Jakob Honath abgeschossen, der sich als „Geschäftsführer“ einer „Gemeinnützigen Gesellschaft für Kunst, Literatur und gegenseitige Hilfe“ mit Rundschreiben wohl an alle untre Arbeitersekretariate gewandt hat. Nach diesem Rundschreiben gewährt diese Gesellschaft angeblich Kranken-, Unfall- und Sterbegeld, während der Mitgliedsbeitrag durch Lieferung einer Zeitschrift „Anter“ quittiert wird. Nach einer uns gewordenen Auskunft ist die größte Vorsicht gegenüber diesem Geschäftsunternehmen am Plage.

Ueber diese Warnung hinaus fühlen wir uns aber auch bei dieser Gelegenheit verpflichtet, das eigene Versicherungsunternehmen der Arbeiterschaft in Erinnerung zu bringen. Für den Abschluß von Volks-, Spar- und Lebensversicherungen kommt für die Gewerkschaftsmitglieder in erster Linie die „Volksfürsorge“, das von den Gewerkschaften und dem Zentralverband der Konsumvereine gemeinsam ins Leben gerufene, wirklich gemeinnützige Unternehmen in Frage. Die Versicherungsbedingungen sind günstiger als bei den privaten Versicherungsgesellschaften.“

Verteilung der Bauarbeiten.

Im Ministerialblatt für die sächsische innere Verwaltung befindet sich ein Artikel, der aus dem Ministerium des Innern stammt und Vorkehrungen zur Befreiung des Bauarbeitermangels in den Sommermonaten macht. Der Artikel empfiehlt eine planmäßige Verteilung der Bauarbeiten auf das ganze Jahr, weil zahlreiche ehemalige Bauarbeiter, die in andre Gewerbe abgewandert sind, zu ihrem früheren Berufe zurückkehren werden, wenn sie nicht zu befürchten brauchen, nur für einen Teil des Jahres Beschäftigung zu finden. Die plötzliche Inangriffnahme aller Bauarbeiten zum gleichen Zeitpunkt würde ferner bei dem bestehenden Mangel an Baustoffen ein weiteres hinausschieben der Baustoffpreise und damit eine weitere Verteuerung des Bauens erwarten lassen und unter Umständen eine Einschränkung der Zahl der Bauten zur Folge haben, die bei größerer Planmäßigkeit trotz des Facharbeitermangels im vollen Umfange durchgeführt werden könnte.

Es ergeht deshalb an alle Behörden, die selbst Bauaufträge zu vergeben haben, die Anweisung, nur mit den dringendsten Arbeiten bei Beginn der diesjährigen Bauperiode anzufangen, und den Beginn der weniger dringenden tunlichst auch im Benehmen mit andern Stellen, die auf die gleichen Arbeitskräfte angewiesen sind, in zu regeln, daß die vorhandenen Arbeiter möglichst gleichmäßig im ganzen Jahre Beschäftigung finden. Zur Erreichung des er-

strebten Zieles würde es beitragen, wenn durch eine allmähliche Ausweitung des Aufkommens der Wohnungsbauaufgabe die Wohnungsbauten auf einen größeren Zeitraum des Jahres verteilt werden.

Da nach den bisherigen Erfahrungen mit einer Ziegeleknappheit auch in diesem Jahre zu rechnen ist, wird die Verwendung von zulässigen Erprobungsstoffen, z. B. aus Beton, empfohlen. Solange auf diesem Wege der Bedarf der deutschen Wirtschaft durch deutsche Arbeiter befriedigt werden kann, müßte eine Heranziehung ausländischer Arbeiter soweit wie irgendmöglich vermieden werden.

Zum Streit der Kesselreiniger.

Der Streit der Kesselreiniger steht glänzend. Bewilligt haben bis jetzt folgende Unternehmer: Franz Bärde, Marienstr. 27, III., Emil Volker, Gartenbergr. 10, Walter Volker, Juliusstr. 17, Josef Frey, Bogelsamer. 10, Kurt Kubens, Thümmelstr. 11, Willi Effner, Kohraerstr. 20, Fritz Breiter, Reuthäuser Str. 6, Otto Röhner, Calvinstadtstr. 12, Streifbreyer bei dieser Firma sind Wilhelm Beyer, Taktstr. 12b, Streifbreyer bei dieser Firma sind Gebrüder Hünerfürst, Eisenbahnstr. 24, Rotta, Gensefelder Straße 1, Reinhold Zähne, zur Zeit obdachlos, Firma Otto Krause, Eilenstr. 100, die Namen der Streifbreyer dieser Firma sind: Paul Richard, Eisdarstr. 2, Peter S. Holzhausen, Georg Leopold, Sternwartenstr. 69, Albert Sehm, An der Rißfalte 6, Walter Planitz, Reuthäuser Str. 13, Helser und Waldmitten, entfernt diese Verleihen aus euren Betrieben soweit sie als Streifbreyer in Frage kommen. Die Streifbreyerleitung.

Die Seitenfrünge des Herrn Direktors.

Die Firma Oskar Brandt & Co. hat seit Schluß des Krieges eine Abteilung „Chemigraphie“ eingerichtet und für diese etwa 20 Mann starke Abteilung einen Herrn Direktor Hamburger angestellt, dessen unwürdiges Treiben einmal angeprangert werden muß. Obwohl die Firma Tarife ohne weiteres anerkennt, erlaubt sich der Herr Direktor O. B., des öfteren Seitenfrünge, die ihm schon manche demütigende Zurückweisung aus dem Munde der Betriebsräte und Arbeiter, die nicht mit beugendem Willen die mittelalterliche Willkür des Herrn Direktors auf sich wirken lassen, sind ihm stets unangenehm. Den Lehrlingen gegenüber fühlt sich der Herr Direktor besonders stark. Diesen hat er 7 Wochen lang die Erhöhung des tariflichen Lohnes vorenthalten, bis ihn die Androhung einer Klage aus der tariflichen Lohn mit rückwirkender Kraft zur Auszahlung zu bringen. Mit welchem unablässigen Bestreben und salbungsvollen Wohlwollen dieser bürgerliche und christliche Ehrenmann bestrebende Herr erzieherisch auf die Lehrlinge einwirkt, zeigt sich durch, daß er, um in falscher Enttäuschung zu verfallen, mit wünschenswerten Anbahnungen die Lehrlinge der Lage bedrückt. Auch hat er sich neuerdings erlaubt, zwei Lehrlinge entgegen dem Tarifvertrag zu viel anzunehmen. Er mußte diese dann schließlich wieder entlassen. Seine Gewissenhaftigkeit bei der Verlehnungseinstellung zeigte sich nur in der Frage, ob die Lehrlinge fortgeführt werden sollten. Ein Lehrling, der jetzt im zweiten Lehrjahre steht, mußte infolge eines Keilensbruchs einen operativen Eingriff vornehmen lassen. Nachdem er vier Wochen krank war, betamen die Eltern des Lehrlings vom Herrn Direktor die Aufforderung, den Lehrling wieder ins Geschäft zu laiden, mit der Begründung: es wäre doch nun aus. Der Lehrling hat dann eine Woche gearbeitet, um dann wieder drei Wochen krank sein zu müssen. Zur gleichen Zeit wurde ein Arbeitsverhältnis entlassen, weil er seinen Tariflohn verlangte. Daß die Lohnverhältnisse bei einer derartigen Direktion nicht immer die besten sind, ist selbstverständlich. Nur unter dem Druck der Abwanderung der Arbeiter hat sich Herr Hamburger den Lohnanfragen mit einem Taubenschlag, dank dem menschenfreundlichen Verhalten des Herrn Direktors, beuam aushalten. Im übrigen wird es sich in einiger Zeit zeigen, ob die Firma Oskar Brandt & Co. eine der Konkurrenz ebenbürtige, leistungsfähige Abteilung in ihren Mauern birgt.

Kommunistische Spaltung der englischen Gewerkschaften?

Wie die Volkszeitung aus London meldet, hat sich der kommunistische Flügel der englischen freien Arbeiter-Gewerkschaften von den Gewerkschaften losgelöst. Er umfaßt eine Mitgliederzahl von ungefähr 60 000. — Wenn die Redung der Volkszeitung den Tatsachen entsprechen sollte, würden die führenden englischen Gewerkschaften, die erst vor kurzem mit Vertretern der russischen Gewerkschaften wegen Wiederherstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit verhandelt und zu diesem Zweck ein englisch-russisches Einigungsamt gebildet haben, die erste praktische Erfahrung von der Unmöglichkeit kommunistischer Einheitsbestrebungen werden. Die Bolschewiki und Genossen werden den Engländern schon noch das bringen, wie nach der bolschewistischen Terminologie das Wort „Einheit“ auszusprechen ist, nämlich als Unterwerfung unter die Diktatur des Moskauer Kommunismus. Wo dieses nicht geschieht, betreiben die Kommunisten die Spaltung der Arbeiterorganisationen, wie es sich auf dem europäischen Kontinent gezeigt hat und wie sie anscheinend jetzt auch in England praktiziert werden soll.

Arbeitszeitverkürzung nur in Ausnahmefällen.

Der Aka-Bund für den Ruhrbergbau teilt mit: „Der Zechenverband hat die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts vom 9. März über das Wehrleistungsabkommen bei dem Reichsarbeitsministerium beantragt. Auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums fanden am 12. Mai Einigungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Brüning in Essen statt. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Der Zechenverband hat die Arbeitszeitverkürzung in den Kohlerebetrieben nur in Ausnahmefällen auf die Anstellten auszuweiten bereit ist, während die Anstelltenverbände die Arbeitszeitverkürzung für alle in Betracht kommenden Angehörigen, deren unterstellte Arbeiter die verkürzte Arbeitszeit haben, forderten. Die Entscheidung über den Schiedspruch liegt nunmehr beim Reichsarbeitsministerium.“

Streit der rheinisch-westfälischen Bauarbeiter.

SWD, Köln, 12. Mai. In Düsseldorf fand zu Beginn der Woche eine gemeinliche Konferenz aller baugewerblichen Organisationen statt, die die der augenblicklichen Lage im Baugewerbe Stellung nehmen sollte. Nachdem die Arbeitgeberverbände den Schiedspruch vom 2. Mai abgelehnt und den Kampf im Baugewerbe damit herbeigeführt haben, blieb den Arbeitnehmerorganisationen nichts anderes übrig, als diesen Kampf gegen die Arbeitgeber aufzunehmen. Es wurde deshalb ein gemeinsames Beschlüssen, sofort in ganz Rheinland und Westfalen für den allgemeinen Streit der Bauarbeiter einzutreten.

7. internationale Arbeitskonferenz.

Am 19. Mai beginnt die vom Internationalen Arbeitsamt einberufene 7. internationale Arbeitskonferenz, an der auch Deutschland als Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes mit Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Reichsregierung wieder teilnehmen wird.

Bersammlungskalender.

Mittwoch, den 13. Mai 1925
Metallarbeiterverband, Vertreter-Generalversammlung, Volkshaus 7 Uhr
Gemeinschaft proletarischer Freidenker.
Donnerstag, den 14. Mai 1925.
Holsarbeiter, Delegierte und Betriebsräte, Volkshaus, 5 Uhr.
Maurer, Volkshaus, 7 Uhr.

**MONNA
VANNA**
im gelben Gewande
DIE 5-8 ZIGARETTE
ADLER-COMPAGNIE A.G. DRESDEN

Kleine Entente und Donau-Föderation.

Zur Bukarester Konferenz.

Von unserem rumänischen H. S. Mitarbeiter.

Die Konferenz der Kleinen Entente in Bukarest ist zu Ende gegangen. Des tschechischen Außenministers Beneš wiederholte Äußerungen, die alle auf einen Schiedsvertrag der Oststaaten, parallel dem der Weststaaten, hinauslaufen, werden spezifisch aufgenommen. Einen Vertrag gegen Deutschland würde Rumänien fördern. Von einem Vertrage mit Deutschland will es nichts wissen. Zumal der so heroisch angekündigte Wirtschaftskrieg in einen Notenkrieg umgeschlagen ist. Die Ausweisungen von Reichsdeutschen, die jahrelang im Lande waren, nehmen wieder zu. Das Bestreben, die kleine Entente auf die rumänische Seite zu ziehen, findet Schwierigkeiten, weil Beneš auf der Behandlung der russischen Frage besteht. Dabei befindet sich die rumänische Regierung in einer nicht ungefährliehen Situation. Nicht nur, daß der Lei gefallen ist, daß allen Erntes 20.000 Waggons Weizen eingeführt werden müssen, daß an die erste Hälfte des Jahres die rumänische Produktion nicht ausreicht, sondern die rumänische Regierung ist einer isolierten Situation ausgesetzt. Die außenpolitische Isolation, die Rumänien durch den Vertrag mit Deutschland erlangt hat, ist es so weit gebracht, daß man in Genf, Paris, London und Prag wohl von Rumänien sprach, es aber nie fragte, als gäbe es nur den leidigen „Wirtschaftskrieg“. So tobt jetzt härter als je der Kampf zwischen Regierung und Opposition.

Inzwischen aber sucht die europäische Politik Wege, um aus der Isolierung der Einzelstaaten herauszukommen. Ob man das nun auf dem alten Wege der Bündnisse und Geheimverträge erstrebt oder auf dem neuen des Garantiepacts und Völkerbundes — es kommt im wesentlichen auf das Gleiche heraus, daß nämlich wirtschaftliche Notwendigkeiten Zusammenhänge erfordern, die die Kriegs- und Nachkriegspsychologie zerstören. Diese Einsicht hängt allerdings meist von dem Reifegrad der demokratischen Entwicklung der Völker ab. In Rumänien hat — vor allem unter dem ständigen Druck der russischen Gefahr — ähnlich wie in Polen die Kriegskompete noch nicht geschwunden. Man hatte sich völlig auf das Kriegsbündnis der Kleinen Entente verlassen und ist nun, seit Beneš die Anerkennung Rumäniens betreibt, in großer Ratlosigkeit.

Auch dem Gedanken der Donauföderation mag die herrschende Klasse Rumäniens kaum näher treten, weil sie das starre System der nationalökonomischen Wirtschaftspolitik, worauf sich gerade ihre Herrschaft stützt, seit die Agrarreform den Großgrundbesitz zerstört. Die Donauföderation würde die wirtschaftliche Katastrophe Großrumäniens offenbaren, das vor dem Kriege ein Agrarland mit großer Weizen- und Maisausfuhr, heute sich kaum selbst versorgen kann, dessen Industrie aber noch unentwickelt, jetzt durch kampfhaften Nationalismus bis zur völligen Selbstgenügsamkeit des Landes ausgedehnt werden soll. Rumänien will sich isolieren unter der Diktatur des halborientalistischen Bukarest. Noch ist es aber zu keiner wirtschaftlichen Einheit zusammengekommen. Allen Zentralismus zum Trotz sind die westlichen Provinzen (Siebenbürgen, Banat, Bukowina) fest mit dem eigentlichen Donauland verbunden.

Während aber die Herrschenden vor dem Strudel um sich die Augen schließen und sich in der Absicherung eines kleinbürgerlichen Nationalismus gefallen, suchen die Unterdrückten selbständig Anschluss im Ausland. Für die Minoritäten des Westens (2 Millionen Magyaren, 1/2 Million Deutsche) sind die Verbindungen mit Ungarn, Österreich und Deutschland nie abgerissen. Die magyarische Irredentapolitik ist eine Gefahr für den rumänischen Staat, die durchaus noch nicht nachgelassen hat. In der reaktionären Form des Wunsch nach Wiederherstellung der Habsburger Monarchie ist der Drang, die Donauföderationspläne zu unterstützen, sehr stark. Allerdings möglichst unter Anknüpfung der Tscheko-Slowakei, in der besonders die ungarischen Industriellen einen scharfen Konkurrenz erbilden. Das Bauerntum strebt, soweit es hinter der klassenmäßig betonten Politik der Zaristen steht, nach Verbindung mit Rußland und den revolutionären Kreisen des südrussischen Bauerntums. Kleinbauerntum — Slavismus — Bolschewismus beginnt hier zur Einheit zu verschmelzen. Diese Donauföderation, wie sie den Moskauer Drahtzieher der Bauerninternationale vorzwehlt, und wie sie als einer ihrer Exponenten Raditsch vertrat, dürfte scharf gegen Italien und Österreich gerichtet sein und stark von panslawistischen Kräften getragen sein. Sie wäre nur möglich durch eine bolschewistische Revolution Südosteuropas.

Die Arbeiterklasse Rumäniens steht gerade in der Donauföderation das Einbringen des höheren Kapitalismus Westeuropas in ein Rohprodukt reich, aber schwach ausgebautes Land. Dabei ist der Name „Donauföderation“ ganz belanglos. Es handelt sich vorerst um die wirtschaftliche Zolldemokratie der Donauländer, die die Tatsache ihrer ökonomischen Verknüpfung anerkennt.

Die kleine Entente hätte diese Donauföderation werden können. Was die Staaten nicht vermachten, weil der Nachdruck nationaler Politik im Wege stand, wird die wirtschaftliche Entwicklung schneller schaffen, als wir ahnen. Auf diese Tendenzen gilt es für den Sozialisten bei der jetzigen politischen Diskussion Acht zu haben und dementsprechend eine Politik proletarischer Solidarität einzuschlagen.

Aus der Umgebung.

Sindenthal. Zur Elternratswahl. Am Freitag, dem 15. Mai, abends 8 Uhr, findet im alten Gasthof eine Elternversammlung statt.

Truff D. C.

Die Geschichte der Zerstörung Europas.

Von Tija Ehrenburg.

Copyright by the Welt-Verlag, Berlin, 1935. (Nachdruck verboten.)

Auf dem Bahnhofsplatz fand er ein Auto, setzte sich neben den regungslosen Chauffeur und fuhr los. Er war still und unausprechlich wohnig. Frühlich strahlten die roten Dachziegel der Häuser.

Wittunter hielt Jens Boot die Maschine an und trat in die Häuser. In einer Spielwarenfabrik, zwischen den halbfertigen Puppen ruhten die Arbeiter aus. Es war die Nachtstunde. Einer lächelte einen Lebendigen.

In einem Schlafzimmer schlief ein Ehepaar: der Mann in einer Zigarette, die Frau im Häubchen. Die Uhr auf dem Nachtschrank zeigte 9 Uhr 40.

In einer Spielhölle saßen neun Mann um den Tisch und hatten die Köpfe auf das grüne Tuch fallen lassen. Die Papierbündel zeigten, daß der Brünnette viel Glück gehabt hatte. Er hatte eben mit einer neuen die Bank gespielt.

Nach einer Stunde hatte Jens Boot die Münchener Straße gefunden. Als er vor dem Hause Nr. 11 war, sah er die zwei Verliebten, die sich immer noch umarmten. Sie hingen am Balkongeländer. Aber Eines schwarz gewordenen Gesicht erinnerte in nichts mehr an ein Venus und Hans streckte eine fleischige, dunkelrote Zunge heraus.

Jens Boot konnte die Bitte des Herrn Krüger nicht mehr erfüllen. Er war genau zwölf Stunden zu spät gekommen. Um 10 Uhr abends hatten 800 französische Flieger über Nürnberg Bomben mit Wasserabwurf abgeworfen, und Fräulein Else Krüger hatte das Schicksal der übrigen 420.000 Einwohner geteilt, die innerhalb zwei Minuten an den giftigen Gasen zugrunde gegangen waren.

Die Stadt war leer, genauer: sie war vollgestopft mit schwarz gewordenen, gekrümmten Leichen, die rasch in Verwesung übergingen. Die Sonne begann heiß zu werden, und Jens Boot blieb vor Atem aus. Er beehrte sich, zur Stadt hinauszukommen.

lung statt. In dieser Versammlung wollen wir über die am Sonntag stattfindende Elternratswahl sprechen. Eltern, die ihre schulpflichtigen Kinder haben, nicht die Zeit bis Sonntag zur Aufklärung, damit die Verträge der Christen, die Schule wieder unter die Kontrolle der Kirche zu bringen, zu nichte gemacht werden. Beachtet alle die Verammlung und macht alle, Väter wie Mütter, von euerem Wahlrecht Gebrauch im Sinne der weltlichen Schule.

Sab Pausa. Resultat der Elternratswahl. Die Beteiligung an der Elternratswahl war eine sehr geringe. 23 Prozent aller Wahlberechtigten schritten zur Urne. Gewählt wurden acht Vertreter von der christlichen Liste und vier Vertreter von der Liste des Gewerkschaftsrates.

to. Mikararodov. „Kirchliches.“ Der 1. Mai hat den hiesigen Arbeitern wieder einmal recht deutlich gezeigt, daß die Kirche immer auf der Seite der Feinde des Proletariats zu finden ist. Denn zum Hohne auf den geistlichen Feiertag erklang zu Mittag und Abend das übliche Werttagelied. Wenn wir auch nicht auf Grund der bisherigen Erfahrungen erwarten können, daß die Kirche den 1. Mai als ein Fest der Arbeiterklasse miteilert, so wäre sie doch wenigstens dazu verpflichtet, diesen Tag als geistlichen Feiertag äußerlich von den übrigen Werttagen zu unterscheiden. Aber von einem Mann, der beim 1. Mai die Wahl zur Reichspräsidentenwahl für die Bürgerlichen aktive Wahlbeihilfe leistete, indem er für sie die Wählerliste abschrieb, von dem kann man nicht erwarten, daß er die Seele und die Gedankenwelt eines Arbeiters versteht. Damit hat er bewiesen, daß es für die Kirche eine sogenannte Neutralität, hinter die sie sich so gern versteckt, gegenüber der Arbeiterklasse nicht gibt. Und diese herausfordernden Beispiele von arbeitserindlichen Verhalten der Kirche müßten jeden überzeugten Klassenkämpfer veranlassen, sich von diesem Verein zu trennen, der in scharfer Gegnerschaft zu ihm steht. Leider ist es aber so, daß ein großer Teil des Proletariats aus Bequemlichkeit und Gedankenlosigkeit noch immer mit der Kirche äußerlich in Verbindung steht und seine lauer verdienten Großsachen freiwillig als Steuern an dieses Machtinstrument des Kapitalismus zur Niederhaltung der Arbeiterklasse abfließt. Zuerst haben sich diese Arbeiter schon längst von der Kirche losgelöst, die meisten gleich nach der Konfirmation. Aber zum letzten Schritt haben sie sich noch nicht entschließen können. Die angeführten Beispiele müßten ihnen jedoch diesen Entschluß erleichtern.

Kleinfeind. Ein Pferd durch Starkstrom getötet. Ein Vitztrahl lag in einer Starkstromleitung und zerrig den Draht. Das Pferd des Gartenbesitzers Pöhlter, das er erst gekauft hatte, trat auf den herabhängenden Draht und wurde sofort getötet.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Wie politische Gesangene gemacht werden.

Von der Kommunistischen Partei wird fortgesetzt auf die politischen Gesangenen hingewiesen, sei es aus agitatorischen Gründen für die Partei selbst, oder für ihren Ableger die Rose Blisse. Gewöhnlich wird die Zahl der politischen Gesangenen mit 7000-8000 angegeben. In Wirklichkeit sind es bei weitem nicht so viel. Diese Reduzierung sind nicht allein ein Opfer der Justiz, sondern in viel höherem Maße das Opfer der Partei. Ein solches Opfer ist auch der Lagerverwalter und Schlosser Max Kunz aus Kallat. Kunz, der sich vorher nicht politisch betätigt hat, trat im Frühjahr 1923 aus Kränklichkeit und aus Furchen seiner Mitarbeiter der Kommunistischen Partei bei. Von den Zielen der Kommunistischen Partei habe er bis zur Anklageerhebung nichts gewußt. Eines Tages, er glaubt, es sei ein Sonntag im Oktober 1923 gewesen, sei ein Mann zu ihm in die Wohnung gekommen und habe ihn gefragt, ob er Mitglied der K.P. sei. Dann habe er gefragt, ob er einen Raum habe, in dem er mit dem Angeklagten ungestört etwas besprechen könne. In dem Räume habe der Unbekannte ein Stück Papier hervorgeholt und von dem Angeklagten verlangt, daß er es gut abschreibe, bis die Kallat für ein nächstes Tage in Mannheim sein müsse. Das Schreiben war ein Bericht über die militärische Organisation und den Kampfstand der Ortsgruppe Kallat. Auf die einzelnen Fragen, u. a. auf die, was O. D. bedeute, habe er keine Antwort erhalten. Der Unbekannte sei überhaupt recht annahmepflichtig. Er habe zu schreiben, was er diktiere, alles andere ginge ihn nichts an. Der Unbekannte sei dann mit dem Schreiben wieder weggegangen. Dieses ist dann später bei einer Hausdurchsuchung in Mannheim gefunden worden; und hat den Angeklagten wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens vor den 4. Senat des Reichsgerichts gebracht. Kunz wurde wegen dieses Vergehens zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Die Gefängnisstrafe gilt durch die erstinstanzliche Untersuchungshaft als verbüßt.

Schöffengericht.

Der falsche Kunstkritiker. Der Ingenieur Reinhold R. aus Dresden hatte früher ein eigenes Geschäft, das aber pleite ging. Von dieser Zeit an reiste er in verschiedenen Städten Deutschlands umher, trat überall den verschiedenen gestirrenden Künstlern gegenüber als Korrespondent großer Zeitungen auf. Bei dieser Gelegenheit stellte er eine dem Künstler günstige Kritik in Aussicht — wenn er schon im voraus einen Betrag zahle. Auf diese Weise ist es ihm gelungen, eine Anzahl Personen zu schädigen. Auch in Leipzig suchte er in zwei Kabarets das gleiche Manöver auszuführen. Aber auch seiner Braut gegenüber benahm er sich in gleich unehrlicher Weise. So hatte er ihr unter dem Vorwand, ihr einen edlen Brillantring zu schenken, einen Reppring geschenkt. Das Mädchen, das an die Echtheit des Ringes glaubte, gab diesen Ring gelegentlich bei einer Schneiderin in Zahlung. Die Schneiderin bewahrt sich nur dadurch vor Schaden, daß sie den Ring der Polizei vorlegte und die Sachen zurückbehielt. Das Leipziger Schöffengericht verurteilte den bereits vorbestraften und von verschiedenen Gerichten gefängelten Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis.

Eine ungeliebte Maßbesitzerin. Die Kaufmannsfrau (Esterle) geb. Müller aus Breslau war während der Frühjahrsreise nach Leipzig gekommen, wo sie auf dem Hauptbahnhof mehrere Taschendiebstähle ausübte, wobei sie erlantz und verhaftet wurde. Zwei Tage später wurden auf der Kriminalpolizei eine Brillanndel und eine Tasche gefunden, die die Taschendiebin weggenommen hatte. Wegen dieser Taschendiebstähle ist sie vom hiesigen Schöffengericht zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Eine Warnung vor Anzahnungsreisenden. Der Reisende Jacob W. aus Offenbach gab vor, für eine Firma von Waschmaschinen, -breitern und dergleichen zu reisen, und viele Gegenstände besonders billig besorgen zu können. Von denen, die auf sein Angebot hereinfielen, ließ er sich Anzahnungen zum Teil in beträchtlicher Höhe leisten. In der Zeit vom Oktober 1923 bis zum Jahre 1925 hat er Leichtgläubige insgesamt um 2000 Mk. geschädigt. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Rückfallbetrugs zu zwei Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Groß-Leipzig.

Wir beteiligen uns gefolgt an der Einweihung der Naturfreundes-Hütte in Groß-Steinberg. Die Abfahrt kann schon Sonntagabend ab 8 Uhr erfolgen.

Wohnstättensuche: Freitag, den 15., beteiligen wir uns an der Versammlung im Neuen Rathaus-Saal. Genosse Prof. Dr. Strecker, Berlin, spricht. Am Sonntag findet nachm. 4 Uhr auf dem Augustusplatz eine Kundgebung gegen den Alkohol statt. Wir empfehlen die Beteiligung. Die Ortsgruppenleitung.

Achtung! Unsere diesjährige Sonnenwendfeier steht unter dem Zeichen unserer Kraft für die Feiertage brauchen wir einen Entwurf, derliche soll die Sonnenwende der Jugend zum Ausdruck bringen. All unsere schillerndsten Gedanken und Tugenden werden hierdurch aufgeführt, mitwirken und bis zum Freitag, den 20. Mai ihre Entwürfe einzuenden. Dieselben dürfen nicht größer als eine Postkarte sein. Daraus zum Wettbewerb.

Rundfunkprogramm.

Leipzig.

Donnerstag, den 14. Mai 1925. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise, 4 Uhr: Landwirtschaftliche, Baumwoll-Dezision, 6 Uhr: Wiederholung, 6.15 Uhr: Fortsetzung und Mitteilung des Tages, 8.30 Uhr: Was die Zeitung bringt, 12 Uhr: Mittagsmusik auf der L. Dufeld-Station, 12.55 Uhr: Kauerer Zeitzeichen, 1 Uhr: Börsen- und Vorkleberzeit, 4.30-6 Uhr: Konzert der Hauskapelle 6.30-6.45 Uhr: Sternrundfunk, 7-7.30 Uhr: Vortrag: Hofrat Prof. Dr. Jahn: „Eine Gedächtnisrede an Deutschlands größten Landwirt Albrecht Daniel Thaer“. Leipziger Programm (Welle 454), 7.30 bis 8 Uhr: 2. Vortrag von Prof. Dr. Erich Marx von der Universität Leipzig aus dem Institut: Radium, Röntgenstrahlen und die Materie: „Erzeugung der Röntgenstrahlen und ihre Wirkung“. Im Saale der Alten Handelsbörsen, Marktmarkt 2, 8.15 Uhr: Sinfoniekonzert, Dirigent: Alfred Schenker, Solisten: Friedrich Cramer (Stolone), Das Leipziger Sinfoniekonzert, 1. Cherubini: Overture zu „Anacreon“, 2. Wagner: Wolkenkonzert (D-Dur), 3. F. Schumann: 3. Sinfoniekonzert, 4. Liszt: 1. Andante cantabile, 2. Andante moderato, 3. Andante, 4. Finale, 5. Andante maestoso, 6. Allegro vivace, Die Nr. 1 und 3 des Abendprogramms sind in Eulenburger kleiner Partitur-Ausgabe erschienen. Dresden: Programm (Welle 292), 7.30-8 Uhr: Vortrag: Albert Ritter, Dresden: Sächsische Mundartdichtung, 8.15 Uhr: Sächsische Mundartdichtung, Oberländische, vogtländische und erzgebirgische Dialektdichtung, vorgelesen von Schauspielern Max Jähni, Neuhäuser Schauspielschule; Viederer von Kautz, gelungen von Delga Petri; der Oberlausitzer Mundartdichter Rudolf Gartner aus eigenen Werken (Lehrbuch der Leut, Lebrbuch der Leut), 1. Aus dem sächsischen Niederlande: a) Vom tankeren Barhemis (holstänisches Lied), b) Aus Doktor Fausts Leben und Hellenfahrt (Zwischenpiel aus einem Kainertstück), Max Jähni, 2. Aus dem Vogtlande: a) Zwei Gedichte v. Louis Hiedel: Der Spegel, Trunkel mit Heinerle; b) Zwei Balladen von Willi Hubert: Solte Ketter in Sechsdichtr, Fiedtrier, Max Jähni, 3. Vogtländische Viederer von Kautz: Der Kuhbüttenbu (Waldlied), Mundst. (Waldschützungen), Jufeldsger, Walslied von v. W. Widenberger, Wauen i. W., Delga Petri, 4. Aus dem Erzgebirge: a) Max Schmerler: Tröbt dich! (Gedicht), b) Hans Steiner: Trüg's, naus in Wald (Gedicht), c) Emil Müller: Die heilige Wica (Erzählung), Max Jähni, 2. Aus der Lausitz: Drei Gedichte von Rudolf Gartner: „s hohi gepfiffen“, Was a Hüll wahn wöll“, „De Dammohlsweie“, Rudolf Gartner, 3. Erzgebirgische und Lausitzer Viederer von Kautz: Der Berglödel, erz. Gedicht von C. G. Wild: Der Buegelbärdam, erz. Gedicht von Schreier, s Rudekied, Melodie und Text in Oberlausitzer Mundart von Rudolf Gartner; Heieromb, Melodie und Text von Anton Günther, Gottesgand (höhm. Erzgebirg) s Petri, Dazwischen für beide Welle (etwa 10 Uhr): Vorkleberzeit und Sadeheils Sportfunkdienst, sowie Bekanntgabe der größten Gewinne der Sächsischen Landeslotterie.

Man verwendet zweckdienlich **N.A.K. Kopfhörer** hierzu.

Hierauf dachte er ein wenig nach und setzte hinzu: „Die toten Verliebten nerurteilen und vergeßen.“

Achtzehntes Kapitel.

„Dajosh Europa.“

Der 31. Dezember 1930. — Deutschland ist verarmter. — Lucy hat einen Palazzo bekommen. — Der Arbeiterkongress. — Der Briefbeschwerer. — Rußland bedroht den europäischen Frieden. — Es gibt keine Sabinen. — Die Polen und die Rumänen arbeiten. — Der Zug nach Osten. — Der Fischereitruß blüht. — „Zeit ist Geld.“ — Die Internationale. — Der unvergeßliche Händedruck. — Die erste Explosion. — Moskau geht unter. — 2 Uhr 29. Der Tod des Genossen Petrowskij. — Moskau ist nicht mehr da. — Die Volkswirtschaft in Kijew-Nowgorod. — Der Untergang Petersburgs. — Das Ende Charkows. — Die Rede des Herrn Tschetshewski. — 1928. Die Erfindung Divotres. — Der wunderbare Gesang. — Dajosh Europa. — 6. Januar: Der Krieg ist erklärt. — Die Grenze ist erreicht. — Bei Bresl-Stowof. — 17. Februar: Warschau ist gefallen. — 24. Februar: Bukarest ist gefallen. — Der Anfall von Herzschwäche.

In der „Daily Mail“ vom 31. Dezember 1930 befand sich eine Uebersicht über die Geschwinde des verfloßenen Jahres 1. Deutschland hat endgültig aufgehört zu existieren. Von den 55 Millionen seiner Einwohner sind höchstens 100.000 am Leben geblieben. Vom Rhein bis zur Oder hat sich eine riesige Wüste gebildet, in der Räuberbanden herumtrotzen.

Der Verkehr von Ost- nach Westeuropa vollzieht sich auf der Linie Paris-Basel-Wien-Warschau-Moskau.

2. Monsieur Jean Blancard, der insofern seiner Freundschaft zum Neffen des Ministerpräsidenten sehr reich geworden ist, schenkte seiner Gemahlin, Frau Lucy Blancard, geborenen Kraminge, einen Palazzo in Venedig, der ehemals dem Marschese Vermucini gehört hatte, mit allen lebenden und toten Inventar, d. h. mit einem hübschen Gondoliers, Mandolinspielern, Violonen des Veroneje und guter Bettwäsche. (Fortsetzung folgt.)

Plötzlich erblickte er in einer der Straßen einen lebenden Menschen. Das war kein Gespenst, sondern ein ganz gewöhnlicher Mensch, der eine Pfeife rauchte. Als er Jens Boot sah, nahm er seine Ledermütze ab und teilte ihm ganz ruhig seine Eindrücke mit: „Schöne Geschichte das! Stellen Sie sich nur vor, ich war gerade beschäftigt und dachte an nichts! Ich bin Kanalfabrikationsarbeiter. Nicht der angenehme Beruf. Vor allem — der Gestank. Aber das macht nichts — daran gewöhnt man sich. Also, ich habe durchgearbeitet. Morgens kriech ich heraus und ... kein Mensch zu sehen! Sogar der Unternehmer, der mich entlohnen sollte, ist tot. In dumme Lage. Kanalfabrikation braucht jetzt scheinbar niemand. Ich bin arbeitslos geworden.“

„Sie sind ein lustiger Mensch“, antwortete Jens Boot. „Sie brauchen nicht in Europa zu bleiben. Ich gebe Ihnen einen Auftrag nach Amerika. Sie werden einen Brief an Mr. Twint in Chicago bringen und können dort in ihrem Fach weiterarbeiten. Für die Reise bekommen Sie 1000 Dollar.“

Der Mann nahm die Münze ab, setzte sie wieder auf und nahm sie wieder ab; er war einverstanden.

Jens Boot schrieb an Mr. Twint: „Ich schicke Ihnen einen Zettel mit der genauen Uebersetzung des letzten Gedankens eines gewissen Pharaos Heruntan. Der Uebersetzer, Herr Krüger, verstarb am 28. Juni dieses Jahres als Opfer der traurigen Ereignisse, die in Berlin stattfanden. Was den Pharaos anbelangt, so starb er vor 3300 Jahren. Ich schicke das Ihnen, als dem allerlebendigsten Menschen unserer Zeit.“

Heute besah ich die Stadt Nürnberg. Viel Interessantes und Lechreiches gefunden. Ich sah auf einem Balkon ein Liebespaar, das sich noch in Liebe umarmte.

Ich bin gesund, frisch und arbeite unentwegt.“

Einen Monat später las Mr. Twint diesen Brief und dachte: Der Pharaos, der vor 3300 Jahren gestorben ist, ist gar nicht so dumm gewesen wie es den Anschein hat. Das Ende eines Unternehmens bedeutet immer den Anfang eines anderen.

Mister Twint notierte auf seinem Block:

Zu erledigen:

1. Den Gedanken des Pharaos zu entwickeln.
2. Für das Heil des Herrn Krüger zu beten.

Wie kann man den Leipziger Künftlern helfen?

Die Stadt hat 140 000 Mk. zur Unterstützung der eingeleiteten Maler, Graphiker und Bildhauer ausgemessen. Wenn man vielleicht auch über die Höhe der Summe streiten kann — über die allgemeine Not unter den Künftlern dürfte wohl niemand im Zweifel sein.

Wie soll nun aber die Verteilung vor sich gehen? Es ist wohl klar, daß man nicht einfach die hundert oder hundertfünfzig Leipziger Künstler anwartslos lassen kann, jedem was in die Hand drückt und dann wieder nach Hause schickt.

Ebenso unerleglich wäre aber jener andre Plan, der in dem Zusammenhang häufig anfaucht, wonach man gleichmäßig Werke zusammenkaufen soll, um sie dann öffentlich zu versteigern.

Unterstützt wiederum scheint es unmöglich, für 140 000 Mk. Kunstgut im Haus am Augustusplatz unterzubringen. Stellt man beispielsweise 1000 Mk. durchschnittlich für ein Bild in Rechnung, so ergäbe das wenigstens 140—150 Gemälde aus den vorerwähnten Mitteln.

Etwas anderes wäre es schon, wenn nur für eine Anzahl Arbeiter für das Museum gekauft würden. Ein Verlust in dieser Richtung sollte auf jeden Fall gemacht werden.

Die Disposition der weiteren Gelder denke ich mir nun folgendermaßen: Eine Summe in ähnlicher Höhe wird zum Ankauf von Erzeugnissen junger Künstler, die noch nicht fertig sind, aber Befähigung zeigen, bereitgestellt.

Der goldne Ball.

Von Hans Trautl.

Ein lichter Mainachmittag in einem hochdunkelwäldigen Großstadtpark. Hinter dem handgelben Spielplatz, von Bänken umrandet, liegt der smaragdne Schwabinger Bach, augenblicklich im hellen Lärm der Kinder unhörbar; am Abend aber, allein mit den immer fernwärtlich aufgespürten und geanterten Entenpaaren, ist es plätschernd, stivol geschwätzig allen Liebespärchen vom Ufer der Liebe gurgelnd.

Da kommt auf einem grotesken Holzstapel mit merkwürdigem Maul ein kleiner blonder Junge dahergeschritten. Sein durchsichtiges Antlitz schimmert von zager Empfindsamkeit. Ich fürchte für ihn: er ist Romanistler, womöglich Engraver, und er wird sich nicht lange da oben im sicheren Sattel behaupten.

Edith, zweifelsohne das Töchterchen eines Schiebers, mit ockergrüner Beize wie mit raffiniertem Pelzbesatz, sieht dieser Szene misorabel durchgeführter Wegelagererei verächtlich zu. Sie schließt auch schon. Sie schließt einen Puppenwagen mit drei sehr gepflegten, mondänen Puppen vor sich her.

Ich wende mich also von dem schönen Kinde. Da ist auch schon der kleine Ludwig unter meine Bank gekrochen und sammelt wieder Steine in seinen blauen Beuteln. Seine Großmutter erzählt mir neulich, daß er nach König Ludwig benannt sei, dem Erbauer jener weltberühmten Schlösser, dessen geistigem Erbe auch seine Sammelwut entspringt.

Da kommt ein bleiches Proletarierkind in schabigbraunem Winterkleid über den Stein gesprungen. Alle Kinder wenden sich nach dem Mädchen; vergessen ihre Puppen, ihre Tiere, ihre bunten Reifen.

Das zerkumpfte Kind trägt in fahlen, hageren Händen einen großen, wundervoll leuchtenden Ball. Wie eine kleine Heilige mit einer Hostie schreitet sie heran.

Sie ist ganz allein. Ihre Mutter steht vielleicht in einer dumpfen Kellerwohnung, über dem Waschtrog gebückt. Das brünette Mädchen beachtet nicht die Kinder, die sich um es scharen. Ihre dunklen tragischen Augen lauschen jezt dem Amfelleid im Fliederbusch. Sie ist ganz allein, wunschlos verzückt. Sie spielt nicht mit dem Ball. Er ist ihr kein Spielzeug. Er ist ihr köstlicher Besitz, ihr Traum, ihre Notwendigkeit, wichtiger als das tägliche färgliche Stück Brot.

Da erhebt sich eine elegant gekleidete, wohlgenährte Dame von einer Bank, geht auf das Proletarierkind zu und sagt freundlich:

„Wo hast du denn den Ball her, Kleine?“

Das Kind stupst, blickt ängstlich.

„Gib ihn dir jemand gefascht? So sprich doch. Ich tu dir ja nichts zuleide.“

„Mein Papa hat mir den Ball mitgebracht.“

„So, so. Dein Papa? Wo wohnt denn dein Papa?“

Das Mädchen murrert Gesichtslos. Es zieht den Ball dicht an die schmale Brust. Die kleinen knöchernen Finger krampfen sich in das Holz und machen Dillen. Der Ball verliert seine vollkommene Rundung.

Die Dame wendet sich ihrer Freundin auf der Bank zu: „Es gibt bestimmt nur einen solchen Ball in ganz Deutschland. Das wäre doch wunderbar. Unser Lotchen hat ihn sich aus Venedig mitgebracht. Dann ist er auf einmal verschwunden.“

In diesem Augenblick freisetzt das Proletarierkind auf in marktschreierischer Verzweiflung, als sei es von einem Pfeil ins Herz getroffen. Ein etwa siebenjähriges, modisch gekleidetes Mädchen hat den Ball umklammert und verlorst, ihn an sich zu ziehen. Doch das Lumpenkind will nicht von seinem Balle lassen. Die Mutter stellt sich dazwischen:

„Na, in Gottes Namen, so laß ihn den Ball. Komm, Engel, nächstes Jahr kaufen wir dir einen schöneren, viel schöneren als den da. Du weißt doch, in Venedig.“

Doch Lotchen läßt nicht locker. Stampfend und heißend will sie sich ihr Spielzeug zurückerobern. Da, im Gebalge, entgleitet plötzlich der Ball dem frampfhafte Griff des schrederbleichten Proletarierkindes. Er rollt davon, erst langsam — aller Augen starren entsezt —, er rollt weiter, immer schneller, wie von einer inneren Magel bewegt. Ein letztes Aufstammen seines Goldes im Regen und er schwant auf dem imataggrünen Wasser des Baches. Schon hat ihn die Strömung in die Mitte gerissen und stromabwärts tanzt er seinen goldenen Tanz auf schwanen Wellen.

Eine ungeheure Erregung ergreift den ganzen Spielplatz. Kinder laufen ans Ufer, Erwachsene greifen nach Stöcken, um den Ball weiter stromabwärts aufzufangen, denn etwas unterhalb ergießt sich der Bach in unterirdisches Gemäuer.

Ich weiß, es ist vergeblich. Das Schicksal will wieder einen Traum jah zerreißen.

Eine uralte Großmutter, die gewiß vieles hat wegschwimmen sehen — die einzige, die mit mir liegeheben ist —, laßt mit stolzer Logik: „Nehmt ein Ball weg als ein Kind.“ Und mich erhebend, sage ich: „Da müssen wir das Kind dort fragen.“

Und über den gleichen Steg, über den es uns die Schönheit hergetragen, schwankt, plötzlich wieder verarmt und tränenblind, das graue Proletarierkind mit verkrüppelten, leeren Händen, wild schluchzend bis in die dumpfe Kellerwohnung in einer schmugigen, engen Gasse, über der morgen früh keine goldene Sonne aufsteigen wird.

Kleine Chronik.

Leipziger Konzerte.

Im letzten Philharmonischen Konzert hatte man in der Festschall-Quartette und in Kapers herrlichen Mozarti-Variationen keine Freude am Leipziger Sinfonieorchester. Vor allem hielten sich die Holzbläser topier. Einige kleine Trübungen der Präzision bei Reger beeinträchtigten kaum den guten Eindruck. Leider verdarben danach in Beethovens Siebenten Sinfonie die Leute an den Blechinstrumenten sehr viel, so daß man das Lob wieder einschränken mußte. Der köstliche zweite Satz erklang recht groß und unbedeutend, und im Schlußsatz waren aus dem schwerfälligen Orchester keine letzten Steigerungen herauszuholen. Doch lag hier vielleicht auch die Schuld am Dirigenten Franz von Hoeklin, der bei den riesigen Steigerungen Beethovens auszufrüh ein Höchstmaß an Stärke, auf dem dann lange ausgeharrt wurde, erreichte. So bedeutete auch für ihn die beste Leistung das lieblos ausgearbeitete Werk Regers, dessen Jugenthema bei Herrn von Hoeklin in schnellerem Zeitmaße erklingt, als man gewohnt ist.

Die Musik auf alten Instrumenten, eine reizvolle Refolok-Erinnerung, konnte man im Bach-Abend des Leipziger Kammer-Trios hören. Hans Schork, gelegentlich mitwirkend, und Richard Laube spielten Violine, Karl Riedel eine Viola da gamba der Uebergangszeit, mit vier Saiten schon sehr unserem Cello genähert ist, doch im Ton oft merkwürdig an Holzbläser erinnert. Am Cembalo, einem rekonstruierten Rieffliger mit zwei Manualen, wirkte Julia Wenz und holte sich als Solistin einen glänzenden Sondererfolg, der einige Anstimmigkeiten im Zusammen spiel des zweiten Stüdes wieder gutmachte. (In München gibt es unter Leitung von Professor Doblener eine kammermusikalische Vereinigung, die noch viel ältere Formen der Instrumente benutzt.) Das Programm war köstlich zusammengestellt und wies nachdrücklich auf die prächtige Musik hin, die Bachs Söhne geliebt haben, der jüngste, melodienreudige, den Italienern nahelebende Johann Christian, nach seinen Wirkungsfeldern auch der Mailänder oder Londoner Bach genannt, der gefaschte, geistreiche Karl Philipp Emanuel und der älteste und kühnste, im Abend verkommene Wilhelm Friedemann.

Die Geisha. Gegen den flotten Bettelstudenten mit seiner dramatisch gezeigten Handlung und seiner zynisch gestrafften, abwechslungsreichen Musik muß Die Geisha, die man neuerstudiert im Operettentheater dem Publikum vorsetzte, notwendigerweise abfallen. Da man hier nicht viel mehr als eine Auslese von Tanzstücken mit ein paar drolligen Chören vor sich hat, durch einen dünnen Faden von Handlung notdürftig zusammengehalten; das ganze erhält noch einigen Reiz, weil es im blumenreichen Japan spielt und Japaner, Chinesen, Engländer und Franzosen in bunter Reihe aufmarschieren läßt. Die Geisha ist das erste englische „musical play“, das vor etwa dreißig Jahren über den Kanal zu uns kam; von ihr übernahm man die Sitte (Unstite?), jedes Lied mit einem mehr oder minder grotesken Tanzchen abzuschließen; somit ist die Geisha die Mutter aller mitteleuropäischen Tanzoperetten geworden, was zugleich den Niedergang und die Verfallung der Operette als dramatisch-musikalische Kunstgattung bedeutet hat.

Unzählige Male ist das Werk im Berliner Zentraltheater mit Mia Werber als O-Mimosa San über die Bühne gegangen. Mia hatte die kleine, beinahe winzige Künstlerin auch für Leipzig herangezogen, und Mia Werber war auch hier mit Erfolg für die

kleine Techausfängerin, die, von einem gewinnfüchtigen Chinesen zu Ausbeutungszwecken engagiert, vor den Hüften singen und tanzen muß, einen alten Polizeigouverneur heiraten soll und doch einen jungen Leutnant liebt. Die Stimme von Mia Werber klingt namentlich in der Höhe überraschend frisch; die Koloraturen verlen ihr leicht und rein von den Lippen, und ihre Darstellung ist zumindest noch so liebenswürdig wie einst im Alten Theater. Erich Foremoff war ein statter, leichtsinnig tänzelnder englischer Offizier; leider nimmt er auch das Gefangliche neuerdings etwas oberhin, während Ludwig Ziegler (Leutnant Katana) seine schönen stimmlichen Mittel mit Sorgfalt gebraucht. Rudi Gasser war ein Chinese von beinahe unheimlich grotesker Behendigkeit; die stets unverlässliche Goe-Fredrik eine hübsch jugende und tanzende Blonde Witz und Thea Uziari eine feine Französin, von der man gar nicht begreifen kann, daß sie durchaus das alte japanische Ekel von Marquis (Hugo Steinherr) heiraten will. Marco Großkopf hatte die musikalische Leitung; daß die simple Instrumentation unsere Ohren etwas stumpf klingt und daß die Melodien ihre Zündkraft von einst schon stark eingebüßt haben — dafür kann er nichts. Wohl aber muß er darauf dringen, daß ihm längere Vorbereitungszeit zum Proben der Chöre und Solf gegeben wird, damit auf der Bühne und im Orchester mehr Uebereinstimmung herrscht. Der äußere Reiz für diese harmlose Techausfängerin war bunt und üppig; man sollte die Gelegenheit benutzen, darin auch die andere, wertvollere Japaneroperette zu spielen: den Ricado von Sullivan.

Das Haus war gut besucht und sorgte nicht mit Beifall. Wo jedoch im Juni das Publikum und die Interessentenschar für die Operettenbühnen (Schauspielhaus, Operettentheater, Krystallpalast, Drei Linden) herkommen soll, das ist eine Frage, wert des Grählens! . . .

Ein unvorhergesehenes Hundeschicksal. Als der im Jahre 1901 verlorene berühmte chinesische Staatsmann Li Hung Tschang, der einflußreichste Ratgeber der großen Kaiserin Tse-Hsi, im Jahre 1896 als Vertreter Chinas Europa bereiste, nahm er in England längeren Aufenthalt, um hier diplomatische und Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Da man von seiner Unwesenheit große Vorteile für das Land erhoffte, taten die Engländer das möglichste, um dem Gast seinen Aufenthalt angenehm zu machen. Von dem Wunsch befezelt, dem großen chinesischen Staatsmann eine Aufmerksamkeit zu erweisen, beschloß damals der Inhaber einer bekannten Londoner Hundezüchterei, der gehört hatte, daß die Chinesen große Hundezüchter sind, einen seiner schönsten Hunde, einen preisgekrönten edlen Setter, Li Hung Tschang zum Geschenk zu machen. Dabei sprach freilich wohl auch die Hoffnung mit, ein Dankschreiben des chinesischen Staatsmannes zu erhalten, das als wirkungsvolles Reklamemittel für die Hundezüchterei des Geschenkgebers nützliche Verwendung finden konnte. Das erhoffte Dankschreiben ließ sich auch nicht auf sich warten. Sein Inhalt aber brachte dem geizhalsstüchtigen Hundezüchter eine ärgerliche Enttäuschung. Die Londoner Morning Post ist jetzt in der Lage, das Schreiben Li Hung Tschangs zu veröffentlichen. Es hat folgenden Wortlaut: „Berehrter Herr, empfangen Sie den herzlichsten Dank für die Uebersendung des prachtvollen Hundes, auf den Sie als Züchter stolz sein dürfen. Gestatten Sie mir aber, Ihnen mitzuteilen, daß ich, der ich vollständig europäisch lebe, seit langem schon auf die Gewohnheit verzichtet habe, Hundeschicksal zu essen. Ich habe deshalb den Hund meiner Dienerschaft übergeben, und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß den Dienern der Hund vorzüglich schmeckt hat.“

Städtische Theater. Sonnabend, den 16. Mai, wird noch längerer Pause Karl Köhlers Lustspiel „Die fünf Frankfurter“ wieder in den Spielplan aufgenommen.

Schauspielhaus. Die Operette „Anneliese von Dessau“, mit der Theresia Wiet ihr Sommer-Gastspiel im Schauspielhaus beginnt, kommt dieser Tage in Berlin zur 150. Aufführung. Sonnabend, den 16. Mai, finden gleichzeitig die Erstaufführungen in Hannover und in Breslau statt.

Leipziger Kunstverein. Der Leipziger Kunstverein zeigt gegenwärtig eine umfangreiche Schau von Skulpturen und Zeichnungen Professor Georg Aobes, die einen Ueberblick gibt über das Schaffen des Künstlers in den Jahren 1907—1925. In einer Sonderausstellung werden Gemälde und Pastelle von Professor Otto Muellex, Breslau, gezeigt.

Ein Erlebnis im Urwald.

Die englische Expedition, die die im Urwald degradierte Stadt Dubautan, den einstigen Sitz der Maya-Kultur in Mittelamerika, erschließen und ausgraben will, ist jetzt nach einer abenteuerreichen Reise durch den Urwald an Ort und Stelle angekommen. Einer der Teilnehmer, der bekannte Reisende F. A. Mitchell-Hodges, schildert ihre Erlebnisse und beschreibt auch einen Ueberfall ihrer Hütte durch ein Riesenheer marschierender Ameisen:

Als wir vor einigen Tagen vom Fluß zurückkehrten, ermattet von der glühenden Hitze, drang plötzlich ein andauerndes dumpfes Rauschen an unser Ohr. Dann sahen wir auf dem Boden drei schwarze Linien, die aus dem Urwald hervorbrachen und sich auf unsere Lager zu bewegten. Wir rannten so schnell wir konnten, um alles Eilige zu bedenken. In militärischer Ordnung drangen die Linien vorwärts. Es waren zahllose Millionen der „marschierenden Heer-Ameisen“. Sie haben Generale und Hauptleute; alle Nachzügler und Versprengten werden sofort wieder in Reih und Glied getrieben. In vollendeter Ordnung marschierten sie in unsere Wohnung, während der rechte und der linke Flügel, von der Seite angreifend, zu dem Dach emporkletterten. Wir stießen heraus, denn wenn wir drin geblieben wären, so wären wir innerhalb weniger Minuten von einer schwarzen schwärmenden Masse bedeckt worden. Diese Riesenheere lassen kaum je etwas Lebendiges zurück, wenn sie vorbeigezogen sind. Das Palmdach der Hütte, in der wir wohnten, hatte wohl jahrelang zahllose Skorpione, Taranteln, Spinnen, Eidechsen und anderes Ungeziefer beherbergt. Als wir draußen waren, begann der Kampf. Da fürzte ein Skorpion herunter, von Ameisen bedeckt, und in Sekunden war er verzehrt. Ein beständiges Rauschen und Brausen in der Hütte erzählt uns von dem Blutdud, das hier ausgerichtet wurde. In wahnwitziger Hast suchten zahlreiche Eidechsen heraus, aber sie waren sofort von Millionen von Ameisen überdeckt, die aus dem Urwald marschierten. Mehr als zwei Stunden blieben die Ameisen, dann schienen es, wie wenn sie sich, wie auf ein gegebenes Signal, wieder zu langen Linien ordneten und ihren Marsch fortsetzten. Als sie verschwunden waren, fühlten wir Dankbarkeit gegen sie, denn sie hatten uns zweifellos von allem Ungeziefer befreit.

Das Leben im Herzen des Urwalds bringt merkwürdige Eindrücke mit sich. Während des Tages ist die Luft mit dem schreien Getöse der Aitaben erfüllt, untermischt mit andern Tönen, wenn der Abend herabsteigt. Hunderte von Papageien verflammen sich in den Bäumen und führen eine wahre Jazzmusik auf. Die Heimgötter, Baumrösche und Eidechsen beteiligen sich an dieser Orchestermusik des Urwalds. Nach Einbruch der Dunkelheit läßt sich zahllose Feuerfliegen wie Meteore durch den Wald und dringen in unsere Hütte. Dann erkönt das tiefe Dröckeln der Kröche, der Schrei der Nachtvögel und das dumpfe Stöhnen anderer unheimlicher Nachtgeschöpfe.

Leipziger Angelegenheiten.

Der Vertreter.

Leipzig, 13. Mai.

Eine „reizende“ Geschichte von C. D.

Die Zeiten sind schon lange vorbei, in denen ich als „Bankarbeiter“ wader mit halb dem gesteigerten Verlangen gewinnwärtiger Elemente nach „Spekulationstipps“ stattzugeben. Ich entschloß mich nach längerer Erwerbslosigkeit zur Uebernahme einer Vertretung, deren Anpreisung in den heutigen Zeitungen ja tägliche Erscheinungen sind. Um es gleich vorweg zu nehmen. Unter ca. 30 Angeboten erachtete ich zwei als hinlänglich gut, um damit die Probe aufs Exempel zu machen. Der Erfolg war negativ. Doch die jetzige Sache ist zweifellos sehr gut. Jeder Geschäftsinhaber kann von meinem Anerbieten ergiebige Gebrauche machen. Mein Glück wäre jetzt also gemacht, wenn meine Kundenschaft mehr entgegenkommen beweisen würde. Ich habe mir sofort die „geschäftsfreudigsten“ Straßen ausgesucht, wo man aus einem Laden in den andern fliegt.

Als erste Beute hatte ich mir einen Kolonialwarenhändler erlesen, bei dem ich mir um so mehr Erfolg versprach, als er die ausliegenden Waren seines Schaufensters mit Papierfetzen ausgezeichnet hat, und ich deshalb von ihm eine gewisse Dankbarkeit erhoffte, wenn ich meine Preisauszeichnungen offerierte, die für sein Geschäft nur von Vorteil gewesen wären, und das unappetitliche Aussehen seiner Waren ganz beträchtlich gemildert hätte. Der Inhaber stand im hinteren Teil des Ladens und wandte mir den Rücken zu. Er machte gar keine Anstalten, näher zu kommen, um schließlich etwas Interesse zu heucheln. Er hatte schon an meiner Identität den Vertreter erkannt. Nur ganz wenig drehte er den Kopf: „Jesh loofe nisch, jesh loofe immerhaupt nisch mehr.“ Nun mußte ich, hier war nichts zu erhoffen.

Da drüben der Bäcker wird vielleicht Abnehmer sein. Die ganze äußere Gestaltung seines Geschäftes verließ mich die berechtigten Hoffnung zu dieser Annahme. Ein dieses Weib erschien auf mein Klingeln. „Gestatten Sie, daß ich Ihnen...“ Ich wurde ich da in meinem Redefluß unterbrochen und mußte mir eine jener Grobheiten lassen, die geeignet sind, die menschliche Eitelkeit stark zu verletzen. Ich bin nicht eitel. Der Dame war mein Anerbieten offensichtlich unangenehm, und sie machte demzufolge in allzu deutlichen Worten meinen grobspannigen „Einführungsplan“ kund. „Schredlich, schredlich, eh Hausherer jacht'n ändern.“ „Erlauben, gnädige Frau, ich bin kein Hausherer, ich bin Vertreter.“ Während fuhr da der Kopf meines Gegners zum hochgehobenen Fenster heraus, das über ihr thronte wie ein Fallbeil, und funkelte mich an mit durchbohrendem Blick. „Was sin Se? Quatsch sin Se. Hausherer sin Se!“ Die Gedanken, die mich in diesem Augenblick befielen, waren nicht die eines wohlgezogenen Menschen.

Die Hoffnung des Menschen ist immer und immer wieder ein Ansporn zu erneutem Versuch, zu weiteren Kämpfen, trotz Unannehmlichkeiten und anfänglichen Misserfolgen.

Und wieder stand so eine Frau im nächsten Laden hinter der Tafel. Ein kleiner Junge war neben ihr, der sich erbot, seinen Eltern von meiner Anwesenheit Kenntnis zu geben. „Nee nee, bleib hier,“ wurde ihm gesagt. „Die jinn jetzt beim Essen, und wenn se da peckert wärn, hamle schlechte Lanne.“ Schnell ließ ich mich zu einer Erwiderung hinreißen, daß meines Erachtens gerade beim Essen die Menschenteile am tolligsten ist, und das um so mehr, wenn schließlich gerade das Lieblichste in der Schüssel dampft. „Nee, gomm' se andermal widder.“ Ich mußte wohl oder übel unverrichteter Sache wieder abziehen. Aber ob ich e andermal widdergomme — das muß'ch mer ercht nial inwerlechen.

Und wieder lachte ein Bäckerladen auf der gegenüberliegenden Seite. Die junge Frau schien interessiert. Ob sie meinen Gedanken ganz erraten hatte? Doch so ohne weiteres wollte sie sich nicht zum Kauf entschließen, ohne das Urteil des „Meisters“ zu hören. Der wusch sich nicht logisch gefügig machen lassen. Trotzdem schies ein Mensch zu sein, der einen armen Arbeitlosen nicht brüht von seiner Schwelge wies. Mit hingebungsvoller Zärtlichkeit blinnte er die „Meister“ an. „Du hast doch e Haufen solchen Kram, du nimmst ja sowieso nisch.“ „Ja, Vater, so scheene wie die hawe ich ooch nach geene gesehn, die sin viel prakischer.“ flötete ihm seine Gattin mit liebevollem Augenwinkelslag. „Gut,“ sagte da der Bäckermeister und drohte ihr mit dem Finger. „Ich toofe, etwisch ich dich awer wider darbei, daß de den Wilt nisch nimmst, da fass'ich den ganzen Heddrich an de Wand.“ Mit verächtlichem Lächeln erklärte ich mich dann in diesem Falle zur Rücknahme der Ware bereit.

Ein ganzes Buch könnte ich über meine Abenteuer als würdiger Mitarbeiter der Vertreterkategorie schreiben. Der Spah ist groß, die Verdienstmöglichkeit — gering. Was will ich noch mehr in den heutigen schweren Zeiten?

Die volle Friedensmiete gefordert.

Wie der Vorstand des Bauvereins zur Bekämpfung preiswerter Wohnungen in Leipzig versucht, in seinen neuen Häusern zur vollen Wohnungsmiete zu kommen, zeigt nachstehendes Zirkular an Mitglieder dieses Bauvereins:

Leipzig, den 1. Mai 1925.

Wetter Genosse!

In nächster Zeit wird voraussichtlich in Leipzig-Schönefeld mit der Herstellung von Wohnungen begonnen werden. Wenn keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten, werden diese Wohnungen am 1. Oktober, spätestens jedoch 1. November d. J. bezugsfähig sein.

Laut Wohnungsanwärterliste sind Sie für eine 4-Zimmer-Wohnung vorgemerkt und sollen, wenn das Wohnungsamt keinen Einspruch erhebt, eine solche zugewiesen erhalten.

Der Mietpreis beträgt nach den Bestimmungen des Wohnungsamtes pro qm 6 M., was einer Jahresmiete von rund 522 Mark je nach der Größe gleichkommt. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß dieser Betrag nicht prozentual, sondern voll zu entrichten ist, was aber weniger von Bedeutung ist, da bis dahin die Miete für die anderen Wohnungen vorausgesetzt auch auf etwa 90 Prozent der Friedensmiete angekommen sein wird. Es wird demnach nur eine geringe Differenz zu verzeichnen sein.

Sie wollen sich sofort äußern, ob Sie auf eine solche Wohnung reflektieren, da andernfalls andere Anwärter in Frage kommen. Die Erklärung ist für Sie bindend, wenn das Wohnungsamt die Genehmigung erteilt. Sie werden dann rechtzeitig von uns benachrichtigt werden.

Sollte bis 8. d. M. keine Nachricht von Ihnen eingegangen sein, nehmen wir an, daß Sie verzichten. Sie werden dann aus der Anwärterliste gestrichen.

Hochachtungsvoll

Bauverein zur Bekämpfung preiswerter Wohnungen in Leipzig, e. G. m. b. H.

Der Vorstand

A. Heyde.

Schröter.

Es ist bemerkenswert, daß der Vorstand schon mit einer allgemeinen Erhöhung der Wohnungsmieten bis zu 90 Prozent in aller nächster Zeit rechnet. Zu einer solchen Heranziehung der Miete liegt nicht der mindeste Anlaß vor. Man würde lediglich den Hauswirten große Geschenke machen. Und wenn diese Erhöhung nicht so schnell kommt? Dann sollen die Mitglieder trotzdem die volle Friedensmiete entrichten. Und das Wohnungsamt soll hierzu seine Zustimmung geben. Hoffentlich wird sie nicht erteilt.

Neuregelung des Straßenverkehrs.

Verkehrszeichen der Polizeibeamten und Zeichen der Fahrzeugführer.

Vom Polizeipräsidentium wird uns geschrieben:

Bei einer Ende März 1925 in Berlin im Reichsverkehrsministerium abgehaltenen Konferenz der Verkehrsreferenten der Großstädte ist vereinbart worden, die wichtigsten Verkehrsbestimmungen in Zukunft einheitlich zu gestalten. Hierbei hat man sich auch auf einheitliche Verkehrszeichen geeinigt. Diese sollen nach der heute im amtlichen Teil veröffentlichten Bekanntmachung zur Regelung des Verkehrs vom 9. Mai 1925 in Leipzig am 18. Mai 1925 eingeführt werden. Da nach den Vereinbarungen die Verkehrszeichen im ganzen Reich in Zukunft nur mit dem Arm gegeben werden, wird auch in Leipzig die Signalfarbe der Verkehrszeichen der zur Verkehrspolizei gehörigen Beamten werden mit weißen Handschuhen ausgestattet werden.

Die neuen Zeichen fügen dem bisherigen Haltezeichen noch ein andres Haltezeichen hinzu, und zwar ist dies der waggerchte ausgestreckte Arm. Deutete diese Armstellung bisher ledig-

während in der gesperrten Richtung nicht nur die Fahrzeuge halten, sondern namentlichweise (wenigstens auf den Neben) auch die Fußgänger auf dem Fußwege stehen bleiben.

Bild 2 zeigt das Haltezeichen mit waggercht gehaltenem Arm. Dieses Haltezeichen ist in derselben Weise zu befolgen, wie das Haltezeichen mit hochgehobenem Arm. Auch hier gibt der Beamte durch Winkzeichen die andre Richtung frei. Die Bekanntmachung zur Regelung des Verkehrs vom 9. Mai 1925 befolgt sich aber nicht nur mit den Verkehrszeichen der Polizeibeamten, sondern enthält auch die sehr wichtige neue Bestimmung, daß die Fahrzeugführer — hierzu gehören auch die Radfahrer — künftig zur Abgabe von Zeichen verpflichtet sind, während es ihnen bisher nur empfohlen wurde. Es muß nun ihnen verlangt werden, daß sie das Verlassen der rechten Straßenseite, Geschwindigkeitsermäßigungen, Halten, Wenden oder Rückwärtsfahren und ganz besonders an Straßencruceungen die beabsichtigte Fahrtrichtung stets durch rechtzeitige und deutliche Zei-



lich die freie Fahrtrichtung an, so bedeutet sie jetzt ebenso wie der hochgehobene Arm für die seitwärts auf sie zukommenden Fahrzeuge „Halte“. Zur Durchfahrt bzw. Weiterfahrt werden Winkzeichen mit der Hand gegeben. Wie vor kurzer Zeit bereits in einer Presse-notiz hervorgehoben wurde, haben alle Fahrzeugführer auf das Haltezeichen sofort zu halten. Die Weiterfahrt darf erst dann erfolgen, wenn der Beamte durch Winken das Zeichen hierzu gibt. Unter keinen Umständen darf nach eigenem Gutdünken weitergefahren werden oder schon dann, wenn der Beamte etwa den Arm aus der Haltestellung sinken läßt.

Von den Bildern zeigt jedes ein Haltezeichen in Verbindung mit einem Fahrtrichtungsschild. Auf Bild 1 gibt der Beamte das Haltezeichen mit hochgehobenem Arm. Die Fahrzeuge, die von vorn und von rückwärts auf den Beamten zukommen, halten auf dieses Zeichen hinter der Baustrahlenslinie, so daß die Straßeneingänge für Fußgänger frei bleiben. Gleichzeitig gibt der Beamte die andre Richtung für den Fahrzeugverkehr durch Winkzeichen frei. In der freien Richtung bewegen sich nun Fahrzeuge und Fußgänger.

hen kundgeben. Erfüllen sie insoweit ihre Pflicht, dann werden sie wesentlich zur besseren Verkehrsregelung und zur Herabminderung der Anzahl der Verkehrsunfälle beitragen.

Kraftwagenführer möchten jetzt bereits darauf aufmerksam gemacht werden, daß das Reichsverkehrsministerium beabsichtigt, für Kraftfahrzeuge einen Fahrtrichtungsanzeiger vorzuschreiben. Dieser wird dann als genügend angesehen werden können, wenn seine Zeichen von vorn und auch von hinten deutlich wahrnehmbar sind und gleichzeitig vom Führer kontrolliert werden können. Der Anzeiger muß zu beleuchten sein, hierbei darf jedoch nicht dunkelrotes, sondern gelbrotes Licht verwendet werden.

Für Fußgänger enthält die neue Bekanntmachung schließlich auch noch die Bestimmung, daß sie, wenn sie die Fahrbahn überschreiten wollen, die Zeichen der Polizeibeamten und Fahrzeugführer beachten sollen. Geschieht dies mehr als bisher, so wird auch der Fußgänger in Zukunft ungefährdet über die Straße gehen können.

Der deutsche Rundflug.

Man schreibt uns: Nur noch 3 Wochen trennen uns vom Beginn des „Deutschen Rundfluges“, welcher mit 11 Teilnehmern am Freitagsonntag, früh um 4 Uhr, in Berlin, Tempelhofer Feld, seinen Anfang nimmt. Mit einer solchen Zahl von Bewerbern ist der „Deutsche Rundflug“ die größte Flugveranstaltung, welche jemals im In- und Ausland stattgefunden hat. Der Verfallener Vertrag hat die Entwicklung nicht nur der deutschen, sondern der gesamten Zivilluftfahrt überaus stark gefördert. Wenn Deutschland auch Verkehrsflugzeuge besitzt, welche in ihrer Konstruktion und Sicherheit von keinem Lande erreicht werden, so sind wir doch für die Zukunft auf schwachmotorige Flugzeuge angewiesen. Der Staat und die private Wirtschaft haben die Bedeutung der Weiterentwicklung des schwachmotorigen Flugzeuges für die deutsche Wirtschaft klar erkannt und den „Deutschen Rundflug“ zustande gebracht mit Preisen in einer Höhe von 100 000 M., welche bisher niemals zur Verfügung einer Flugveranstaltung standen. Es ist kein Wunder, daß sich daher die gesamte deutsche Flugzeugindustrie und leider in geringerem Maße die deutsche Motorenindustrie seit fast 1 1/2 Jahren auf den „Deutschen Rundflug“ vorbereitet. Man wollte den Konstrukteuren volle Freiheit bezüglich der Motorenart bei ihren Konstruktionen lassen und schrieb die Preise für Flugzeuge bis zu 120 PS. aus, teilte sie aber in 3 Klassen, und zwar bis zu 40 PS., von 40-60 PS., von 60-120 PS. ein, wobei alle 3 Klassen mit gleich hohen Preisen bedacht wurden. Es war schwierig, eine Wertungsformel zu finden, die auf alle Flugzeuge in Anwendung kommen kann. Diese lautet: $W = i \times m \times G - S$. Die Wertsumme besteht also aus dem Führerfaktor mal Motorfaktor mal gewertete Strecke, letztere aus der gesamten gewerteten Flugzeugstrecke, abzüglich Straßstrecken. Obwohl der Führer auf der zirka 6000 Kilometer langen Strecke wechseln kann und der Motor in allen seinen Teilen ergänzt, ja sogar völlig ausgewechselt werden darf, so ergibt sich aus obiger Wertung doch ein besonderer Vorteil für diejenigen Flugzeuge, die ohne Wechsel an Personal und Material durchfliegen. Bei Motorfaktor spricht natürlich die PS.-Zahl des Motors das wichtigste Wort. Erhalten nun mehrere Flugzeuge dieselbe Wertstrecke, so wird diejenige mit geringerer Motorleistung bevorzugt. Ergibt auch dieses Verfahren noch Gleichheit, so gilt die höhere Geschwindigkeit als bessere Leistung. Alle Strecken werden gemessen nach vollen Kilometern auf der Deutschen Luftfahrts-Neberschichtkarte 1:200 000. Diejenigen Flugzeuge, welche in Leipzig, veranlaßt durch die ausgelegten Preise, freiwillig landen, müssen eine Kontrakturkarte, welche auf der Mitte des Leipziger Flugplatzes in Form eines weißen Sternes mit Stiel ausgelegt ist, auf der Stielstelle umfliegen. Das gilt auch besonders für solche Maschinen, die nur beim Durchflug kontrolliert werden, ohne zu landen. Wird der Leipziger Kontrollpunkt auf der falschen Seite umflogen, oder wird das Flugzeug von der Oberleitung nicht gesichtet oder nicht einwandfrei erkannt, so wird es gewertet, als wenn es von der letzten kontrollierten Stelle bis zur nächsten Kontrollstelle Luftlinie geflogen wäre. Eine ausgefallene Zwangslandung der Gruppe C, 80 bis 120 PS. in Leipzig wird geahndet durch Nichtwertung der Strecke Hof-Leipzig, ob diese nun geflogen ist oder nicht. Die Kontrolle und Beurteilung aller freiwilligen und Zwangslandungen erfolgt durch beauftragte Mitglieder des Leipziger Vereins für Luftfahrt und Flugwesen e. V., wobei die Flugzeuge der Gruppe A und B mindestens 5 Minuten, der Gruppe C mindestens 10 Minuten Aufenthalt nehmen müssen. Das Programm enthält die genauen Ausschreibungen, welches ab 20. Mai durch alle Straßenhändler und Kioske erhältlich ist.

Lappen im Zoo.

Im Zoologischen Garten ist eine Truppe Lappen eingetroffen, Zinnlappen aus dem höchsten Norden Skandinaviens, Anwohner des nördlichen Eismeer. Ihre Heimat Lappland umfaßt den ganzen nördlichen Teil der Skandinavischen Halbinsel und gehört politisch zu Norwegen, Schweden, Finnland und Rußland. Die im Zoo eingetroffenen Lappen sind im nordwestlichen Teile von Zinnisch-Lappland zu Hause. Die Truppe zählt 17 Personen; sie besteht aus vier Familien, von halbjährigen Kinde bis zum 76jährigen Greis. Sie führen eine Herde Rentiere und ein ganzes Rudel Polarhunde mit sich, die Wächter ihrer Herden. Vier Lappenzelte sind auf der Pölkermiese des Zoo aufgeschlagen und ein reizvolles und buntes Leben und Treiben entwickelt sich vor ihnen und in ihnen und um sie herum. Ihr Führer ist der deutsche Mater Dubbit, der sich zu Studienzwecken ein Jahr lang in Lappland aufgehalten hat und jetzt die Lappländertruppe durch Deutschland leitet. Die Reise vom hohen Norden bis zu uns war recht beschwerlich. 400 Kilometer wurden in acht Tagen im Schlitten zurückgelegt bis zur nächsten Bahnstation Tornio. Von dort ging es mit dem Zug nach Helsingfors und von Helsingfors mit dem Dampfer nach Kåfjell. Die kleinen Leute machen den besten Eindruck und fühlen sich trotz der Wärme sehr wohl. Kommen doch auch in ihrer Heimat sehr heiße Sommer vor. Wir empfehlen den Besuch der Lappländer und werden morgen noch auf sie zurückkommen.

Die drohende Beseitigung des Mieterrechtes für gewerbliche Räume

Das Thema einer im Reichshaus der Gewerbetreibenden, vom Einheitsverband sozialistischer Unternehmer veranstalteten Versammlung. Es waren dazu unterschiedlos alle kleinen Gewerbe- und Handeltreibenden des Ostens Leipzigs durch Handzettel eingeladen worden. Der Besuch war aber ein sehr bescheidener. Das Gros der kleinen Gewerbetreibenden hat offenbar auch bis heute noch nicht erkannt, was für sie bei den hausagrarischen Bestrebungen auf dem Spiele steht. Daß durch die Beseitigung des Mieterrechtes und die danach einsetzende ungenügende Auswertung der Mieter von Wohnungen und gewerblichen Räumen gerade das Kleinergewerbe vor den plötzlichen Ruin gestellt wird, beunruhigt die Mitglieder der Innungen und der Einzelhandelsverbände anscheinend noch sehr wenig. Sie bauen auf ihre famose Wirtschaftspartei, in der bekanntlich die Hausagrarier die erste Geige spielen, und auf die Deutschnationalen, die ebenso bekanntlich im Reichstage die Aufhebung des Mieterrechtes für gewerbliche Räume beantragt haben. Sie werden erst durch Schäden klug werden und vielleicht auch dann noch nicht einmal! Recht heiter wirkte in der Versammlung übrigens ein Kommunist, der seinem Zorne darüber Luft machte, daß der ESU sich entschlossen hat, die Kleinergewerbetreibenden nach Möglichkeit über die vitalen Lebensintereessen aufzuklären, die für sie bei der ganzen Angelegenheit auf dem Spiele stehen. Der entrüstete junge Mann meinte, das sei lediglich Sache des Reichsverbandes der Mietervereine. Den anwesenden Vorstandsmitgliedern des Verbandes, die sich in einer anerkennenswerten sachlichen Weise an der Diskussion beteiligten, verwundete das Auftreten des Sozialistens offenbar nicht gerade die angenehmen Gefühle. Er konnte auch nicht verhindern, daß die nachstehende vom Sekretär des ESU,

Wo ruft die Pflicht?

Elternräte, Elternratskandidaten und Pariesfunktionäre!

Der 17. Mai bedeutet für die Erziehung des kommenden Geschlechts eine Wendung. Erziehung zum **Erwachsenen** oder zum **freien Staatsbürger**. Darüber ist zu entscheiden. Zeit ist also, nun gleich, ob ihr Kinder zur Schule schickt oder nicht, daß ihr gewillt seid, für ihre unangenehme Zukunft zu kämpfen. Die **Kirchen** scheitern gehen zum **Knochen** vor. Genossen und Genossinnen, seht, daß ihr zu kämpfen verbleibt, stellt euch dem **Elternratsobmann** zur Verfügung: **Elternratszentrale.**

Gesamtfunktionäre der SPD. Groß-Leipzig.

Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im Palmengarten. Bericht von der V. B. und unsere Stellung zur Presse.

Funktionäre.

Thonberg-Neureudnik. Alle Funktionäre, Funktionärinnen und tätigen Genossen werden ersucht, heute, Mittwochabend in der Zeit zwischen 6 und 8 Uhr in der Bibliothek des Ortsvereins zu erscheinen.

Connewitz. 7. Volksschule, Elternräte und sämtliche Wahlhelfer morgen Donnerstag, 1/8 Uhr in der Bibliothek, Döllner Straße 18.

Plagwitz. Funktionäre, Schwarz-Rot-Gold, morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, im Restaurant Zimmerlina.

Frauen.

Thonberg-Neureudnik. Donnerstag, abends 8 Uhr, im Simeleisch, Kiebedr., Vortragsabend (Vorträge, Lieber zur Laute).

Jugendgruppen.

Donnerstag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, im Saale des städtischen Jugendheims, Lüpferstr. 2. 2. Vortrag unserer Vortragreihe: Gen. Dr. Ruch-Sienack: Das religiöse Lebensgebiet! — Gäste willkommen!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung Osten. Junghans-Kameraden, heute abend 8 Uhr Übungsabend im Gasthof Sülz.

Mitglieder-Veranstaltungen.

Wahren. Heute Mittwoch abend 8 Uhr Generalversammlung des Ortsvereins im Sächsischen Hof (Waldemeier). Vortrag des Genossen Eifen über: Die ungarische Revolution. Berichte und Neuwahlen. Wichtiges Ereignis notwendig!

Gaschwitz-Großhäßeln. Freitag, den 15. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof „Feldblümel“, Großhäßeln, Generalversammlung

eingebachte Resolution von der bedauerlicherweise nur schwach bedachten Veranlassung einstimmig angenommen wurde:

„Die von der kleinen Gruppe der Hausbesitzer aufgestellte Forderung der Beilegung des Mieterschutzes, insbesondere für gewerbliche Räume, ist diktiert von dem Bestreben, die Mietpreise in die Höhe zu treiben und sie ignoriert den bestehenden Mangel an Wohnungen und Geschäftsräumen. Der von der jetzt so geringen Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten abhängige Kleingewerbetreibende ist nicht in der Lage, den veranschlagten Mietszins auf seine Produkte oder Handelswaren anzuschlagen. Er wird deshalb, wenn das Verlangen der Hausbesitzer erfüllt wird, vor den wirtschaftlichen Ruin gestellt. Wenn gleichwohl eine öffentliche Körperschaft, wie die Leipziger Handelskammer, die die gesetzliche Pflicht hat, auch die Interessen des Kleinhandels zu vertreten, sich für die Durchsicherung und schließlich Beilegung des Mieterschutzes ausspricht, so muß ihr jedes Verständnis für die Wirtschaftslage des Kleingewerbes abgesprochen werden. Die anwesenden Mieter von Wohnungen und gewerblichen Räumen verlangen nicht nur die Aufrechterhaltung des gesetzlichen Mieterschutzes, sondern auch den weiteren Ausbau der bestehenden Schutzgesetzgebung, ein Ausbau, der nicht eigennützigen Motiven, sondern der Wohlfahrt der großen heillosen Mehrheit der Bevölkerung Rechnung trägt.“

Der G. S. M. veranstaltet am Donnerstag, dem 14. Mai, im Rickau-Auskant zu Gohlis, und am 18. Mai im Schloß Lindenfels zu Lindenau noch weitere Versammlungen mit demselben Thema. Für später sind auch noch Versammlungen im Süden und im Zentrum unserer Stadt geplant.

Herabsetzung des Milchpreises.

Wie uns der Konsumverein L. Plagwitz mitteilt, hat er vom heutigen Tage an den Milchpreis von 29 Pfg. auf 28 Pfg. das Liter herabgesetzt.

Das Gemeindebestimmungsrecht.

Zu der Propagandawache der deutschen Alkoholgegner aller Richtungen wird uns geschrieben: In Leipzig kommt heute auf 487 Einwohner eine Schankstätte. Dabei sind nicht gerechnet Flaschenbierverkaufsstellen, Drogerien, die mit geistigen Getränken handeln, und Schenkebetriebe und Bereinstantinnen. Von dem Grad der Aufklärung über den Alkoholismus und des Wissens um seine Folgen wird die Anwendung des Gemeindebestimmungsrechts abhängen. Im kleinen Kreise der Gemeinde, in größeren Städten des Bezirkes oder Stadtteiles wird der Staatsbürger es in der Hand haben, über eine wichtige Frage des Gemeindegutes und Volkswohles selbständig zu entscheiden. Die Leipziger Alkoholgegner werden in der Woche vom 10. bis 16. Mai mehrere Vorträge über das G. B. B. abhalten, zu denen in den Tageszeitungen eingeladen werden wird. Besonders hingewiesen sei auf einen Vortrag vom Professor Dr. Strecker, der am Freitag, dem 15. Mai, stattfinden wird über das Thema: Das Gemeindebestimmungsrecht, ein Weg aus der Alkoholfurie. Für Sonntag, den 17. Mai, nachmittags 4 Uhr, rufen wir alle die, denen an einer wirksamen Bekämpfung des Alkoholismus gelegen ist, auf zu einer Kundgebung auf dem Augustusplatz, zu der ebenfalls Prof. Strecker sprechen wird. In der Jugend ist vor allem der Gedanke lebendig, daß die neue Zeit, die sie heraufzuführen will, undenkbar ist mit dem Alkoholismus als Massenerscheinung. Deshalb rufen wir die Jugend auf, ihren Willen nach Zurückdrängung des Alkoholismus öffentlich zu bekunden.

Ein Tag des deutschen Badewesens.

Die starke Wertschätzung, die dem Schwimmen als Leibesübung mit Recht zugebilligt wird, kann sich nicht so auswirken, wie es im Interesse der Volksgesundheit wünschenswert wäre, da Deutschland trotz seines Wasserreichtums das an Badeanstalten ärmste Kulturland ist. Das schwere Unglück an der Weiser hat wieder deutlich gezeigt, wie notwendig die Durchführung des allgemeinen Schwimmunterrichts ist. Die 8000, die alljährlich in Deutschland ertrinken, mahnen zum Eingreifen. Durch eine starke Kundgebung in Form einer Tagung vom 4. bis 7. Juni in Karlsruhe wollen die Deutsche Gesellschaft für Volkswasser, die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft, der Verein der deutschen Badefachmänner, der Reichsverband für Badebetriebe und der Deutsche Schwimm-Verband unter der Forderung: Bauliche Bäder! auf die Notwendigkeit intensiver Arbeit auf diesem Gebiet hinweisen. Die deutschen und ausländischen Regierungen haben ihre Teilnahme zugesagt, eine Reihe deutscher Städte werden vertreten sein. Für die Vorträge sind die führenden Fachleute gewonnen worden, so daß in Verbindung mit einer großen Ausstellung in der Karlsruher Festhalle das große Gebiet erschöpfend behandelt werden wird. Der Tag des deutschen Badewesens 1925 wird die größte Veranstaltung sein, die jemals in Deutschland im Badewesen stattgefunden hat.

Nach einer schwarz-weißen Kirche. Die Bewohner, welche in der Nachbarschaft der Plagwitz Kirche wohnen hatten am Dienstag Gelegenheit, das wahre Gesicht der irdischen Kirche kennen zu lernen. Doch vom Turm wehte einzig und allein die „rote“ Flagge schwarz-rot! Eltern! denkt am 17. Mai daran, daß die Fahne schwarz-rot Monarchie und Krieg bedeutet.

Das Germaniabad, Schleißner Weg, hat den Sommerbetrieb begonnen. Es empfiehlt sich, recht früh mit dem Luftbad zu beginnen, besonders für die, welche zum ersten Male an diesem Kräftigungsmittel Anteil haben und zunächst mit kürzerer Zeit sich beschäftigen wollen. Die Verwaltung hat, um den direkten Einfluß des Windes in das Bad zu unterbinden, eine Stambühne mit einer erdichten, die das Wasser nur durch vorhandene umfangreiche Filter anlagern zuläßt. Ferner sind in allen Abteilungen des Bades Duschen vorgelegen, die nur mit Brunnenwasser gespeist werden.

Goldregen-System. Die Firma H. W. Slawer in Amsterdam verleiht Teilnehmerkarten zu einem „Goldregen-System“ Amsterdam zum Preise von 1 Gulden = 175 Pfg. Wie die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs E. B. Berlin-Schöneberg, mitteilt, handelt es sich hierbei um das bekannte Schneeball-System, das als eine Auslösung im Sinne des § 236 St. G. B. anzusehen und daher strafbar. Es wird dringend gewarnt, sich an dem Vertrieb von Teilnehmerkarten zu beteiligen, da die Betreiber dieser Karten sich strafbar machen.

Elternabend für den gesamten Ostbezirk. Morgen Donnerstag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, findet eine Abendveranstaltung in Kahlers Restoran am Volkmarodorfer Markt statt. Genosse Lehrer Glanitz spricht in Anbetracht der bevorstehenden Elternratswahlen wird das Erscheinen aller Eltern erwartet.

Volkshochschule Peitzsch. Am Sonnabend, dem 16. Mai, 8 Uhr abends, findet im Festsaal des Neuen Rathauses der 2. Vortragsabend der Volkshochschulgemeinschaft statt. Professor Herberich spricht über Wirtschaftsaufbau des Sozialismus. Es werden Vorträge der Gesellschaftslehre aufgegeben und vom Standpunkt des Sozialismus aus beleuchtet, während am 2. Mai Herr Dr. Wenz von denselben Problemen vom Standpunkt des Individualismus aus Stellung nahm. Eintritt 30 Pfg., für Jugendliche 10 Pfg. Für Mitglieder der Volkshochschulgemeinschaft ist der Eintritt frei.

Wirtschaftsschule Peitzsch. Der Unterricht in Kommunalpolitik (Kunze) Dienstag früh 10 Uhr, und Freitag abend 8 Uhr in der Volkshochschule, muß wegen Verhinderung des Lehrers vorläufig ausfallen. Der Unterricht beginnt erst nach Pfingsten.

Verloren. Bei der Frauerveranstaltung im Zoo am Montagabend ging ein Einkaufsbeutel verloren. Bitte abzugeben im Sekretariat, Tauchaer Straße 19/21, Zimmer 2.

Reiniger, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kriegesbeschädigte usw. Ausgabe von Kinderschlaf (gute Qualität) Freitag, den 15., und Sonnabend, den 16. Mai 1925, ab 8 Uhr früh, im Städtischen Schlachthof. Das Pfund kostet 58 Pfg. — Lebensmittelausgabe täglich von 8-12, außer Donnerstag von 11-1 Uhr, in der Gerberstraße 3 Glasolonnade.

Feldschloßverkauf am Donnerstag. Freibant 1 und II, ab 12 Uhr freier Verkauf.

Elternrats-Wahlen am 17. Mai!

Werbt für die Liste der weltlichen Einheitschule (SPD). Die Volksschule ist in Gefahr! Sie wird von der Kirchenmacht bedroht. Arbeiter, Arbeiterfrauen!

Wählt alle nur die Liste für die weltliche Einheits-Schule (SPD.)

Polizeinrichten.

Wer war Zeuge? Am Donnerstag, den 30. April, gegen 1 Uhr nachmittags fuhr eine Radfahrerin die Hallische Straße nach der Stadt zu entlang. In der Nähe der Luisenstraße mußte sie einem an der Bordwand stehenden Handwagen ausweichen und ihr Rad nach links lenken. In dem Augenblick kam ein Lastkraftwagen heran und streifte sie mit dem rechten Kotflügel. Sie kam zu Falle und das rechte Vorderrad ging ihr über beide Beine. Es gelang dem Führer keinen Wagen so schnell zum Halten zu bringen, daß ein Ueberfahrenwerden durch das zweite rechte Hinterrad verhindert wurde. Die Verunglückte fand sofort Aufnahme im Krankenhaus St. Georg. Zeugen des Unfalles werden gebeten, sich schnellstens bei der Kriminal-Abteilung zu melden.

Wieder ein Unfall infolge unvorsichtiger Fahrten. Am Sonnabend dem 9. d. M., vormittags 9 Uhr, ist ein Fleischermeister aus Vindgau mit seinem Fahrrad auf dem Wittlichring scharf rechts nach dem Fleischerplatz gefahren. Wütlich wängte sich ein etwa 19 bis 20 jähriger Radfahrer zwischen dem Fleischermeister und der Bordwand, einem Raume von kaum Meterbreite, hindurch und rief den Fleischer vom Rade. Mit mehreren Verletzungen wurde er von zwei hilfsbereiten Herren nach der 1. Sanitätswache gebracht, wohin auch der andere Radfahrer folgte. Leider ist letzterer von dort wieder weggegangen, ohne daß sein Name festgelegt wurde. Er sagte: Er müsse in die Schule. Wer kennt ihn? Mitteilungen zur Sache erbittet die Kriminal-Abteilung.

Wer ist der verunglückte Radfahrer? Am Sonnabend, den 9. Mai, vormittags gegen 12 Uhr, ist auf der Kreuzung im Hallischen Tor-Feldring ein Radfahrer mit einem Motorradfahrer zusammengefahren. Das Rad des Radfahrers soll dabei demoliert worden sein. Ob der Radfahrer selbst Schaden erlitt, ist nicht bekannt. Der Motorradfahrer ist zunächst unerkannt entkommen. Ein Hotelansteller, der ihn klüßeln sah, verriet ihn auf seinem Fahrrad und hat den Fahrer auch eingeholt, als er des regen Verkehrs wegen stoppen mußte. Er stellte das Erkennungszeichen nicht nur fest, sondern er nahm sich dankenswerterweise auch die Zeit, es der Polizei mitzuteilen. Jener Radfahrer, der den Vorgang noch nicht angezeigt hat, mag sich baldigt bei der Krim.-Abt. melden.

Die Diebstähle von Rosen, besonders frisch gepflanzte, und anderer Pflanzen aus Gärten in Kolonien und aus Villengärten haben noch nicht abgenommen. Es muß angenommen werden, daß Täter am Werke sind, die sofort wissen, wo sie die Pflanzen schnell abgeben können, mutmaßlich Gärtner. Es wurden geklaut: 12 hochstämmige Rosen mit Aluminiumschildern aus einem Vorgarten am Voetenweg in Leipzig-Gohlis, in der Nacht zum 8. d. M. gleichfalls dort 8 hochstämmige Rosen (VII 1105), am Schützenweg 2 ebensolche Rosen in derselben Nacht (III 1161), und in Schleußig 30 Laubbäume in der Nacht zum 10. Mai.

Wieder bemerkbar macht sich iener Spitzhube, der aus Treppentüren Glühbirnen stiehlt. Besonders das Nordviertel (Gohlis) war das Gebiet seiner Tätigkeit, wo er auch jetzt wiederholt aufgetreten ist. Er war vor längerer Zeit dort in einem Hause ertappt worden, als er mit einer Vorrichtung, die sich leicht verbergen läßt, ihm mehrere Lampen von der Decke abstrahlte. Er wurde verfolgt, ihm mehrere Lampen, die er ertappt hatte, abgenommen, sein Transport aber durch mehrere verdächtige Männer, die sich einmischten, unmöglich gemacht. Man lasse den Menschen bei seinem Betreiben festnehmen.

Aufgeklärter Verdacht. Eine 53 jährige Witfrau, die am 10. Mai einige Stunden nach dem Gewisse von Bötelstein und Mischobitz plötzlich gestorben ist, ist, wie die Section der Leiche ergeben hat, eines natürlichen Todes gestorben. Ein Verbrechen kommt nicht in Frage.

Eine schmerzliche Verletzung zog sich am Sonnabend, dem 9. d. M. ein 13 jähriger Schüler auf dem Anstöße zu. Er trieb sich bei Benutzung einer Rutschbahn, die an einer Stelle schabhaft war, einen angerungenen Holzstift in das Gesicht. Ein Angestellter des Unternehmens zog ihn zwar sofort heraus, der Knabe mußte trotzdem ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Gewissenlos Verbrechen haben in der Nacht zum 8. Mai auf dem Fußweg auf der Dindensburkstraße zwei Schleich-Einlaufsbedel aus Zement aus ihrer Lage herausgenommen und vermutlich ins Wasser geworfen. Leicht konnten Passanten in der Finsternis durch die offenen Schleichlöcher Schaden leiden. Wer kennt die Täter?

Sächsische Angelegenheiten.

Der Kampf um die Harth.

Dresden, den 12. Mai.

Seit Wochen wird der Kampf um die Erhaltung des Harthwaldes in Siedehöhe ausgefochten. Proteste, Kundgebungen, Sitzungen, Versammlungen, Aufrufe, Eingaben, eines jagt das andere! Vereine sind gegründet worden, Verbände sind zusammengetreten. Landtagsabgeordnete, Stadtverordnete und Gemeindevorsteher sind mobilisiert, Gemeindevorsteher, Stadträte, Bürgermeister erster und zweiter Rangordnung, Oberbürgermeister, Lehrer, Oberschüler, Studien-, Amts- und Reichsgerichtsräte, Rektoren, Direktoren, Professoren, Inspektoren und andere -toren, Juristen, Schreiber und Pfaffen, kurz: Alles, was etwas bedeutet und alles was gern etwas bedeuten möchte, hat in diesem Kampfe Stellung genommen. Zumeist für die Erhaltung der Harth, manchmal auch dagegen! Schade nur, daß diese schöne Begeisterung die kleinsten Nummern zum Wortführer hat, schade, daß der Kampf um die Wahrnehmung berechtigter Interessen verquirlt ist mit soviel kurzfristigem Lokalpatriotismus, daß die Auseinandersetzungen nicht selten ins Lächerliche gleiten. Schade auch, daß die berechtigte Sorge um die Erhaltung des Harthwaldes vielen Interessenten den Blick dafür trübt, was von den Drahtziehern der Bewegung mit Geschick verborgen und doch so energisch verfolgt wird. Die Leipziger Volkszeitung hat wiederholt darauf hingewiesen, daß es Großkapitalisten sind, die den Kampf für die Erhaltung der Harth führen, um den Kampf gegen die Staatsbetriebe führen zu können. Die Aktiengesellschaft Sächsische Werke, die die Braunkohle abbauen will, die unter der Harth liegt, ist der großkapitalistischen Kreisen ein schwerer Stein des Anstoßes, weil sie die Ausbeutung der Erbhöhe lieber in eigener Hand hätte, statt sie der Ausbeutung durch den Staat zu überlassen. Wäre die Harthkohle im Besitz von Privatkapitalisten, dann wäre die Entlastung über den Abbau der Harth nur in sehr geringem Umfang vorhanden, die Leipziger Neuesten Nachrichten, die jetzt die lautesten Kräfte im Streit sind, würden bestimmt nachweisen, daß die volkswirtschaftlichen Interessen über den lokalen und privaten Interessen stehen — immer vorausgesetzt, daß der Profit dem Privatkapital zugute käme. In diesem Falle würde sogar Herr Herzlich, der Verleger der L. N. N., einsehen, daß wegen seiner großen Villa in der Harth oder am Harthrande der Abbau der Harth nicht verhindert werden dürfte.

Nach wochenlanger Vorbereitung in der Presse stieg am Dienstag im Landtage der große Ansturm gegen die Reglerungspläne. Herr Gündel, der deutschnationale Reichsgerichtsrat, begann als große juristische Kanone das Geschütz. Er hätte es in eigenem Interesse lieber nicht tun sollen. Vorsichtig beschränkte sich Herr Gündel auf die juristische Frage, ob die Regierung den Harthwald an die Aktiengesellschaft Sächsische Werke übertragen dürfte, was Gündel verneinte. Dann kam Herr Köllig von der Deutschen Volkspartei, der mit seinen Argumenten nicht über den kleinlichsten Lokalpatriotismus hinausging.

Herr Gündel und sein Kompagnon hatten die Rechnung ohne den kleinen Dr. Peter Reinhold, den „Generaldirektor“ der A. S. W. gemacht. Reinhold versteht seinen Kram; natürlich vom Standpunkte der kapitalistischen Wirtschaft, aber er versteht! Es war eine Freude, zu sehen, wie der Finanzminister mit seinen Angreifern umsprang. Reinholds Verteidigung bestand im Angriff. Bald stand Gündel, die große juristische Kanone, in zerschmetterter Schärfe vor dem Lande, eine Lachsalve nach der anderen ergoß sich über den Reichsgerichtsrat und seine Freunde, die mit langen und immer längeren Gesichtern verduht und hilflos wie die Gänse beim Gewitter dabei standen. Nachdem der kleine Dr. Peter Reinhold den langen Gündel vor dem ganzen Lande so zulegen übers Knie gelegt und nach allen Regeln Kunstgerecht und elegant verhöhnt hatte, holte er sich noch den bergbaulichen Fachmann Dr. Eckhardt von der deutschen Volkspartei zur gleichen Abstrafung, der er nachwies, daß ihm vor einigen Jahren im Landtage der Abbau der Harth nicht schnell und gründlich genug ging. Nicht minder übel ging es den Leipziger Neuesten Nachrichten — es ist eben unvorsichtig, wenn man über eine Sache schreibt oder redet, ohne sich vorher zu überzeugen, was man früher zu der Sache geredet oder geschrieben hat; dann hat der Peter leichtes Spiel und die Zuhörer haben etwas zu lachen.

Der Finanzminister hatte seine Angreifer glänzend zusammengedröhrt, wobei auch der Leipziger Oberbürgermeister seinen Witscher bekam. Aber dem Sieger war doch nicht ganz wohl dabei. Er sprach davon, daß die fortgesetzten Angriffe jermürben und daß er für seinen Teil gern in die Privatindustrie zurückkehren würde. Abgesang? Sollte der Generaldirektor der A. S. W. über sein eigenes Werk stolpern?

Die großkapitalistischen Kreise haben am Dienstag in ihrem Kampfe gegen die Staatsbetriebe eine Schlacht verloren, aber der Feldzug ist noch nicht beendet. Dr. Peter hüte dich!

War die Rechte des Hauses bei dem Kampfe gegen die Staatsbetriebe eint auf die Nase gefallen, so errang sie am Abend einen Zufallsieg von nicht untergeordneter Bedeutung. Ein demokratischer Antrag Jähmig und Genossen verlangte, daß die Gemeinden angehalten werden, die für den Wohnungsbau bestimmten Mittel aus der Mietzinssteuer in erster Linie dem privaten Wohnungsbau und den Baugenossenschaften zur Verfügung zu stellen und erst dann, wenn solche Interessenten nicht vorhanden sind, ermächtigt sein sollen, diese Mittel selbst zu verbauen. Ueber diesen Antrag gab es eine lange Debatte, in der Genosse Dennhardt den Mittelständlern gründlich heimleuchtete. Dann die Abstimmung: Von der Linken waren eine Anzahl Abgeordnete aus irgendwelchen Verpflichtungen nicht mehr im Landtage. Es fehlten die Kommunisten Böttcher, Gabel, Glombitsch, ferner Müller-Leipzig, die Genossen Beckel, Arzt, Graupe, Kaufsch, Menke, Redrig (der zu einer andern wichtigen Sitzung verpflichtet war). Dadurch kamen die Bürgerlichen in die Mehrheit, so daß der Antrag Jähmig angenommen wurde. Ein billiger Sieg für die Bürgerlichen, eine empfindliche Lehre für die Linken.

Die skandalösen Zustände in der Staatlichen Frauenklinik in Dresden hatten unsere Genossen veranlaßt, eine Anfrage an die Regierung zu richten, was diese zum Schutze der Kranken zu tun gedachte. Die Regierung lehnte die Beantwortung in der Dienstagsabstimmung ab, weil sie nicht in ein „schwebendes Verfahren“ eingreifen wollte. Billige Ausrede! Was gibt's zu verulken? Weiter stimmte auch die Fraktionsmehrheit dafür, daß die Anfrage von der Tagesordnung der Sitzung abgesetzt wurde.

Eine Absuhr für die 23.

Gemeindevertreterkonferenz des Unterbezirks Döbeln.

Eine Gemeindevertreterkonferenz des Unterbezirks Döbeln am 10. Mai beschloß sich mit der in der Verabschiedung befindlichen Abänderung der Gemeindeordnung im Landtage. In Verhinderung des Gen. Felsch erschien Landtagsabgeordneter Bethle und erläuterte in einem längeren Referat die Gründe und Ursachen, die zu der so viel bekämpften Abänderung der Gemeindeordnung geführt hätten. In den Vordergrund stellte er die Tatsache, daß die fälschliche Gemeindeordnung in der Zeit einer Koalition mit den Kommunisten geschaffen wurde, wobei die legitimen Bestimmungen in dieselbe hinein erzwingen hätten, von deren Nachteil die Mehrzahl der sozialdemokratischen Vertreter schon damals fest überzeugt waren. Die nur einjährige Wirksamkeit habe diese Fehler und Mängel beseitigt.

Gen. Köhler erklärte in einem kurzen Referat den Standpunkt, daß das Gesetz nur als Kompensationsobjekt zu bewerten sei und hat als Kommunalbeamter die schwersten Bedenken gegen die geplante Vorlage. Er vermißt auch die nötige Rückendeckung der republikanischen Beamten durch die sozialistischen Minister. So sei für die Beamten keineswegs hoffnungsvoll, nun wieder den „Dunkelkammer“ der vielfach reaktionären Ratskörperchaften ausgeliefert zu sein. Eine Abänderung der Vorlage ergibt die weitere Debatte, an der sich die Genossen Tribulski, Kunzmann und Dietrich beteiligten. Verurteilt wurde allgemein, daß die Vorlage ohne die nötige Information der in Frage kommenden Kreise läßlich angebracht werde. Die Haltung der Fraktionsmehrheit sei hier nicht zu entschuldigen und erschwere die Arbeit für die Partei ungemein.

In seinem Schlußwort ging Landtagsabgeordneter Bethle ausführlich auf die Ausführungen der verschiedenen Debattierenden ein. Er habe die Auffassung, daß bei aller Sachlichkeit sich die Genossen wohl durch die selber einseitige Stellungnahme der fälschlichen Parteipresse allzu stark in der Beurteilung dessen, was ist, festgelegt hätten. Vor allen Dingen müsse er entschieden zurückweisen, was der Fraktionsmehrheit tagtäglich in der Presse angelegt werde. Die

Zukunft werde einst ergeben, ob die 23 im Interesse des Volkes gehandelt hätten oder nicht. Eine Entscheidung zur Abänderung der Gemeindeordnung wurde mit Stimmengleichheit als erledigt betrachtet.

Völkische als Straßenräuber.

Aus Chemnitz wird berichtet: In einer der letzten Nächte wurden etwa 15 Angehörige des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold von größeren Trupps Völkischer zu gleicher Zeit an verschiedenen Stellen der Stadt überfallen. Die Reichsbannerleute gingen in kleinen Trupps, zum Teil mit ihren Frauen, stadteinwärts. Sie wurden von den Völkischen, die aus einer Traub-Verlammlung kamen, ohne jeden Grund und ohne daß auch nur die geringsten Auseinandersetzungen vorausgegangen waren, mit Knütteln und anderen Waffen angegriffen und zu Boden geschlagen. Verwundet wurden dann mehrere in das im Deutschen Haus befindliche Vereinszimmer des Völkischen-Bundes geschleppt, wo man sie mit dem Kommando „Hände hoch!“ an die Wand stellte und verprügelte. Das Ueberfallkommando der Polizei griff ein und nahm Namensfeststellungen vor. Die strafrechtliche Verfolgung ist eingeleitet worden.

Sachsentagung der Arbeiter-Wohlfahrt!

Die Adressen der Delegierten zur Sachsentagung sowie Wünsche um Wohnungsvermittlung sind sofort an den Ausschuss für Arbeiter-Wohlfahrt, Dresden-N., Wettinerplatz 10, I., zu richten. Für später als Donnerstag, den 14. Mai 1925, eingehende Meldungen kann keine Garantie übernommen werden.

Der Landes-Ausschuss für Arbeiter-Wohlfahrt, Sachsen, J. A. Max Pinkert, Vorsitzender.

„Die KPD. in der Auflösung...“ Der kommunistische Gemeindevertreter Kaiser (Niederberwitz) ist aus der KPD. ausgeschlossen. Kaiser schreibt zu keinem Austritt: Das Mandat als Gemeindevertreter kann ich einer Partei, deren Zweck und Ziele nicht vollkommen einwandfrei durchführbar sind, unmöglich geben. Ich habe es von den Wählern der Gemeinde erhalten, während die KPD. in der Auflösung begriffen ist. Es wird von jetzt ab

mein Bestreben sein, gemeinsam mit den Verordneten der SPD. zum Wohle der Gemeinde Niederberwitz zu arbeiten.

Verlängerung der Polizeistunde in Sachsen. Bei der jährlichen Revision besteht die Absicht, die Polizeistunde, die bisher auf 1 Uhr nachts festgesetzt war, um ein bis zwei Stunden zu verlängern. Daß dazu eine Notwendigkeit vorliegt, ist vielfach nicht einsehbar.

Weißen. Bestraft Kraftwagenführer. In der Zeit vom 1. Januar bis 20. April d. J. sind hier 81 Kraftwagenführer bestraft worden, die zu schnell oder ohne Führerschein gefahren sind, Sachschädigungen verübt oder Straßenpassanten durch Auspuffgase belästigt haben.

Klingental. Unter der Bettdecke erstickt. In Döbberwald hatte eine Mutter ihr sieben Monate altes Kind in ein großes Bett gelegt. Das Kind war dann durch Bewegungen im Bett unter die Bettdecke geraten, und als die Mutter zur gewohnten Zeit wieder nachsah, war es erstickt.

Plauen. Bußenstreik. Im Verlaufe der letzten Tage hat ein noch nicht ermittelter Täter in den unterhalb des Langenbergwaldes gelegenen Fischteich eine ältliche Waage, vermutlich Kahl, geklaut. Diese Verunreinigung des Wassers hatte zur Folge, daß die in dem Teiche befindlichen Karpfen zum größten Teile verenden.

Waldheim. Vom Eisenbahnzuge überfahren und getötet. Beim Uebergange des Odrauflentaler Weges über den Bahnkörper der Waldheim-Kriebitzeller Strecke wurde die 38 Jahre alte Fabrikarbeiterin Maria Müller aus Kriebitzell überfahren und getötet. Die Verunglückte, Mutter zweier Kinder, war stark schwerhörig und hat wahrscheinlich den Zug nicht kommen hören.

Mühlsten. Beim Spielen erstickt. Den Erstickungstod gefunden hat in Mühlsten während der Abwesenheit der Eltern ein Kind, das mit einem Bindfaden gespielt hatte. Als die Eltern heimkehrten, fanden sie das Kind tot vor; der Faden, mit dem es gespielt hatte, war fest um den Hals geschlungen und hatte den Erstickungstod herbeigeführt.

Neues Theater.

Richard-Strauss-Platz, Dresden, 21.416

Wittmoos, den 13. Mai 1925

92. Vortrags-Vorstellung (2. Folge, rot)

Sizilianische Bauernoper.

(Cavallaria rusticana.)

Oper in einem Aufzuge nach dem gleichnamigen

Volksstück des G. Verga von G. Targuioli-Zucchi

und G. Menotti. Musik von Pietro Mascagni.

Musikalische Leitung: Albert Gounod.

Wohlbekanntes Ensemble: Albert Gounod.

Veranstaltet: Gounod, eine junge Sängerin (Soprano)

besetzt: Zurborn, ein junger Bauer (H. Wagner)

besetzt: Lucia, seine Mutter (G. Weisner-Vehmann)

besetzt: Nino, ein Fuhrmann (Otto Salzmann)

besetzt: Rosa, seine Frau (H. Weisner)

besetzt: Landwirte, Arbeiter.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

Ich eröffne Donnerstag, den 14. Mai, vormittags 9 Uhr
Leipzig, Salzgässchen Nr. 1
gegenüber den Rathauslauben ein
Strumpf-Spezial-Geschäft
für Damen, Herren und Kinder

Als langjähriger Fachmann bin ich in der Lage, dem p. t. Publikum das Beste und Preiswerteste in grosser Auswahl zu bieten :- Aus Anlass der Eröffnung erhält jeder Kunde bei Einkauf von 5 Mark an ein Paar seidene Strumpfbänder

Bernhard Heinke
Hauptgeschäft: Tauchaer Strasse 6



Alles Theater.

Richard-Strauss-Platz, Dresden, 21.416
Wittmoos, den 13. Mai 1925
92. Vortrags-Vorstellung (2. Folge, rot)

Die heilige Johanna

Oper in drei Akten und einem Aufzuge von Bernard Shaw
Musik von Gabriel Faure
Orchesterleitung: Albert Gounod

Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf.

ZOOlogischer Garten mit Aquarium

Heute Mittwoch:
Nachmittags-Konzert

Täglich, um 11, 1/2 und 6 Uhr
Vorführungen von L. Ruhes

Lappen-Schau

Männer, Frauen und Kinder mit Rentieren und Hunden. Lassowerter, Akkiofahrer, Holzschützer, Weberinnen.

PANORAMA

Künstlerspiele

Täglich 5 Uhr und abends 8 Uhr
Grosse Konzerte!
Das grosse Programm.
An den Wochentagen Eintritt frei.
Im unteren Konzertsaal
nachmittags und abends
Grosse Musik-Aufführungen
Oswald Schlinke

Berücksichtigt die Interessen der Volkzeitung.

Neues Operetten Theater

Direktion: James Klein
Fernruf: 22 484

Mai-Festspiele

Heute Mittwoch 8 Uhr
Ende gegen 11 Uhr

„Die Geisha“

Operette in 3 Akten von Sidney Jones.
Gastspiel:
Mia Werber
die weltberühmte Geisha-Darstellerin.

Hauptrollen:
O Mimosa San, Geisha
Mia Werber a. G.
Leutnant Reginald Fairfax
Erich Poremsky a. G.
Leutnant Katana
Ludwig Ziegler a. G.
Wun - Hsi, ein Chineser
Rudi Gtaller.

Nur 10 Aufführungen bis einschließlich Mittwoch, den 20. Mai.

21. Mai bis 1. Juni
„Der Obersteiger“
Operette von Karl Zeller
Als Gast: Kammersänger
Dr. Waldemar Staegemann
v. d. Staatsoper in Dresden

Preise: M.L. — bis 8.50.
Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen d. Theaterkasse, im Meßamt, bei Althoff und Coppius

Sonntag, den 17. Mai
Öffentliche Sondervorstellung
zu kleinen Preisen:
„Wiener Blut“
Operette v. Johann Strauß

3 Linden

Täglich abends 8 Uhr
Der Varietéspielplan der Saison!

U. a.
Herrmann Strehel
der bekannte Humorist.

Vorverkauf: Teleph. 43543/43856.
Moßamt, Markt, Warenhaus Theod. Althoff, Lederer, Wintergartenstr., Konsumverein Karl-Heine-Str., Jost, Petersbergweg 1.

Battenberg-Theater

Direktion: Paul Baumgarten
Heute abend 8 Uhr
Gastspiel
Alfred Burger
in seinem 4-aktigen
Aufklärungs-Schauspiel
zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten
„Jugendsünden“

Verk.: Tagessk. 10-2 u. ab. 7 Uhr. (Tel. 23 247) u. Ztg.-Geseh. F. Günther, Markt 10 (Durchg.) (Tel. 15 857).

Pa. Molkereibutter

1/2 Pfd. 1 Mark empfiehlt
Paul Jentsch, L.-Paunsdorf
Lebensmittel u. Essenturwaren.

KRYSTALL-PALAST

Telephon 20 353

Anfang 1/2 Uhr
Gesamtgastspiel der
Haller-Revue 1925
des Theaters im Admiralspalast in Berlin

Noch Noch

Die größte Revue der Welt
von Hermann Haller, Ridoamus, Willy Wolff, Musik von Walter Kollo

Edmonde Guy und **Ernest van Duren**
die gefeierten Künstler vom Casino de Paris

Die 16 Original-Lawrance Tiller-Empire-Girls

Max Ehrlich — Kurt Lillen
Elisabeth Klepner
Ojemil Anik — Robert Negrol
Original-Besetzung und Ausstattung
Regie: Hermann Feiler

Vorverkauf ab 11 Uhr ununterbrochen an der Kasse und im Meßamt

Kaffeehaus Küster

Plauensche Straße 13
Täglich von 1/5 Uhr an
Künstler-Konzert
durch Herrn Kapellmstr. Georg Barber-Berlin mit seinen Künstlern

Druckaufträge

jeder Art werden in moderner und geschmackvoller Ausführung bei kurzer Lieferfrist hergestellt in der

Leipziger Buchdruckerei A. G.
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21
Fernsprechanruf Nr. 24596

Gummiklöse
Spezial-Haus für modische gestrichelte Druckerei
Leipzig
Tauchaer Straße 19/21



Für unsere Frauen



An Euch Mütter!

Die Elternratswahlen stehen bevor. Ihr Mütter werdet an die Urne gerufen, um euren Einfluß auszuüben bei der Zusammenziehung jener Körperkassen, die mit entscheiden sollen über die Gestaltung der Schule. Die Wahlen zu den Elternräten sind trotz der Unzulänglichkeit ihrer Rechte für die proletarischen Eltern von höchster Bedeutung. Die Schule vermag auf unsre Kinder den stärksten geistigen Einfluß auszuüben — in gutem und in schlechtem Sinne. In welchen Ideen unsre junge Generation heranwächst, was für Menschen aus unsern Kindern werden, das hängt nicht zuletzt von dem Geiste ab, der in der Schule herrscht. Reaktionsäre Schulleitungen und Lehrer entzünden euch eure Kinder. Fortschrittliche Schulleitungen und Lehrer werden euch den Kampf um eure hohen Ziele erleichtern, indem sie eure Kinder in eurem Geiste erziehen helfen. Kann da überhaupt die Frage noch aufstehen, ob ihr euch an der Wahl beteiligen sollt? Und kann es da noch eine Frage sein, wie ihr wählen sollt, christlich oder sozialistisch?

Ihr proletarischen Frauen und Mütter, die ihr so oft bekümmert die körperliche Entwicklung eurer Kinder verfolgt, die ihr euch so oft in bangter Sorge fragt, wie euer Junge, euer Mädchen dereinst den Lebenskampf bestehen sollen, weil ihnen die gesunde Kraft des jugendlichen Körpers fehlt — habt ihr auch schon mit vollem Ernst an jene Lebenskraft gedacht, die selbst den schwachen Körper überwinden kann, die Kraft des freien, klaren Geistes?

Gesundheit ist ein hohes Gut. Doch wenn der gesunde Körper von altem Untertanengeist beherrscht wird, den ihm eine reaktionsäre Schule einzuimpfen sucht, dann ist er nichts als Instrument des Willens anderer, des Willens seiner Ausbeuter und seiner Unterdrücker, ein Instrument in eurer Feinde Hand, ein Werkzeug gegen euch. Die Schule kann euch eure Kinder rauben, euch und eurer Klasse. Die Schule in den Händen der Christlichen wird sie euch rauben, denn sie ist die Schule der Reaktion, der geistigen und damit der politischen und sozialen Reaktion.

Sie erhebt gar mächtig ihr Haupt, diese Reaktion. Und sie kann es nur erheben, weil so viele Proletariatskinder im Kampfe um die Gestaltung der Schule sich noch auf die Seite derselben Reaktion schlagen, die sie politisch und wirtschaftlich betäupfen. Weil sich diese Proletarier selbst noch nicht frei gemacht haben von den in der alten Schule eingewirkten Ideen, weil namentlich die Frauen und Mütter noch hart in der alten christlichen Denkwelt befangen sind, in jener Denkwelt, die der Reaktion immer wieder Zutriebsdienste leistet.

Macht euch frei von diesen Hemmungen, ihr proletarischen Frauen und Mütter. Diese Hemmungen sind die schlimmsten Helfershelfer eurer erbittertesten Feinde, sind die schlimmsten Unterminierer eurer Klasseninteressen. Was ihr als kämpfende Proletarierinnen in Staat und Gesellschaft, in Partei und Gewerkschaft, in der Jugend- und Kinderfreundebewegung aufbauen helft, das dürft ihr in der Schule nicht wieder einreißern. Das Bauen an der neuen, an der sozialistischen Gesellschaft braucht auch neue Menschen, Menschen mit sozialem Gemeinheitsgeist, Menschen mit sozialem Empfinden, Menschen mit sozialistischem Denken. Die alte Schule ist die erbitterteste Gegnerin der neuen, der sozialistischen Gesellschaft. Ihr stüßt diese Gegnerin, wenn ihr christlich wählt. Die neue Schule aber, die in ihrer reinen Form erst noch erziehen muß, wird Bauschritte zutragen zum Aufbau der neuen Gesellschaft.

Entscheidet euch also und wählt sozialistisch!

In eurer Hand liegt das Schicksal eurer Kinder und damit auch eurer Klasse.

Katholizismus und Sittlichkeit.

Von Marg. Theile.

Nach Auflösung der hochwürdigen Herren Bistum und Bischöfe der katholischen Kirche ist die Sittlichkeit unseres ganzen Volkes wieder einmal in höchster Gefahr. Es gilt daher, dem gefährlichen Treiben, das die Grenzen des Anstandes und der guten Sitten beim Turnen, Baden und andern Sport überschritten hat, energig Einhalt zu gebieten und das Volk zur Selbstbestimmung zu ermahnen, ehe der vollkommene Niedergang des deutschen Volkes eintritt. Die Mütter zum sittlichen Anstand und zur Pflege des immer mehr schwindenden Schamgefühls unseres — ach so verkommnen Volkes ist nach Meinung der katholischen Autoritäten die Lösung der Stunde! Nicht nur, daß unsre von Unsitlichkeit durchseuchte Literatur und Kunst am Niedergange unseres Volkes Schuld trägt, in erster Linie leisten die schändlichen Auswüchse der Frauenmode dieser großen Gefahr sicheren Vorschub.

Das muß anders werden! Die ersten Schritte zur Besserung und Hebung der Sittlichkeit sind bereits unternommen. Die katholischen Vereine und hochwürdigsten Herren Bischöfe haben in Paderborn einen erschütternden Ruf und Klageruf erlassen, um damit einem vollkommenen Untergange des deutschen Volkes vorzubeugen und „die tiefen sittlichen Wunden unseres kranken Volkes zu heilen“. Es wurden dort „Weisungen und Leitsätze“ zur Bekämpfung der — Unsitlichkeit erlassen. Die katholischen Vereine und ihre Bischöfe verkennen durchaus nicht — man denke! — die wirtschaftliche Notlage unseres Volkes und die deshalb notwendigen Maßnahmen, sind aber der Heberzeugung, daß die Erhaltung der sittlichen Güter wichtiger ist für den Bestand unseres Volkes. Aus diesem Grunde haben sie in Versammlungen ihren erblichen Ruf und Klageruf in Resolutionen zum Ausdruck gebracht, um den sittlichen Mißständen Einhalt zu gebieten und das Volk zur Umkehr auf dem Wege zum sittlichen Verfall zu bewegen.

Die katholischen Frauen und Jungfrauen wandten sich in einer eigenen Resolution besonders gegen die schamlose Kleidung. Sie beurteilen, daß Frauen und Mädchen in unwürdiger Kleidung in das Gotteshaus oder gar an den „Tisch des Herrn“ kommen. Aus diesem Grunde bitten sie ihren Bischof, folgende Richtlinien anzugeben:

1. Der Halsausschnitt des Kleides darf nicht tiefer sein als bis zur Halsgrube.
2. Die Ärmel sollen mindestens die Ellbogen bedecken.
3. Durchsichtige und durchbrochene Stoffe sollen mit andern Stoffen unterlegt sein.

Wie einseitig, daß man mit der Armlänge eines Kleides und der Tiefe seines Halsausschnitts die Sittlichkeit heben will! Wenn gemäß den genannten Grundlinien an der Kleidung der Grad der Sittlichkeit gemessen werden sollte, stünde es allerdings sehr schlimm um das Aussehen bestimmter Kreise der Gesellschaft, schlimm auch um die neue Jugend, die in bekanntlich in ihrer Kleidung ihre freie Bestimmung zum Ausdruck bringt. Somit sind die aufgestellten Grundsätze der katholischen Frauen und Jungfrauen schon in dieser Hinsicht weit davon entfernt, Anerkennung zu finden.

Man denke einmal über den tieferen Sinn dieser auferlegten Regeln, die sich wohl nicht nur auf die demangelten Keuschheitsleiten stützen dürften, nach, und man wird ihre Notwendigkeit nicht länger verkennen. Wenn nämlich die jungen Frauen und Jungfrauen an den „Tisch des Herrn“ kommen und z. B. Kleider aus durchsichtigen Stoffen tragen, unter denen ihr düstendes Fleisch verführerisch hervorlugt, dann wäre doch wohl sehr naheliegend, daß

die hochwürdigen klerikalen Stellvertreter Gottes ihre auferlegene — Verzeihung! auferlegte Aseke dann nicht länger aushalten könnten! Demzufolge — und das sollte man anerkennen — kommen ihnen die katholischen Frauen mit „Richtlinien“ entgegen, um zu verhindern, daß sich die gesunde Natur der Bischöfe gegen den Zwang der Aseke auflehnt und sich auf ein Stundhaufen besinnt. Womit anders sollte sonst die „Unsitlichkeit“ freier (im übrigen hygienischer) Kleidung begründet werden als eben mit der Gefahr um die heilige Aseke? Mit ihrer Normalkleidung glauben allerdings die katholischen Frauen, das Blut ihrer Seelenströme im Jaume zu halten. Ihrer sei das Himmelreich . . .

Eine endgültige Lösung der kirchlichen Modenfrage wird allerdings, wie die Wiener Arbeiterzeitung meint, erst gegeben sein, wenn unter der unschönen Leitung des Papstes ein vatikanisches Moden-Journal herausgegeben wird.

Frauen-Feierstunde

Eine Erhebung für alle war es, diese zweite Frauen-Feierstunde, die am Montagabend Tausende Proletarierinnen im Zoo zusammenführte. Bis auf den letzten Platz war der große Saal gefüllt; auf den Tischen prangte irisches Malengrün und auf den Gesichtern die hellen Freuden. Vom Reichstrog kamen sie und aus den



Betrieben, müde von des Tages Arbeit und Last. Aber dann schloßen sie auf, die müden Körper, und gar zu schnell rannen ihnen die Stunden.

Mit einer herrlichen Begrüßung leitete Genossin Fiegler die Feier ein. Neue Lebensformen wollen wir schaffen, uns abkehren von dem Althergebrachten, das uns am Aufbau der neuen Gesellschaft hindert. Und nicht zuletzt den Frauen fällt dabei die hohe Aufgabe zu, die neue Lebensform in der Familie zur Geltung zu bringen. Die Kinder im Geiste der neuen Gesellschaft zu erziehen, ist eine der wesentlichsten Aufgaben der Frau. Und so sind die Frauen zuerst mit berufen, am Bau der neuen Menschheit zu wirken; in euren Kindern muß sie heute schon ersehen.

In feingebundener Weise klang dann das Athmannische Ich warte dein durch den Saal und in die Herzen der andächtig lauschenden Frauen und Mädchen hinein, vom Leubvri-Doppelquartier in künstlerisch schöner Form vorgelesen. Und Frau Gschldorf sand den rechten, den warmen und eindringenden Ton mit ihren Gedichten von Ada Regni, Clement und Brezang. Wuschig und hart sand da die raue Wirklichkeit vor unseren Frauen und Mädchen, denn rauch und hart ist unser Kampf, den wir zu führen haben. Doch auch die heitere Muße kam zu ihrem Recht, gesanglich und auch in Gedichte. Und junge Mädchen zeigten im Volkstanz den hohen Wert einer guten Körperkultur für unsre Kinder und unsre Jugend.

Im Mittelpunkt des Abends stand dann das Referat des Genossen Löwenstein-Berlin, der in leichtverständlicher und zu Herzen gehender Weise über die Erziehung des Kindes in Schule und im Elternhaus sprach.

Der Frühling ist gekommen, Frühling und Lebensfreude sprächen draußen und liebevolle Hände haben ein Stück Frühling auch hier in diesen Saal getragen; liebevolle Herzen sind zusammengekommen, um ein Stück Frühling innerhalb der Arbeiterklasse zu feiern. Es ist noch wenig Frühling in der Arbeiterklasse, noch sind die Gesichter der Arbeiter und Arbeiterinnen sehr ernst, ihre Stirnen sorgendurchdrungen und der Rücken gebeugt von schwerer Not und Ausbeutung. Und dennoch ist die Arbeiterbewegung die Frühlingbewegung der Menschheit. Die Arbeiterklasse will leben, will Zukunft haben, sie hat Sehnsucht, und weil sie Sehnsucht hat und allein Wegbereiter einer besseren Zukunft sein kann, darum muß sie sich ihrer Kinder annehmen. Denn die Kinder sind ja allein die Zukunft.

Hinter uns liegt die größte Katastrophe der Welt, unsre Kinder sind es, die vor einer neuen Katastrophe bewahrt werden müssen. Die Bourgeoisie hat nicht nur uns, sondern auch unsern Kindern die Lebensfreude genommen; sie saugen nicht nur Krankheit in ihre Körper und Lungen, sie saugen auch Krankheit in ihre Herzen ein. In der Schule bereitet die Bourgeoisie die Kinder des Proletariats als Hülfsstruppen für die Reaktion und für den Kapitalismus vor. Darum müssen wir auf der Hut sein; die Kinder des Proletariats gehören zum Proletariat, und das Proletariat hat die Erziehung seiner Kinder selbst in die Hände zu nehmen.

Unsre Kinder sollen lernen, die Welt erkennen, um einst selbst handelnd eingzugreifen in die Geschichte der Welt. Unsre Kinder sollen erfüllt werden von der Sehnsucht nach Erlösung der Menschheit durch den Sozialismus. Unsre Kinder sollen erfüllt sein von der Aufgabe, die die Arbeiterklasse zu erfüllen hat. Diese Aufgabe in das Bewußtsein unsrer Kinder zu bringen, kann

nur unser eigenes Werk sein. Und nur die Arbeiterschaft als Klasse kann diese Aufgabe lösen, nicht die einzelne Familie, nicht die einzelne Mutter. Ein neuer Geist geht durch die Welt, der Geist der Gemeinschaft. Es gibt keine Erlösung der Welt, es sei denn, daß sich die Gemeinschaft der Arbeitenden zusammenschließt.

Die Enttötung der Produktion hat die Familie verändert. Sie ist nicht mehr die alte Produktionsgemeinschaft, wie zur Zeit des Handwerkerturns, in der die Kinder spielend hineinwachsen in die Produktion. Heute sehen Vater und Mutter in den Betrieben und die Schule muß nunmehr zu einer Produktionsgemeinschaft ausgestaltet werden. Darum sind die bevorstehenden Elternratswahlen von größter Bedeutung für die Arbeiterklasse. Die Elternräte sind eine Etappe auf dem Wege zur neuen Gesellschaft, die den Eltern ins Bewußtsein bringen müssen die großen Aufgaben, die ihrer harrn. Wir wollen unsern Kindern die Augen öffnen, damit sie ersehen können die geschichtlichen Notwendigkeiten unrer Zeit. Wir wollen unsre Kinder erziehen zu demokratischer Selbstverantwortung, zu sozialistischer Überzeugung. Darum muß jede Mutter, muß jeder Vater zur Urne gehen und sozialistisch wählen.

Genosse Löwenstein schloß seine Rede: Die Arbeiterklasse braucht zu ihrem Kampfe Begeisterung. Begeisterung aber kommt aus dem Fröhlich, kommt nur aus jener Kraft, die da weiß, daß trotz allen Elendes neues Leben in der Arbeiterklasse steckt. Diese Begeisterung müssen wir auch in unsre Kinder pflanzen, die ja unsre Zukunft sind. Sozialist sein heißt nicht nur den Sozialismus lehren, Sozialist sein heißt vor allem ihn auch schon leben.

Die Stille im Saale während der Rede sowohl wie auch während der Reaktionen, den Gesängen und den Tänzen, ließ uns fühlen, wie stark die innere Anteilnahme der tausend Frauen und Mädchen war, die sich zur Feierstunde, zu ihrer Feierstunde versammelt hatten. Und wenn die Leitung des Abends auch für das leibliche Wohl sorgte in Gestalt von billig abgegebenen Kaffee und Kuchen, den der Konsumverein geliefert hatte, so war dies nicht nur eine leibliche Erquickung, sondern auch ein Hinweis auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Solidarität der Arbeiterklasse, die gerade die Frauen betätigen können durch ihre Zugehörigkeit zur Gemeinschaft.

Die zweite Frauen-Feierstunde war aber auch für die Partei als Organisation ein schöner Erfolg. Allein im Saal wurden fünfzig Aufnahmen gemacht und es steht zu erwarten, daß in Auswirkung der glanzend verlaufenen Feier noch viele Frauen und Mädchen den Weg zur politischen Organisation ihrer Klasse finden werden.

„Die Bildung der unteren Klassen“.

Ein treffliches Dokument für die Bestrebungen der christlichen „Kulturträger“ ist ein Gutachten des kaiserlich österreichischen Polizeiministers Grafen von Bergen, das dieser kurz nach dem Regierungsantritt Franz II. von Oesterreich (1792—1806 deutscher Kaiser) von sich gab und als ein Teil des Regierungsprogramms der neuen kaiserlichen Herrschaft galt. Der völlig in den Händen der Massen stekende Polizeiminister erklärte in diesem Aktenstück: „Die Erfahrung hat gelehrt, daß Proschürenausfertigung bisher sicher mehr geschadet, als genützt habe, weil durch solche eine Klasse von Menschen, die von allen Kenntnissen entblößt ist, die vorausgehen müssen, um die Dinge im Zusammenhang zu sehen, eine Menge unverbauter Begriffe über Religion, Menschenrechte und Menschenglück beigebracht worden sind, die nun in den Köpfen derselben eine gefährliche Verwirrung anrichten . . .“

Die Bildung der unteren Klassen muß verhältnismäßig mit ihrem Stande und ihrer Bestimmung sein. Wenn der gemeine Mann einen einfachen, auf das Herz wirkenden Religionsunterricht erhält, wenn ihm von den wissenschaftlichen Kenntnissen nur dasjenige beigebracht wird, was ihm in seinem Geschäftsbetriebe zur Beförderung seines bürgerlichen Glücks brauchbar und nützlich ist, so ist er für seine Sphäre aufgeföhrt, und diese Aufzähung ist heilsamer für ihn, vorzuziehen für den Staat; wird hingegen der gemeine Mann mit Dingen beschäftigt, welche in das Spekulative der Religion und Philosophie einfließen, so verwirren sich seine Begriffe, er gibt sich mit unnützen Grübeleien ab, wünscht sich in eine höhere Klasse aufzuschwingen, wird für sich selbst unglücklich und für den Staat gefährlich.

Höhere Kenntnisse sollen also nur für jene sein, welche vermöge ihres Standes bestimmt sind, andre zu leiten, und diese können und sollen ohne Beschränkung aufgeföhrt werden, und je mehr sie aufgeföhrt werden, desto vollkommnere brauchbarere Menschen werden sie sein und desto besser wird sich die Staatsverwaltung hiebei befinden . . .“

Die Ansichten des Herrn von Bergen sind noch heute lebendig, sogar noch sehr lebendig, ja sie sind heute lebendiger denn je zuvor. Die Reaktion weiß, was Aufzähung für sie bedeutet, sie weiß es besser als so mancher Arbeiter und so mancher Arbeiterin, die weber an sich noch an ihren Kindern den Aufzähungsunterricht erkennen lassen, die für die Gestaltung der Schule kein Interesse haben, die in dem alten Trost dahingleben, der ihnen beigebracht wurde von der Klasse, die sie ausbeutet und unterdrückt, sie schindet und schabt.

Nützt sie auf, diese Lauen und Säumligen, diese politisch in der Nacht Wandelnden, diese Feinde ihrer selbst und ihrer Klasseninteressen. Nützt noch die wenigen Tage bis zur Wahl, damit der christlichen Reaktion in den Schulen ein Halt! geboten werde, damit die fortschrittlich geklärten Lehrer nicht wieder unter die Krante der Kirche kommen und eure Kinder endlich die freie Luft einer menschenwürdigen Gesellschaft atmen können.

Frauen — heraus! Ihr Frauen — voran! —